

politix

Ausgabe 32 | 2012

**P r o t e s t
B e w e g u n g
D e m o k r a t i e**

ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien

Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010 Wien

ISSN 1990-4630



Impressum

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Hauptverantwortliche dieser Ausgabe: Therese Fuchs

Redaktionsteam: Therese Fuchs, Thomas Immervoll, Jakob Kalina, Stefan Marx, Michael Mayrhofer, Marko Novosel, Richard Sattler, Meropi Tzanetakis

Kontakt: Birgit Sauer

ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Tel.: 0043/1/4277/47712, Fax: 0043/1/4277/9477, mail: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Art direction, Produktion: Benjamin Gaier (benjamin.gaier@gmail.com)

Onlinepublikation unter www.univie.ac.at/politikwissenschaft

Offenlegung gem. §25 MedienG.: MedieninhaberIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Blattlinie: politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen weder der Auffassung der Redaktion noch der InhaberInnen der Fotorechte entsprechen.

Bilder:

Cover: Meropi Tzanetakis; S.2: David Falconer S.5: The National Library of Ireland; S.18: Therese Fuchs; S.20: Petra Bernhardt; S. 23-25: Meropi Tzanetakis; S. 26 Elke Gruber; S. 29: Jonathan Rashad; S.40: Andrzej Mlynarz; S.60: Nationaal Archief

Editorial

Dass sich die Gesellschaft immer schneller in Richtung Partizipation und Mitsprache entwickelt, während die kollektiv bindenden Entscheidungen in einem fast postdemokratischen Exekutionsabsolutismus getroffen werden, ist Reibebaum des Feuilletons wo man hinblickt. Eine klammheimliche Freude über die Möglichkeit, endlich unelitär die Zustände zu kritisieren breitet sich aus. Wenn im Westen über Post-Demokratie sinniert und aller Ortens okkupiert wird gegen Haifischfinanz und Krise, ist es – meinen wir – an der Zeit, diese neuen sozialen, autonomen, und Protest-Bewegungen unter die Lupe zu nehmen.

Von den Symbolen des Protests (Petra Bernhard) bis zu konkreten autonomen Bewegungen (Lena Drazic, Christoph Lammer und Ulrike Jaklin geben uns Einblick in „Food Coops“) reicht das Spektrum in dieser Ausgabe.

Zu Beginn erläutert uns Anselm Eder in einem etwas launigen Text die Vergangenheit und Zukunft sozialer Bewegungen in Österreich. Karl Ucakar liefert uns einen kurzen, aber gehaltvollen Überblick über die österreichische Parteiengeschichte. Was Protest ausmacht, wie er sich im Laufe der Zeit verändert und welche Konsequenzen das für die Wissenschaft hat, zeigt uns Christoph J. Virgl.

Alicia Allgäuer, Arkaitz Alzueta und Meropi Tzanetakis analysieren, welche Bedingungen in den gesellschaftlichen und politischen Systemen von Griechenland und Spanien der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise den Weg geebnet haben. Gudrun Harrer liefert uns aus erster Hand einen Zwischenbericht über den „arabischen Frühling“.

Wir bringen außerdem zwei Artikel, die sich mit den Entwicklungen in der rechten Szene befassen. Natascha Strobl behandelt die intellektuelle Generation der „Neuen Rechten“, Kathrin Glösel die Möglichkeiten, die sich durch das Internet für extremistische Gruppen ergeben.

Marko Novosel hat uns aus seiner Heimat Kroatien einen politischen Reisebericht mitgebracht. Bernhard Gitschtaler räumt in seinem Artikel mit dem Mythos der Armutsbekämpfung durch Mikrokredite auf und Richard Sattler befasst sich kritisch mit der Kampagne „Kony 2012“.

Weiters bringen wir ein Interview mit Dekan Rudolf Richter, dem man die systeminterne Perspektive durchaus anmerkt, und wie immer spannende Rezensionen.

Wir mussten in den letzten Jahren beobachten, dass die erhöhten Ansprüche, die Dekan Richter im Interview mit Richard Sattler anpreist, auch dazu führen, dass für Tätigkeiten außerhalb des Studienplans immer weniger Zeit bleibt. Für das politix heißt das, dass es zunehmend schwieriger wird, interessierte Menschen für die redaktionelle Arbeit – die doch einiges an unentgeltlichem Engagement und Freizeit kostet – zu gewinnen. An dieser Stelle sei an den **Aufruf zur Mitarbeit** (siehe Rückseite des Heftes) erinnert, **um den Fortbestand der Zeitschrift zu ermöglichen!** Mit dieser Ausgabe verabschieden wir Meropi Tzanetakis aus der Redaktion und danken ihr für die zahlreichen Jahre an engagierter Mitarbeit im Redaktionsteam.

Wir hoffen auf viele neue RedaktionsmitarbeiterInnen und wünschen viel Spaß beim Lesen,

Eure Redaktion

Inhalt

Schwerpunkt

Soziale Bewegungen, Protestbewegungen, Kaninchenzüchtertreffen: über die feinen Unterschiede.	6
<i>Anselm Eder</i>	
Politische Parteien und politische Partizipation.	10
<i>Karl Ucakar</i>	
Protest in einer unberechenbaren Gesellschaft.	14
<i>Christoph J. Virgl</i>	
Der diskrete Charme der Wollsturmhaube. Symbole im politischen Protest.	18
<i>Petra Bernhardt</i>	
Der Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland und Spanien auf der Spur	22
<i>Alicia Allgäuer, Arkaitz Alzueta, Meropi Tzanetakis</i>	
To Be Continued Ein Essay über einen Moment im „Arabischen Frühling“	28
<i>Gudrun Harrer</i>	
Food Coops Das nächste Kapitel der Konsumgenossenschaftsbewegung in Österreich?	32
<i>Lena Drazic, Ulrike Jaklin, Christof Lammer</i>	
# Rechtspopulismus 2.0.	36
<i>Kathrin Glösel</i>	
Eine neue Generation der Neuen Rechten.	38
<i>Natascha Strobl</i>	
Tourismus oder Tod Der steile Aufstieg Pags von einer KZ-Insel zum „kroatischen Ibiza“	40
<i>Marko Novosel</i>	
Kleine Kredite - großer Schaden.	44
<i>Bernhard Gitschtaler</i>	
Was bleibt von KONY 2012?	48
<i>Richard Sattler</i>	



Intern

Verschulung schafft Verbindlichkeit – Interview mit Univ.-Prof. Dr. Rudolf Richter 50
Richard Sattler

Rezensionen

Holland-Cunz, Barbara (2012): Gefährdete Freiheit
 Über Hannah Arendt und Simone de Beauvoir. 52
Stefan Alexander Marx

Graeber, David (2012): Kampf dem Kamikaze-Kapitalismus.
 Es gibt Alternativen zum herrschenden System 53
Stefan Alexander Marx

Nuber/Welebil (Hg.) (2012): IM PRISMA. Gast:arbeit.
 Gehen – Bleiben – Zurückkehren 54
Marko Novosel

Jahrbuch Polen 2012 Regionen 55
Karima Aziz

Schreier, Margrit (2012): Qualitative Content Analysis in Practice. 56
Meropi Tzanetakis

Agamben, Giorgio et. al. (2012): Demokratie? Eine Debatte 57
Richard Sattler

Krabb, Philipp (2012): Probleme der Demokratiequalität Österreichs.
 Eine qualitative Analyse 58
Jakob Kalina

Soziale Bewegungen, Protestbewegungen, Kaninchenzüchtertreffen: über die feinen Unterschiede

Anselm Eder

Irgendwann um 1970 – ich erinnere mich nicht mehr an das genaue Datum – erklimmte ein Studierender der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften das weitläufige Vortragspult des großen Hörsaales 1 im neuen Institutsgebäude der Universität Wien, und schiss auf dasselbe. Ab diesem Zeitpunkt verstanden auch Österreichs Medien, dass die seit 1968 weltweit zu beobachtenden Studierendenproteste nunmehr auch in Österreich angekommen waren. Wogegen, wofür, oder warum diese Studierenden protestierten, das blieb allerdings für große Teile der Bevölkerung, insbesondere aber für die VerfasserInnen der Zeitungsberichte, weitgehend unklar. Klar war nur, dass es nicht gehört, auf ein Katheder zu scheißen. Mehrheitlich galt, dass es in einer gut funktionierenden Demokratie, als die man Österreich damals sah, genügend etablierte Möglichkeiten gäbe, seiner Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen: genehmigte Demonstrationen, Petitionen, Volksbegehren, Briefe an Abgeordnete, und schließlich der österreichische Weg: jemanden kennen, der jemanden irgendwo da oben kennt. Die Hitlerdiktatur war erst seit kaum mehr als 20 Jahren vorbei, und verglichen damit lief es in Österreich ja nicht so schlecht. Wozu also die Verletzung der guten Sitten, und das auch noch mit Geruchsbelästigung? Da und dort wurden die UnruhestifterInnen auch vom Fernsehen befragt. Aber sie machten sich für die ZuseherInnen nicht so richtig verständlich. Schon gar nicht in den 15 Sekunden eines durchschnitt-

lichen Fernsehstatements. Was also, was in aller Welt, wollten die? In einer Zeit, wo es ohnehin aufwärts ging?

Ein oder zwei Jahre später erkannten auch die führenden SoziologInnen, oder die, die sich dafür hielten, den Erklärungsbedarf. Mit sehr teuren international vergleichenden Studien – sie gehörten damals zu den ersten derartigen Designs – erforschten sie das Ausmaß der Bereitschaft der Bevölkerung einiger Länder der heutigen EU, und auch der USA, sich an Demonstrationen, Petitionen, Volksbegehren, und was es sonst noch gab, zu beteiligen. Ronald Inglehart maß unverdrossen den von ihm erfundenen Postmaterialismus, erklärte stolz ein unverstandenes Phänomen mit einem kaum verstandenen Wort, und ein paar JugendsoziologInnen versuchten es mit der politischen Sozialisation als Konzept. Mit Stolz erinnere ich mich noch an eine Titelzeile in einem der damals epidemisch auftretenden Bücher über politische Sozialisation: „Die politische Sozialisation Jugendlicher hängt kurz-, mittel- und langfristig von verschiedenen Faktoren ab.“ Viel mehr als diese Information vermochte ich dann auch dem Text nicht zu entnehmen.

Dass die Beschreibung eines Phänomens zwar sehr wichtig, aber noch keine Erklärung ist, war vielen noch immer nicht klar. Die Frage, was eine Erklärung, und was überhaupt „Verstehen“ sei, wurde andernorts diskutiert. Die „verstehende Soziologie“ verstand leider nicht, dass ihre Diskussionen darüber, wann ein Phänomen als

„verstanden“ gilt, an der Prognose (und nur an dieser) zu validieren gewesen wären. Es bleibt somit offen, ob die Studierendenproteste der 68er Jahre überhaupt jemals erklärt worden sind. Die Frage, ob SoziologInnen überhaupt jemals irgendetwas erklärt haben, wollen wir hier freilich nicht stellen.

Mitte bis Ende der Siebzigerjahre entwickelten sich die Unruhen in Österreich und in Deutschland auseinander. In Deutschland schieden sich die Geister an der Frage, ob der Generation der Älteren, denen das Preußisch-Folgsame so sehr in den Knochen saß, dass sie es an sich selbst nicht einmal mehr wahrzunehmen vermochten, auf die Dauer mit friedlichen Mitteln beizukommen war oder nicht. Aus den einen wurden später die Grünen, aus den anderen die Terroristen. In Österreich siegte die Liebe zur Operette. Diesen Sieg ermöglichte nicht zuletzt auch ein Bundeskanzler Kreisky, dessen Sohn Sozialwissenschaftler war und manche von den UnruhestifterInnen mit nach Hause brachte. Vieles, einschließlich Autoritarismus, wurde Kreisky vorgeworfen. Aber zumindest eine sehr wichtige Fähigkeit hatte er: er konnte zuhören, und wenn ihn ein Argument interessierte, dann tat er das auch. Und die Argumente der linken Chaoten interessierten ihn. Es stellte sich nämlich trotz anderslautender Meldungen in den Medien heraus: sie hatten welche. Diese Tatsache, sowie die, dass sein Innenminister Karl Blecha während dessen Studiums ebenfalls ein bisschen zu diesen linken Chaoten gehört hatte, mag daran beteiligt gewesen sein, dass im Zuge der Besetzung der Hainburger Au 1983, die Polizei die Anweisung erhielt, auf die AubesetzerInnen nicht einzu-
prügeln, sondern mit ihnen zu verhandeln.

Warum sich also trotz anfänglicher Parallelen in Österreich eine Terrorszene nach deutschem Muster nicht entwickelte, ist eine der vielen Fragen, die von SoziologInnen ebenfalls nicht beantwortet worden sind. War es die politische Kultur, nach der, was immer getan wird, nur „a bisl“ getan wird? A bisl streiken, a bisl schimpfen, a bisl protestieren? War es das Metternich'sche Erbe des Verhandlungsgeschicks? War es die

Kleinheit des Landes, in der niemand hoffen kann, mediale Aufmerksamkeit zu erregen, für die es sich lohnt, jemanden ernsthaft zu bedrohen? War es die als Erklärung so oft strapazierte österreichische Seele, die durch alle Konflikte irgendwie durchrutscht?

Wie auch immer. Aus den Au-BesetzerInnen in Hainburg gingen später die Grünen hervor. Anders als bei den 68ern, die sich vorwiegend aus Studierenden rekrutierten, mit starkem Übergewicht aus philosophischen und sozialwissenschaftlichen Studienrichtungen, hatten die Au-BesetzerInnen auch ältere, „etablierte“ charismatische Führungsfiguren, wie z.B. Günther Nenning, Freda Meissner-Blau. Auch Iwan Illich gab aus der Ferne seinen Segen. Was diesen damals noch archaischen – und wohl auch etwas anarchischen – Grünen in der Folge widerfuhr, war schon in den Programmen 68er Studierenden zu lesen: Der Marsch durch die Institutionen. Bekanntermaßen lässt jede Bewegung Federn, die sich einen solchen Marsch antut. So sind die Grünen heute eine kreuzbrave politische Partei, die sich ausschließlich bekannter und etablierter Methoden zur Durchsetzung von politischem Willen bedient, hin und wieder gewürzt durch ein spontanes Radfahrertreffen.

Möglicherweise entstand so in den 15 Jahren nach „Hainburg“ eine Art Protestvakuum. Den VerliererInnen der Wohlstandsgesellschaft kamen die Gelegenheiten abhanden, wo sie sich, ohne organisiert zu sein, heimisch fühlen konnten. Ausgeschlossen-Sein aus der organisierten Gesellschaft ist leichter zu ertragen, wenn es andere gleichermaßen Ausgeschlossen gibt, die eine niederschwellige, empathiegesteuerte Spontanorganisation schaffen, die das Gefühl der Zugehörigkeit ermöglicht, ohne große Verbindlichkeiten aufzuerlegen.

Und dann kam Jörg. Er passte auf die österreichische Seele wie die Faust aufs Auge. Wer immer einen diffusen Hass auf irgendwen oder irgendetwas verspürte, konnte sich von ihm vertreten fühlen. Dieser Meister der vieldeutigen Halbwahrheiten verstand es, sich mit jedem Satz,

den er sagte, als Advokat aller Menschen darzustellen, die irgendwann einmal das Gefühl hatten, ungerecht behandelt worden zu sein. Er wusste immer, wer an allem schuld war. Die Parallelen zu 60 Jahre früher waren so auffällig, dass es unmöglich war, sie zu bemerken. Möglicherweise auch das eine Leistung der österreichischen Seele: Wenn etwas wirklich unübersehbar ist, dann übersehen wir es erst recht. Denn was wir bemerken, das bestimmen immer noch wir, und nicht das bisschen schäbige Wirklichkeit.

Als Rächer der Enterbten führte Jörg an, was er gerne „Bewegung“ nannte. Das passte zum Robin-Hood-Image besser als das Etikett einer politischen Partei. Einige Zeit ging diese Rechnung ganz gut auf: bis zur Etablierung seiner Frontfrau als Vizekanzlerin eines erfolgsgeilen ÖVP-Chefs, der um jeden Preis Bundeskanzler werden wollte, es anders nicht schaffte, und das nicht kannte, was in Österreich „Genierer“ genannt wird.

Nun gut. Das waren einige unsystematisch, subjektiv, wertend, und gänzlich unwissenschaftlich referierte Ereignisse aus den letzten 40 Jahren. Manche dieser Ereignisse haben in Österreich etwas bewegt, manche vorwärts, andere rückwärts, wieder andere gar nichts. Natürlich ist auch die Frage, welche Richtung als vorwärts und welche als rückwärts zu bezeichnen ist, eine der subjektiven Bewertung. Aber immerhin lassen sich aus den Schlagwörtern, die in diversen Statements unserer Politik-Elite hartnäckig auftauchen, vage Richtungsanzeigen herausdeuten, von denen man vermuten kann, dass sie der Mehrheit der WählerInnen als Fortschritt zu verkaufen sind. Dazu gehören: Demokratie (besser noch: „ein Mehr an Demokratie“), Freiheit, Mitbestimmung, Wirtschaftswachstum, Wohlstand, soziale Gerechtigkeit. Worüber sie nicht so gerne sprechen, das sind die in den Begriffen versteckten Antinomien: Mitbestimmung muss organisiert werden, Organisation erfordert Verbindlichkeiten, und die reiben sich an der Freiheit. Wirtschaftswachstum bedeutet zumeist Vermögenszuwachs großer Konzerne, und der reibt sich mit der sozialen Gerechtigkeit; und so weiter. Aber dass sie darüber nicht sprechen, das werfen

wir ihnen nicht weiter vor, denn wir bezahlen ja mit unseren Steuergeldern dafür, dass sie für uns denken. Dumm nur, dass sich dann so schwer überprüfen lässt, ob sie es auch tun. Manchmal kommt es mir vor, als würden sie eher gegen uns denken. Aber auch das ist eine höchst unqualifizierte Bemerkung.

Eines aber können wir, unabhängig von Gefühlslagen und subjektiven Einschätzungen, trocken festhalten: Wenn das Wechselverhältnis von Staatsverschuldung, Regulativen (oder fehlenden Regulativen) der Finanzmärkte und Bereicherung einiger weniger auf Kosten vieler, so kompliziert geworden ist, dass kein Durchschnittsmensch es ohne Spezialausbildung durchschauen kann, dann flüchten auch die VertreterInnen der politischen Führungsriege mehr und mehr in Metaphern: Rettungsschirme, Feuermauern, Fiskalpakte und europäische Solidarität. Klar ist nur, dass viele arme Leute mit ihren Steuergeldern für wenige sehr reiche Leute haften müssen, um das Vertrauen in die Finanzmärkte wiederherzustellen. Dass und wieso jemand, dessen Steuergeld für die Wiederherstellung des Vertrauens in die Finanzmärkte verwendet wurde, davon etwas haben soll: diese Erklärung ist eigenartigerweise noch immer ausständig. Und das Fehlen dieser Erklärung lässt eigentlich nur zwei mögliche Interpretationen offen: Erstens, unsere PolitikerInnen verstehen es selber nicht und sagen nur nach, was die Damen und Herren von den Finanzmärkten ihnen vorsagen. Oder zweitens, sie verstehen es, haben aber kein großes Interesse daran, dass auch eine Mehrheit der Bevölkerung es versteht. Daraus folgt: wenn wir in die Definition von gesellschaftlichem Fortschritt Elemente aufnehmen, die z.B. beinhalten, dass

- der vorhandene Reichtum etwas gleichmäßiger aufgeteilt wird (das Wort „gerecht“ sollten wir, da zu schwierig, hier nicht verwenden),
- eine etwas größere Anzahl an Menschen versteht, warum sie für die Risiken haften soll, die von BankmanagerInnen eingegangen werden, die 20 bis 40 mal so viel verdienen wie sie selbst,

- sich die VerantwortungsträgerInnen der europäischen Union darüber unterhalten, was in einer europäischen Gesellschaft wichtig sein soll, und nicht ausschließlich darüber, wie Finanzkrisen zu managen sind,
- Methoden der Entscheidungsfindung ge- oder erfunden werden, bei denen mehr Personen zu Wort kommen können als derzeit (das Internet wird interessanterweise, statt als Methode zur öffentlichen Meinungsbildung, bisher eher zum Organisieren von Flashmobs, zur Freundes- und Partnersuche, und andere weltbewegende Ereignisse genutzt),

dann müssen wir neben den Begriffen des sozialen und kulturellen Kapitals von Bourdieu wohl eine neue Kapitalform einführen, die man vielleicht „partizipatives Kapital“ nennen könnte. Dieses partizipative Kapital bestünde dann in den technischen, sozialen und emotionalen Kompetenzen zur Selbstorganisation. Die deutsche Piratenpartei hat offensichtlich eine Menge davon. Und dass sie von überraschend vielen Deutschen gewählt worden ist, könnte ein Indiz dafür sein, dass die Wichtigkeit dieses partizipativen Kapitals, ganz unabhängig von Parteiprogrammen, und sogar ohne solche, von vielen erkannt wird.

Wie geht es weiter? In den vergangenen 40 Jahren haben wir beobachtet, dass es immer wieder Ideen und Initiativen von einzelnen Personen oder Personengruppen gegeben hat. Bestaunt und/oder belächelt wurden sie anfangs alle. Aus manchen wurden Bewegungen, die die Spielregeln des Zusammenlebens – das, was wir „Gesellschaft“ nennen – verändert haben, andere sind mehr oder weniger spurlos verschwunden. Wieder andere haben Veränderungen herbeigeführt, die heute gar nicht mehr auf ihre auslösenden Ereignisse zurückgeführt werden. Die „antiautoritären“ Kindergärten der 70er Jahre etwa waren erste Gehversuche eines repressionsarmen Umgangs mit Kindern. Kaum ein Kindergarten würde sich heute noch antiautoritär nennen. Aber wie 2012 mit Kindern in Kindergärten umgegangen wird, unterscheidet sich doch ziemlich von der Situation 1962. Wie viel die anti-autoritären Gehversuche zu dieser Veränderung

beigetragen haben, lässt sich heute schwer quantifizieren, aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie an der Veränderung gar nicht beteiligt gewesen sein sollten.

Was also ist es, das aus einer Idee oder einer Initiative eine Bewegung mit gesellschaftsveränderndem Potenzial werden lässt? Hier betreten wir endgültig das Reich der Spekulationen. Aber warum nicht. Auch Spekulationen machen Spaß. Wie wäre es mit den folgenden drei Elementen, als Vorschlag zum Weiterdenken: Damit eine Initiative zu einer Bewegung wird, braucht es zumindest:

- **Das partizipative Kapital** der Initiatorinnen.
- Die Aussicht, dass die Initiative einer Idee Gestalt verleiht, die bei einer großen Anzahl Menschen als **Vorgestalt** schon vorhanden ist, und zur Gestaltung drängt.
- Das implizite Versprechen der Initiative, durch Teilnahme ein wenig gesellschaftliche Zentralität zu gewinnen: **mehr „dazu zu gehören“ als vorher.**

Anselm Eder ist ao. Univ.-Prof. am Institut für Soziologie der Uni Wien

Politische Parteien und politische Partizipation

Karl Ucakar

Die politischen Parteien sind in Österreich im historischen und auch im verfassungstheoretischen Sinn vorausgesetzt. Erst mit dem Parteiengesetz 1975 wurden die Parteien und damit die staatliche Parteienfinanzierung in der österreichischen Verfassung verankert.

Entstanden sind die politischen Parteien als struktureller Ausdruck der gesellschaftlichen Verhältnisse in der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert. Sie bewirkten bzw. ermöglichten den Einbruch der unteren und untersten Schichten in die Politik. Besonders bedeutsam dafür waren die Gewerkschaften und die Massenparteien, also die ersten sozialen Bewegung der ArbeiterInnenklasse in der industriellen Moderne. Politisch-ideologisch waren im österreichischen Parteiensystem von Anfang an drei Lager erkennbar: das christlichsozial-konservative, das (deutsch-)nationale und das sozialdemokratische Lager. Seit etwa drei Jahrzehnten ist diese Struktur durch ein ökologisch-soziales Lager erweitert. In welcher Weise sich das Parteiensystem durch aktuell neue Gruppierungen weiterentwickeln wird, die aus der Parteienkritik der Postmoderne entstehen, ist schwer abzusehen.

Die Entwicklung der politischen Parteien beeinflusst ganz entscheidend auch die Entwicklung und die Qualität von Demokratie und Partizipation und damit auch die Legitimation staatlicher Herrschaft, nicht nur historisch, sondern natürlich auch aktuell. Am Anfang standen die Kämpfe der ArbeiterInnenbewegung um ein allgemeines und gleiches Wahlrecht, unter anderem mit meist illegalen Straßendemonstrationen mit bis zu 200.000 TeilnehmerInnen. Sie erzwangen schließlich die Weiterentwicklung des Wahlrechts. Das diente auch der Stärkung der Legitimationsbasis des Staates. Die Demokratie sei, meinte Karl

Renner schon 1901, „... ein Segen, ein Segen für Hoch und Nieder, Arm und Reich. Sie lehrt den Besitzlosen auf das Gesetz hoffen und schützt den Besitzenden vor der Revolte“ (Springer [d.i. Renner] 1901: 23).

Am 12. November 1918, dem Tag der Gründung der Republik wurde der Grundsatz des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Stimmrechts aller Staatsbürger und Staatsbürgerinnen, also endlich ohne Unterschied des Geschlechts, normiert. Damit war ein parteienstaatlicher Parlamentarismus unter den Bedingungen einer bürgerlichen Privatrechtsordnung und industriell-kapitalistischen Produktionsverhältnissen etabliert. Dieses System war, im Gegensatz zur Option einer Rätedemokratie, auch für die Sozialdemokratie in der „österreichischen Revolution“ (Otto Bauer) das angestrebte Ziel.

Verwirklicht war für die damals agierenden fortschrittlichen Kräfte die parlamentarische Demokratie aber nur in einer durch politische Parteien vermittelten Form, also letzten Endes in Form einer mittelbaren Demokratie. »Die moderne Demokratie beruht geradezu auf den politischen Parteien, deren Bedeutung um so größer ist, je stärker das demokratische Prinzip verwirklicht ist« (Kelsen 1929, 19). Kelsen leitete daraus den Schluss ab, dass es sinnvoll sei, die politischen Parteien verfassungsmäßig zu verankern, da sie faktisch Organe der staatlichen Willensbildung seien (Kelsen 1929, 19).

Die Bedeutung der Parteien für die Demokratie besteht darin, dass sie auch den unteren Schichten und nicht nur dem Feudaladel, den „Börsenfürsten“ und – heutzutage – dem Finanz- und sonstigem Kapital und Herrn Stronach und ähnlichen Akteuren, politische Partizipation

ermöglichen. „Nur Selbsttäuschung oder Heuchelei kann verneinen, daß Demokratie ohne politische Parteien möglich sei. Die Demokratie ist notwendig und unvermeidlich ein Parteienstaat“ (Kelsen 1929, 20). Der parlamentarische Parteienstaat ermöglicht also in dieser Sicht am ehesten eine Systemlegitimation durch Partizipation der Normunterworfenen.

In diesem Zusammenhang darf man aber nicht vergessen, dass bei der Entstehung der Rechtsordnung der Republik davon ausgegangen wurde, dass innerhalb der politischen Parteien demokratische Diskussions- und Entscheidungsprozesse stattfinden und stattfinden werden. Besonderes Gewicht legten vor allem die Akteure der ArbeiterInnenbewegung auf die politische Bildung als Voraussetzung rationaler demokratischer Prozesse. Namhafte PolitikerInnen, selbst Hans Kelsen, betätigten sich in der Volksbildung.

Obwohl die Partizipationsfunktion der politischen Parteien als Voraussetzung der Demokratie angesehen wurde, wurden die Parteien, wie erwähnt, erst 1975 in dieser Funktion normiert. Bis dahin kamen die Parteien in ihrer Partizipationsfunktion im politischen System verfassungsrechtlich gar nicht vor. Seither sind „die Existenz und Vielfalt politischer Parteien ... wesentliche Bestandteile der demokratischen Ordnung der Republik Österreich“, wobei sogar auf den Artikel 1 des B-VG Bezug genommen wird. Noch deutlicher drückt der zweite Absatz die Partizipationsfunktion der politischen Parteien aus: „Zu den Aufgaben der politischen Parteien gehört die Mitwirkung an der politischen Willensbildung.“ Die ausdrückliche Bezugnahme auf Art. 1 B-VG macht klar, dass der/die VerfassungsgesetzgeberIn bei dem Begriff »politische Willensbildung« in erster Linie an den parteienstaatlichen Parlamentarismus gedacht hat.

Inwiefern und wie gut die relevanten politischen Parteien ihre verfassungsgesetzlich normierte Aufgabe wahrnehmen, wäre eine sinnvolle Forschungsfrage, etwa für Masterarbeiten. Eine zielführende Forschungsmethode wäre dabei teilnehmende Beobachtung.

Die Möglichkeiten der politischen Willensbildung sind nämlich vielfältig. Der unterste Bereich,

also die viel beschworenen Basisorganisationen und deren Funktionieren sind die Grundvoraussetzung dafür, dass eine Partei als Partizipationsinstrument wahrgenommen wird. Wenn dort den Menschen innerhalb und auch außerhalb der jeweiligen Partei die Möglichkeit gegeben wird, politische und Alltagsprobleme zu besprechen, zu lösen oder die Ergebnisse nach „oben“ weiterzugeben, ist das eine wichtige, aber nicht hinreichende Voraussetzung einer innerparteilichen Demokratie. So etwas gibt es manchmal tatsächlich noch, aber man sollte sich keine großen Illusionen machen.

Je weiter man nach oben kommt und es auch um Geld, Berufsperspektiven und Mandate und noch mehr um deren Absicherung geht, umso mehr tritt die Partizipationsfunktion zu Gunsten von Karrierestreben und all den negativen Erscheinungen, die den Parteien von großen Teilen der Bevölkerung zu Recht oder zu Unrecht unterstellt werden, in den Hintergrund. Das gilt natürlich nicht für alle, schon gar nicht die meisten FunktionärInnen und MandatarInnen der politischen Parteien. Nach meiner erfahrungsgestützten Meinung treten die meisten in der Absicht und mit dem Ziel ihre Karriere an, politisch und gesellschaftspolitisch etwas zu bewirken. Bei einem Teil treten die ehemals hehren Ziele im Kampf um WählerInnenstimmen, Macht, Geld und die eigene Absicherung, in den Hintergrund. Es gibt aber auch andere Gründe für erhebliche Demokratiedefizite innerparteilicher Strukturen: Die Individualisierung politischer Abläufe und die damit verbundene tendenzielle Auflösung politischer Gemeinschaften, der Bedeutungsverlust einer auf Gesellschaftsveränderung gerichteten, von Ideologien und Programmen geleiteten Politik, eine von Einzelthemen geprägte, mit Symbolpersonen verbundene Politik aus Anlass bestimmter Missstände, die Reduzierung der Politik auf ein möglichst effizientes, reibungsloses, und wenn es leicht geht, korruptionsloses Verwalten und Erhalten.

Das neue Phänomen seit einigen Jahrzehnten im Zuge einer schleichenden Entideologisierung besteht darin, dass manche Politikkarrieren von vornherein als solche geplant werden. In diesen Fällen wird Gesinnung zum Aufstiegshindernis. Wenn

dann einer Partei, aus welchen Gründen immer, ein rasanter Aufstieg gelingt, wie der FPÖ in den achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts, werden PolitikerInnenkarrieren möglich, deren Untaten seit Jahren allzu zögerlich aufgearbeitet werden müssen. Der nächste Schritt ist die Anwerbung, angeblich nicht der Kauf, gescheiterter PolitikerInnen durch reiche Egomanen.

Die wichtigste Mitwirkungspflicht der Parteien ist zweifellos die Teilnahme an allgemeinen Wahlen. Das ist auch die wichtigste Legitimation der Parteienfinanzierung. Wenn also eine staatstragende Partei bei einem Urnengang nicht antritt und ihren AnhängerInnen empfiehlt, nicht zur Wahl zu gehen, widerspricht das zumindest dem Geist der Verfassung - siehe letzte BundespräsidentInnenwahl.

In der Regel treten aber alle relevanten politischen Parteien, die dazu die organisatorische und finanzielle Kraft haben, bei allgemeinen Wahlen an, selbst wenn sie sich wenig Chancen ausrechnen, Mandatshürden zu überspringen. Bei Wahlen wird die wenige Macht und Gestaltungsmöglichkeit, die der Politik von den „Märkten“ gelassen worden ist, verteilt. Das größte Interesse der Medien an der Politik richtet sich deshalb auf Wahlen in allgemeine Vertretungskörperschaften wie Parlamente, Landtage und Gemeinderäte.

Die Medien und ein großer Teil der politikwissenschaftlichen Forschung beschäftigt sich mit der Wahlforschung, sei es mit nicht immer seriösen Prognosen, Koalitionsspekulationen etc. Besonders wichtig ist die Erforschung von Wahlmotiven, dafür gibt es ja Geld. Wenn man die Motive kennt, kann man die Wahlwerbung, im schlimmsten Fall auch die programmatischen Ziele dem Volksempfinden anpassen - Stichwort: rational choice. Damit wird die Demokratie endgültig zur Methode „unfähig, selbst ein Ziel zu sein, unabhängig davon, welche Entscheidungen sie unter gegebenen historischen Verhältnissen hervorbringt“ (Schumpeter 2005, 384).

Wahlrecht und Wahlsystem

Im Zusammenhang mit Parteien und Partizipation muss auch in aller Kürze zu Wahlrecht und Wahlsystem Stellung genommen werden.

Ich lehne das Mehrheitswahlrecht ebenso ab, wie alle mehrheitsverzerrenden Verhältniswahlsysteme ab, nicht nur wegen der mangelnden Gerechtigkeit, sondern weil sie letztendlich auf ein Regierungswahlsystem hinauslaufen, dessen Legitimationspotential bei starken Verzerrungen brüchig ist. Beispiele: Das griechische Wahlsystem, das italienische Wahlsystem und als absurdestes Beispiel: das „minderheitenfreundliche Mehrheitswahlsystem“ (Poier 1988). Dabei geht es um ein Verfahren, bei dem die stimmenstärkste Partei die Hälfte plus eins der Mandate erhält, alle übrigen Mandate werden verhältnismäßig auf die anderen Parteien mit mehr als 4% der gültigen Stimmen aufgeteilt. Dass ein Wahlsystem „minderfreundlich“ ist, das die wahlwerbenden Parteien, die das jeweils zweit-, dritt-, viert- usw. beste Ergebnis erzielt haben, zwingt, den Teil ihrer Mandate die der stärksten Partei für eine absolute Mehrheit fehlt, abzutreten, erschließt sich mir nicht. Nach der Wahl 2012 in Griechenland hätten die Konservativen mit knapp 19% der Wählerstimmen eine absolute Mehrheit im Parlament gehabt.

Meines Erachtens können mühsame Koalitionsverhandlungen kein Grund für ergebnisverzerrende Wahlsysteme sein. Die Lösung kann nur ein lebendiger Parlamentarismus mit demokratisch strukturierten Parteien auf nationaler und auf EU-Ebene sein. Allerdings bedarf es dazu einer mündigen WählerInnenschaft. Eine Volksbildung über Krone, Österreich und Heute genügt dafür nicht.

Eine Reform des Verhältniswahlsystems in Richtung starker Persönlichkeitselemente scheint mir allerdings dringend geboten. Wenn man keine grundlegende Reform schafft, wäre schon eine Herabsetzung der Hürden für ein Vorzugsstimmenmandat ein sinnvoller Schritt. Noch besser wäre eine adaptierte Version des Vorschlags von Heinz Fischer aus 1979 mit etwa 100 Direktmandaten und entsprechenden Verhältnisausgleichsmandaten.

Direkte Demokratie und Zivilgesellschaft

Es gibt ja bekanntlich auch außerhalb der politischen Parteien Partizipationsmöglichkeiten, zu denen mir nur genug Platz bleibt, einige Bemerkungen zu machen. Eine Erweiterung der Partizipationsstrukturen ist natürlich wünschenswert, allerdings nicht alles, was die etablierte Politik damit macht. Erfolgreiche Volksbegehren sollen zu zwingenden Volksabstimmungen führen fordert die ÖVP, übrigens seit 1988, also seit der Geburt des damit berühmt gewordenen Staatssekretärs. Allerdings darf das nicht zu einer Vermögenssteuer führen, meint der derzeitige ÖVP - Chef. Ich meine, direktdemokratische Möglichkeiten sind nur als Ergänzung des Parlaments sinnvoll, nicht als dessen Gegensatz, immerhin ist auch das Parlament direkt gewählt. Warum das Parlament von den seit 1920 bestehenden Möglichkeiten der direkten Demokratie erst einmal gezwungenermaßen und einmal freiwillig Gebrauch gemacht hat, steht auf einem anderen Blatt.

Man sollte aber nicht vergessen, dass auch direktdemokratische Entscheidungen darauf beruhen, dass die Legitimation aus einer Mehrheit abgeleitet wird. Gerade bei umstrittensten Projekten vermag auch diese Mehrheitsregel keinen wirklichen Konsens herbeizuführen. Dort, wo sich die Menschen in ihren fundamentalen Lebensinteressen bedroht fühlen, bleibt die Berufung auf eine Mehrheit als Legitimationsgrundlage ebenso brüchig wie die Entscheidung eines Parlaments.

Eine zunehmende Rolle spielen zivilgesellschaftliche Initiativen. Auch dazu bleibt mir nur mehr Raum für eine Anmerkung: Die zivilgesellschaftlichen Initiativen und Aktivitäten sind meist gesellschaftskritisch und nehmen Aufgaben wahr, die Institutionen und auch Parteien vernachlässigen. Ich meine damit einen Teil der NGOs, Amnesty International, Greenpeace, Attac, Tierschutzorganisationen, Ökologiebewegung, Frauenbewegung, Bürgerinitiativen, Friedensbewegung etc. Die Bedeutung von Zivilgesellschaftsaktivitäten zeigt, dass die etablierten politischen Parteien Funktions- und vor allem

Partizipationslücken in wesentlichen gesellschaftlichen Bereichen, insbesondere auch im internationalen Bereich, offen lassen.

Schluss

Der „Markt der Politik“ auf dem sich die politischen Parteien bewähren müssen ist komplizierter geworden. Das Parteiensystem selbst hat sich im Hinblick auf die Anzahl und das Größenverhältnis der politischen Parteien in den letzten zwanzig Jahren diversifiziert. Es gibt nicht mehr nur zwei Großparteien und eine sehr kleine Partei, sondern es gibt mehrere Mittelparteien. Nicht nur aufgrund der Änderungen in der Anzahl der Parteien im bestehenden Parteiensystem, sondern auch aufgrund der politischen Inhalte ist das politische Angebot größer geworden. Ökologische, menschenrecht- und genderorientierte auf der einen Seite des politischen Spektrums und rechtslastige Gruppen und Initiativen auf der anderen Seite erweitern das Themenfeld.

Die Antwort auf die Frage, in welchem Ausmaß die Parteien unter den genannten Bedingungen Träger der Demokratie und der Demokratisierung bleiben können, hängt davon ab, in welchem Ausmaß es den Parteien gelingt, ihre Funktion als Träger substantieller Partizipation zu erhalten oder zurückzugewinnen und auszubauen.

Für unübersehbare Defizite der Parteiendemokratie können eine Reihe von Gründen angeführt werden. Die ursprünglichen beiden Großparteien, die sich noch in der Ersten Republik auch in sozialökonomischem Sinn antagonistisch gegenüberstanden, sind jetzt Teil eines politischen und gesellschaftlichen Systems, bei dem die sozialökonomischen Wandlungsprozesse dazu geführt haben, dass die politische Struktur der Gesellschaft von keiner Partei mehr ernsthaft in Frage gestellt wird.

Karl Ucakar ist Univ.-Prof. und stellvertr. Instituts-Vorstand am Institut für Staatswissenschaft der Uni Wien

Kelsen, Hans (1929): Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. umgearbeitete Auflage, Tübingen.

Leibholz, Gerhard (1974): Strukturprobleme der modernen Demokratie, Frankfurt am Main.

Springer, Rudolf [d.i. Renner, Karl] (1901): Staat und Parlament, Wien.

Protest in einer unberechenbaren Gesellschaft

Christoph J. Virgl

Jeder Protest führt uns zu einer Beschreibung der Gesellschaft. Indem er sich mit unkonventionellen Ausdrucksformen ausstattet, werden Themen in den öffentlichen Diskurs eingebracht, die sonst keine Beachtung finden würden. Ohne diese Dauerirritation wären politische Entscheidungen nur auf sich selbst oder auf die Resonanz der Massenmedien angewiesen. Fragen der weltökonomischen Unsicherheit, globale Umweltpolitik, sozial-ökonomische Ungleichgewichte im globalen Nord-Süd-Gefälle, soziale Ausgrenzungen, Bildungspolitik und Chancenungleichheit bilden nur einen sehr kurzen Abriss der in Dauerschleife befindlichen, protestwürdigen Themen der Gesellschaft. Es ist möglich, zu sagen, dass das *Nein* gerade Hochkonjunktur hat. Damit sind wir bei der Basisbifurkation der Kommunikation angelangt: *Ja* und *Nein*. Gesellschaftstheoretisch formuliert bedeutet dies Konsens oder Dissens. In der Präferenz des Protests für das *Nein* bzw. das *Dagegensein* werden Konsenschancen ausgeschlossen und nur darin findet der Protest seine Überlebensfähigkeit und Öffentlichkeitswirkung.

Dieser Text setzt sich zum Ziel, einige elementare Anmerkungen über die Funktionsweise des Protests zu skizzieren. In einem weiteren Schritt fragen wir danach, wie es um den aktuellen Forschungsstand bestellt ist und warum verallgemeinerte Krisendiagnosen, Wut und Empörung – so populär sie auch gerade sein mögen – in einem theoretischen Kontext kaum zusätzlichen Erkenntnisgewinn einbringen können.

Dynamiken des Widerspruchs

Wenn die These zutrifft, dass der Protest für die Selbstbeschreibung der Gesellschaft einen zusätzlichen Stellenwert einnimmt, muss geklärt werden, wie dies erfolgt. Was ist die *Funktion* des Protests? Zunächst ist die wohl augenfälligste Voraussetzungsbedingung, dass alles Entscheiden *kontingent* ist. Alles was entschieden wird, kann auch anders entschieden werden. Das hat in der modernen Gesellschaft nicht nur zu einem deutlichen Komplexitätsschub geführt, sondern auch dazu, dass Entscheidungen auf benennbare EntscheiderInnen rückgeführt werden können und Risikolasten nicht nur die/ den EntscheiderIn selbst betreffen. Das wohl prominenteste Beispiel dafür ist das politische System. Je nach Konstitution und Ausprägung können institutionelle Einrichtungen beschrieben werden, die nicht nur für Entscheidungsprozesse verantwortlich gemacht werden, sondern auch zur Handhabung von Konflikten dienen. Es ist daher als eine zentrale Errungenschaft von Demokratien zu werten, dass sich Regierungen der Kritik der Opposition ausgesetzt sehen und dies in der *politischen Öffentlichkeit* zur Diskussion gestellt wird. Diese Streitnähe und ideologische Öffentlichkeitsinszenierungspraktiken ergeben folgendes Bild: A (Regierung) will das so und B (Opposition) will das anders bzw. möchte das verhindern (1).

Die Frage, die sich daran anknüpfen lässt, ist, warum sich unter diesen institutionellen Rahmenbedingungen so etwas wie Protestbewegungen als fixer Bestandteil in der öffentlichen Meinungsauseinandersetzung eingeschrieben haben? Die Voraussetzungen dafür sind paradox, weil bei ihrer

Formierung noch ungeklärt ist, ob der Protest erhört wird und sich potentielle SympathisantInnen erreichen und mobilisieren lassen. Selbst wenn das Thema zugunsten der Protestierenden entschieden wird und alle Forderungen eingelöst werden, bestimmt dies oft das Ende der Bewegung (vgl. Virgl 2011: 30f). Schließlich gilt: wo kein Thema, da kein Protest! Immerhin muss es ja etwas geben, wogegen sich der Protest richtet. Es ist die Paradoxie der Paradoxie, dass Protestbewegungen diese zu überwinden im Stande sind. Damit leisten die Bewegungen Mitteilungsbeiträge, die in ihrer *appellativen* und *alarmierenden* Widerspruchsdynamik zur Aufmerksamkeits-erzeugung dienen. Ihre Funktion ist es, Konflikte öffentlich sichtbar zu machen, indem sie a) eine geeignete thematische Form (das, wogegen sich der Protest richtet) finden und b) viele zum Mitmachen animieren. Wenngleich der Protest auf der Straße als eine der prominentesten Formen dieser Widerspruchsinszenierungspraxis beschrieben werden kann, sind die Protestformen um einiges vielfältiger und unterliegen gewissen Moden (2). Damit ist, wie es scheint, ein weiteres signifikantes Merkmal des Protests erwähnt: nämlich, dass weder historisch noch empirisch belegt werden kann, dass es sich dabei um eine Besonderheit moderner Demokratien handelt. Die Aufstände des „Arabischen Frühlings“ im Jahr 2011 und Protestaktionen in China sind nur einige Beispiele dafür, die diese These haltlos erscheinen lassen.

Quo vadis Protestbegriff?

Es kann als unstrittig gelten, dass wichtige große Veränderungen und gesellschaftlicher Wandel durch soziale Bewegungen initiiert und getragen wurden. Mit der ArbeiterInnen-, Frauen-, Friedens- und Umweltbewegung sind nur einige prominente Beispiele erwähnt. Vieles von ihnen finden wir heute in Parteiensystemen oder in politischen Institutionen (bspw. Frauen- und Umweltministerien) wieder. Joachim Raschke, der die Schnittmenge aus Bewegung und Parteiwerdungsprozessen untersucht hat, kommt zu dem Resultat, dass es sich dabei nicht nur um Produkte, sondern auch um Produzenten

der Moderne handelt (vgl. Raschke 1985: 11). Spätestens seit dem Aufkommen der so genannten „neuen sozialen Bewegungen“ der 1960er Jahre kam es zeitverzögert zu einer erhöhten Aufmerksamkeit und Forschungsintensität (3). Die Soziologie hat sich jedoch in einen Paradigmenstreit einzementiert und seit Mitte/Ende der 1990er Jahre ihre Forschungen kaum mehr nennenswert weiterbetrieben.

Die Politikwissenschaft hat ihrerseits gleich gar nicht damit angefangen, sich mit Protest auf einer theoriетragenden Ebene zu beschäftigen. Eine der zentralen Schieflagen der theoretischen Bemühungen lag darin, dass der Protestbegriff als ein, sich *selbsterklärendes, soziales Phänomen* in die Bewegungsforschung eingebracht wurde und die TheoretikerInnen eine solide Begriffsklärung schuldig geblieben sind. Alles, was nicht auf Akzeptanz und Konsens beruhte, konnte so als Protest überinterpretiert und verbucht werden. Dieses theorieinterne Problem wurde mit der Beforschung von vergangenen oder bestehenden (d.h. bereits etablierten) sozialen Bewegungen überwunden. Um nicht spekulieren zu müssen, musste abgewartet werden, ob aus der einen oder anderen Protesthäufung eine halbwegs große, „beschäftigungswürdige“ Bewegung entsteht. In der historischen Rückbetrachtung und angesichts der gegenwärtigen Beschleunigung von Mobilisierungspotentialitäten durch digitale Kommunikationstechnologien (Internet) zeichnet sich jedoch ab, dass das goldene Zeitalter der großen sozialen Bewegungen zunehmend im Schwinden begriffen ist.

Es ist nicht mehr der Protest einer eindeutig beschreibbaren und benennbaren großen Bewegung, sondern der Protest der Gesellschaft gegen Unzumutbarkeitswahrnehmungen, die immer öfter *ad hoc* und okkasionell thematisiert und kanalisiert werden. Es macht daher den Anschein, als wäre der Protest zu seiner Urförmigkeit zurückgekehrt und alles, was seine Schlagkraft zu bedrohen scheint (bspw. allzu professionelle Bewegungsstrukturen, organisatorische Disziplinierung, Verhandlungskalküle und Alternativvorschläge), wird zugunsten von *thematischen Vernetzungen* kleinerer Betroffenengruppierungen eingetauscht.

Wut, Krise und etwas Empörung

Folgt man der oft feuilletonistisch aufpolierten Widerstandssemantik, ist eine individualisierte und emotionalisierte Unruhe gegenwärtig unbestreitbar. Die im Diskursjargon erfolgreiche Wortschöpfung des/der „WutbürgerIn“ verdeutlicht dies auf eindrucksvolle Weise. Zudem machten die *occupy*-Proteste in Amerika und Europa die Krise zu einem globalen Thema und haben ihr schnell einen entsprechenden Inhalt gegeben. Der Slogan „We are the 99 percent“ verdankt seine Karriere einem inhärenten Machtverweis bei gleichzeitiger Nennung von vermeintlichen GegnerInnen. Damit war die Krise in VerursacherInnen und Betroffene differenzierbar und die Massenmedien konnten ihre Berichterstattungen mit schlagkräftigen Bildern von zahllosen Protesten untermauern. Das „heimliche Bündnis der Protestbewegungen mit den Massenmedien“ (Luhmann 1997: 855) hilft dabei, die Konfliktkommunikation am Laufen zu halten und höchstmögliche Aufmerksamkeit zu erzeugen. Wenn dies nicht ausreichend geschieht, dann hat jede Protestbewegung mittlerweile ihre Nebenfahrbahn am Datenhighway eingerichtet und schafft sich dort ihre Öffentlichkeit.

Die gesellschaftlichen Krisenbeschreibungen – so viele Deutungsinterpretationen sie auch bereithalten mögen – versickern dann in der *Zeitdimension* und geben wenig bis keine Auskunft darüber, auf welchem Konflikthorizont sie sich letztlich ausbreiten (4). Mit anderen Worten: Wer wird betroffen sein und welche Entscheidungen bergen Risiken in der Zukunft? In der Themengenerierung der Protestbewegungen werden diese Krisenbeschreibungen mittels *Moral-* und *Angstkommunikation* in *Verursacher/Betroffene* schematisiert und über diesen Weg Konflikte konkretisiert. Krisenzuschreibungen wie Schuldenkrise, Bankenkrise, (Welt-)Wirtschaftskrise, Demokratiekrise, ökologische Krise und Euro- bzw. Währungskrise tauchen so aus ihrer abstrakten Nebelwand hervor und verlieren an Komplexität und Unschuld. Somit kann entlang des Themas ausgemacht werden, wie eine Unsicherheitslage eingeschätzt wird und bei

wem Verantwortung angemahnt werden kann. Einfache Schemata, wie gerecht/ungerecht und moralisch/unmoralisch, setzen Signale der Wertepreferenz, wodurch der öffentliche Eindruck entsteht, als appelliere das Thema selbst. Dies wiederum setzt zeitgleich Betroffene voraus, die zum Mitmachen bereit sind und das Thema mittragen. Diese Anmerkungen sollen anzeigen, dass der Protest in der Gesellschaft etwas vollzieht, was weder durch Wutausbrüche (5) noch durch eine gesamtgesellschaftliche Krisendiagnose erklärt werden kann.

Resümee

Wir haben hier den Versuch unternommen, zu zeigen, welche Funktion der Protest übernimmt und mit welchen kommunikativen Strategien er Formen kreiert, die eine *politische Öffentlichkeit* herstellen. Es kann festgehalten werden, dass sich seit den Ursprüngen dieser Widerspruchs- und Konfliktform wenig verändert hat. Der Protest gehört zu den fixen Ausstattungen einer auf Komplexität und Unberechenbarkeit beruhenden Gesellschaft. Ob wir diese Gesellschaft mit der bereits in die Jahre gekommenen „neuen Unübersichtlichkeit“ (Habermas 1985) oder mit dem Schlagwort der „Postdemokratie“ (Crouch 2008) versehen, wird der endgültigen Klärung eines umfassenden Gesellschaftsbegriffes, der die Heterogenität von Konfliktlagen miteinbezieht, wenig Neues hinzufügen. Möchte man einen *Wandel* der protestförmigen Widerspruchsmechanismen feststellen, liegt dieser wohl am ehesten darin, dass wir es zukünftig mit kleinen Protestbewegungen – im Gegensatz zu den großen sozialen Bewegungen – zu tun haben werden. Wie zu betonen ist, stellt dieser Umstand auch die Forschung vor große Herausforderungen. Diese können nur überwunden werden, wenn ein Protestbegriff entworfen wird, der die Gesamtkomplexität des Phänomens ausleuchtet und darüber hinaus Machtkonflikte in der Gesellschaft besser beschreiben hilft. Dann wäre der Protest nicht nur ein politischer, sondern vielleicht auch bald ein politikwissenschaftlicher Begriff.

Anmerkungen

Mein herzlicher Dank gilt Jakob Kalina, Thomas Immervoll und Nikolaus Possanner für wertvolle kritische Hinweise.

- (1) Da die Opposition institutioneller Bestandteil des politischen Systems ist, ist das Signal der Bereitschaft, die Regierung zu übernehmen, in jeder Kritik an der Regierung wahltaktisch eingeplant und hebt sich schon aus diesem Grund von der Inszenierungsform und kommunikativen Strategie der Protestbewegungen deutlich ab. Der Protest stellt nicht den Anspruch, die Gesamtverantwortung zu tragen, mahnt und klagt jedoch die an, die dafür verantwortlich gemacht werden können (s. dazu Luhmann 1995: 206).
- (2) Einen eindrucksvollen Überblick zu zahlreichen Protestformen in ihrer historischen Entwicklung findet sich bei Schönberger und Sutter (2009).
- (3) Dies gilt jedenfalls für die Deutsche Bewegungsforschung. Einige Zeit machte es fast den Eindruck, es wäre für SoziologInnen geradezu prestigeimmanent, sich mit sozialen Bewegungen zu beschäftigen.
- (4) Karl-Dieter Opp (1996) kommt in einem Theorievergleich zu dem Schluss, dass keine zwingende Korrelation zwischen Krise und Entstehung sozialer Bewegungen gegeben ist.
- (5) Würde man sich an der jeweils individuellen Wut im Protestgeschehen als Erklärungsansatz orientieren, würde dies einen unzeitgemäßen Rückgriff auf die Massenpsychologie (des ausgehenden 19. Jahrhunderts) bedeuten. So war bspw. noch Gustave Le Bon (1895/1982) der Auffassung, dass es in der Masse zu einer Art *kollektiver Suggestion* kommt und dies als „irrrationales Verhalten“ zu interpretieren sei.

Crouch, Colin (2008): Postdemokratie. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Habermas, Jürgen (1985): Die Neue Unübersichtlichkeit. Kleine politische Schriften V. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Le Bon, Gustave (1895/1982): Psychologie der Massen. Stuttgart: Kröners Taschenbuchausgabe.

Luhmann, Niklas (1995): Protestbewegungen. In: Hellmann, Kai-Uwe (Hrsg.): Protest. Systemtheorie und soziale Bewegungen. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 201-216.

Luhmann, Niklas (1997): Die Gesellschaft der Gesellschaft. Band 2. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Opp, Karl-Dieter (1996): Gesellschaftliche Krisen, Gelegenheitsstrukturen oder rationales Handeln? Ein kritischer Theorievergleich von Erklärungen politischen Protests. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 25, Heft 3. Enke Verlag: Stuttgart, S. 223-243.

Raschke, Joachim (1985): Soziale Bewegungen: Ein historisch-systematischer Grundriß. Frankfurt am Main/New York: Campus Verlag.

Schönberger, Klaus/Sutter, Ove (Hrsg.) (2009): Kommt herunter, reiht euch ein. Eine Kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen. Berlin: Assoziation 4.

Virgl, Christoph J. (2011): Protest in der Weltgesellschaft. Wiesbaden: VS-Verlag.

Der diskrete Charme der Wollsturmhaube. Symbole im politischen Protest

Petra Bernhardt

Mitte August in Wien: Am Wallensteinplatz plätschert ein Springbrunnen, durch den ein kleines Mädchen mit ihrem Fahrrad Schlangenlinien zieht. Ein paar Leute suchen im Schatten der Bäume Abkühlung. In den Schanigärten wird Kaffee serviert. Kaum jemand beachtet die fünfköpfige Gruppe, die sich mitten am Platz aufgestellt hat. Auch die Gruppe sucht nicht nach Blickkontakt mit ihrer Umgebung. Stattdessen zücken die AktivistInnen wie auf Kommando ihre bunten Masken, ziehen sie über die Köpfe und halten ein Schild hoch: „Free Pussy Riot!“

ist darauf zu lesen. Zwei, drei Posen, mehrere Aufnahmen mit der Kamera, schon verschwindet die Gruppe wieder in einer Nebenstraße.

Vermutlich werden die Fotos dieses Nachmittags später zu einem Teil jenes weltweiten Protests, der rund um den Prozess gegen die regierungskritische russische Frauen-Punkband Pussy Riot aufgeflammt ist. Am 18. August wurden drei Mitglieder der Band wegen eines „Punkgebets“ in der Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale zu zwei Jahren Lagerhaft verurteilt. Die Begründung lautete auf Rowdytum aus religiösem Hass. Im Zentrum der Kritik standen und stehen vor allem die Rechtmäßigkeit einer Anklage wegen schweren Rowdytums sowie die Verhältnismäßigkeit des Strafmaßes. Zum Symbol des weltweiten Protests wurden die Erkennungszeichen der Punkband: bunte Wollsturmhauben. Ob auf der Straße oder im Internet – die Wollsturmhaube ist seither das politische Accessoire des Spätsommers.

Protest als Symbolwelt

Aus Sicht des Kommunikationsdesigns ist ein Symbol dann gut, wenn es von einer Community angenommen und verwendet wird. Als bildhaftes Zeichen steht das Symbol für etwas Abwesendes, wie eine bestimmte Haltung oder eine Einstellung. Es dient der Codierung zu einer Wahlgemeinschaft, wie die Design-Expertin Helen Hacker erläutert: „Ich codiere mich, um anderen zu signalisieren: ‚Ich bin dieser Meinung‘“ (Hufnagel



2012). Diese Codierung ist kontextabhängig, also räumlich und zeitlich gebunden. Im konkreten Fall heißt das: wer sich im Sommer 2012 mit einer bunten Sturmhaube auf der Straße zeigt, weist sich nicht als Mitglied einer Gruppe von BankräuberInnen aus, sondern vielmehr als KritikerIn des Systems Putin und seines Umgangs mit Rechtsstaatlichkeit.

Die Einfachheit und Unverwechselbarkeit machen die Wollsturmhaube zu einem idealtypischen Protestsymbol. Denn gut ist, was sich wieder erkennen lässt – möglichst auch aus größerer Entfernung – und von Gleichgesinnten „nachgebaut“ werden kann. Blickt man in der Geschichte der Protestbewegungen zurück, so zeigt sich, dass viele ihrer bekanntesten Symbole von einem einfachen Design profitiert haben, das ihre flexible Nutzung ermöglichte. Das Peace-Zeichen, das mit Kreide auf die Straße gemalt werden kann oder das Symbol der AnarchistInnen, das sich hastig und ohne Vorlage auf Wände spraysen lässt, dienen hierfür als Beleg (vgl. Hufnagel 2012). Die Einprägsamkeit eines Symbols kann aber auch ihren Preis haben, denn sie erleichtert seine kommerzielle Aneignung und damit oftmals auch eine Loslösung des Symbols von seiner ursprünglichen politischen Konnotation. Wer denkt beim Griff zum Che Guevara T-Shirt schließlich noch an die Geschichte des Revolutionärs oder an den Entstehungszusammenhang seines Porträts?

Ob ein Symbol für eine Bewegung erfolgreich wird, liegt primär daran, ob es sich mit Inhalten auflädt und angenommen wird. Der Erfolg hängt also von der semantischen Besetzung des Produkts ab, worauf die GestalterInnen zunächst nur wenig Einfluss haben. Mitunter kann es auch sein, dass DesignerInnen gänzlich obsolet sind, wenn nämlich ein Ort, ein Bauwerk oder eine Person im Zuge eines Protests zu dessen Symbol werden. Der Arabische Frühling hat mit dem Tahrir-Platz einen wirkmächtigen symbolischen Austragungsort bekommen. Und dass der französische Präsidentschaftskandidat Jean-Luc Mélenchon im Wahlkampf des Frühjahrs 2012 den Slogan „Reprenons la Bastille“ (dt. „Erstürmen wir die Bastille noch einmal“) plakativ

ließ, verweist einmal mehr auf die anhaltend große Bedeutung des Bauwerks als Symbol der Französischen Revolution.

Aber nicht nur Plätze und Bauwerke können Symbolcharakter entwickeln. Auch Personen können Ideen und Ideale buchstäblich „verkörpern“. Der bereits erwähnte Che Guevara mag hierfür als Beleg dienen, aber auch Rudi Dutschke, der zur Symbolfigur der Protestbewegung von 1968 wurde. Und selbst das körperliche Erscheinen oder Nichterscheinen von Personen wird als symbolträchtiger Akt interpretiert: Im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft 2012 haben zahlreiche PolitikerInnen aus Protest gegen die Haftbedingungen der ehemaligen ukrainischen Regierungschefin Julia Timoschenko ihre Teilnahme an Fußballspielen abgesagt.

Die Kommunikationswissenschaftlerin Kathrin Fahlenbrach, die sich mit der massenmedialen Rahmung von politischen Protesten beschäftigt, erklärt, dass provokante und Tabus brechende Protestaktionen für die Medien willkommene visuelle Ereignisse darstellen, die die Emotionen ihrer ZuschauerInnen und LeserInnen polarisieren und ihnen daher stete Aufmerksamkeit garantieren (vgl. Fahlenbrach 2008: 362). ProtestaktivistInnen wiederum kalkulieren dieses mediale Interesse in ihre Planung und Umsetzung von Protestaktionen mit ein. Insofern lässt sich die Wahl der Masken als Erkennungszeichen von Pussy Riot als gelungene Inszenierung beschreiben: sie weiß nicht nur zu provozieren, sondern denkt die Mechanismen ihrer Rezeption sowohl auf Seiten der SympathisantInnen als auch auf Seiten der Medien konsequent mit.

Die Artikulation von Protest

Im Gegensatz zur Politik wird der Verwendung symbolischer Formen beim Protest mit weniger Misstrauen begegnet. Der Vorwurf einer Inszenierung, der gegen PolitikerInnen in Zusammenhang mit symbolischer Politik gerne erhoben wird, stößt bei Protestbewegungen zumeist ins Leere (Kraushaar 1997). Denn der Protest ist nicht in der Sphäre des Handelns angesiedelt,



sondern soll in erster Linie Aufmerksamkeit wecken: „Protest ist expressiv, das Aufscheinen von etwas, was politisch noch nicht Wirklichkeit geworden ist“ (ebd.). Die Demonstration als seine wichtigste Artikulationsform drückt diese Funktion bereits semantisch aus.

Doch die demonstrative Funktion ist nur eine Seite der Medaille. Die Künstlerin und Kunsttheoretikerin Hito Steyerl erklärt, dass die Frage der Artikulation in Bezug auf Protest immer auch die Organisation seines Ausdrucks – also die interne Organisation der Protestbewegung – umfasst (vgl. Steyerl 2002). Protestbewegungen artikulieren sich auf vielen Ebenen, etwa über ihre Programme, Forderungen, Manifeste und Aktionen. Doch sind diese Artikulationsformen selbst das Ergebnis von Aushandlungsprozessen, die mit inhaltlicher Auswahl sowie mit Ein- und Ausschlüssen einhergehen (vgl. ebd.). Darüber hinaus können Protestbewegungen mit unterschiedlichen Interessensgruppen, NGOs, Parteien, etc. verbunden sein und in diesen Verhältnissen Allianzen oder Koalitionen bilden, Fehden

austragen oder Gleichgültigkeit ausdrücken (vgl. ebd.). Alle diese Prozesse umschreiben die organisatorische Seite der Artikulation von Protest.

Seit den 1990er-Jahren sind Straßenparties mit karnevalesken Elementen zu beliebten Artikulationsformen politischen Protests geworden, die als „semiotische Störaktionen“ die Möglichkeit bieten, die Legitimität von Macht punktuell in Frage zu stellen (vgl. Brünzels 1999: 1). Über nationale Grenzen hinweg ist ein Netzwerk kreativer Kritik entstanden, das im Gegensatz zu früheren sozialen Bewegungen wie etwa der Anti-Atom-Bewegung weniger durch ein inhaltliches Thema verbunden ist, als durch eine interventionistische Form der Kritik (vgl. ebd., 2). Neu ist auch die dezentrale Organisationsform, die keine Parteileitung, kein Komitee und keine SprecherInnen vorsieht (vgl. ebd., 4). Diese Organisationsform ist nicht zuletzt dem Umstand geschuldet, dass es Protestbewegungen heute zunehmend mit globalisierten Konflikt- und Problemlagen zu tun haben.

Karneval als Protestkultur setzt auf direkte Aktionen und verbindet die Authentizität des Protests mit körperlichem Einsatz. Das Spiel mit den Grenzen der vorgegebenen Ordnung zeigt Möglichkeiten auf und öffnet ein zeitlich begrenztes Fenster für Utopien (vgl. ebd., 7). Dabei verwischen die Grenzen zwischen AkteurInnen und ZuschauerInnen. Im Gegensatz dazu verhält sich Protest eher konfrontativ und exklusiv, was die beiden Artikulationsformen schwer vereinbar macht: „Karneval kann zwar Protest, Kritik, Utopie ausdrücken – aber nicht in Form eindeutiger Positionen, sondern durch Verschiebung von Bedeutungen, oft auf der symbolischen Ebene“ (ebd.). Im Idealfall schafft es der Karneval, die Konfrontation zu transzendieren. Dem gegenüber steht eine Form des Protests, die sich an überschaubaren politischen Fehlleistungen wie Bauprojekten oder Universitätsreformen reibt und sich eher lokal bzw. regional artikuliert.

Empörung als Prinzip?

Kann man in Zeiten von WutbürgerInnen und PiratInnen von einer Konjunktur des politischen Protests sprechen? In einem launigen Kommentar in der *Süddeutschen Zeitung* rechnet der Journalist Jan Heidtmann mit einer Entwicklung ab, die er als Welle der Empörung beschreibt und als deren Auslöser er das Erscheinen eines knapp 30 Seiten starken Textes benennt: mit „Empört Euch!“ hat der 92-jährige Ex-Diplomat und Widerstandskämpfer Stéphane Hessel im Jahr 2010 den Nerv der Zeit getroffen. Der Aufruf zum Ungehorsam wurde zum Bestseller. Heidtmann erklärt, dass WutbürgerInnen, Shitstorm und PiratInnen seither an die Stelle des Politikverdrusses getreten sind. Doch statt den Beginn einer konstruktiven Diskussion zu markieren, hätten die Empörungswellen der letzten Zeit nur wenig bewirkt. Den EmpörungsbürgerInnen ginge es nicht um die Natur der Sache, um das einzelne Argument und seine Textur. Auch sei die Empörung kein Ausdruck eines politischen Selbstbewusstseins, sondern vielmehr die „Übersprungshandlung“ verunsicherter Menschen (vgl. Heidtmann 2012).

Die Frage, wie sich Empörung und Protest in konkrete politische Aktionen umwandeln lassen, beschäftigte im August 2012 auch eine Diskussionsrunde in der renommierten *New York Times*. Die DiskutantInnen betonten dabei einmal mehr die Bedeutung von politischen Symbolen, um auf konkrete Anliegen hinzuweisen und Aufmerksamkeit zu wecken. Sie führen mit ihren Vorschlägen aber letztlich in die institutionalisierten Arenen der repräsentativen Demokratie zurück: „Fight the System, but Know How to Make It Work!“ oder „Move From the Streets to the Ballot Box“ (vgl. *The New York Times* 2012). Da wird es wohl noch eine Weile dauern, bis die herrschende Ordnung ihre Masken abgelegt hat.

Petra Bernhardt ist Politikwissenschaftlerin, lehrt am ipw und forscht derzeit an der Akademie der Wissenschaften.

Brünzels, Sonja (1999): Reclaim the Streets: Karneval und Konfrontation. URL http://www.derive.at/index.php?p_case=2&id_cont=291&issue_No=2, 1.8.2012.

Fahlenbrach, Kathrin (2008): Studentenrevolte. Mediale Protestbilder der Studentenbewegung. In: Gerhard Paul (Hg.): Das Jahrhundert der Bilder. 1949 bis heute. Göttingen: V&R, 362-369.

Heidtmann, Jan (2012): Empörung als Prinzip. URL <http://www.sueddeutsche.de/politik/2.220/politische-debatte-empoeerung-als-prinzip-1.1435731>, 1.8.2012.

Hufnagel, Daria (2012): „Ein Symbol braucht Inhalt“. Interview mit Helen Hacker. URL <http://www.taz.de/Zeichen-des-Protests!/98181>, 1.8.2012.

Kraushaar, Wolfgang (1997): Protest als Symbolwelt. URL http://www.zeit.de/1997/15/Protest_als_Symbolwelt, 1.8.2012.

Steyerl, Hito (2002): Die Artikulation des Protestes. URL http://www.republicart.net/disc/mundial/steyerl02_de.pdf, 1.8.2012.

The New York Times (2012): Room for Debate: What makes Protest effective? URL <http://www.nytimes.com/roomfordebate/2012/08/20/what-makes-protest-effective>, 21.08.2012.

Der Wirtschafts- und Finanzkrise in Griechenland und Spanien auf der Spur

Ein Ende mit Schrecken oder ein Schrecken ohne Ende?

Alicia Allgäuer, Arkaitz Alzueta, Meropi Tzanetakis

Fast täglich erreichen uns neue Hiobsbotschaften aus Griechenland und Spanien: Ansteigende (Jugend-)Arbeitslosigkeit, soziale Verelendung, immer größere Rettungspakete und Sparpläne bis zur Angst vor dem Staatsbankrott und dem Ausschluss aus der Euro-Zone. Dieser Artikel fokussiert auf die internen Ursachen in Griechenland und Spanien und fragt danach, welche Bedingungen im gesellschaftlichen und politischen System der beiden Länder der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise den Weg geebnet haben.

„Wir werden tun, was wir tun müssen...“ - Ursachen und Folgen der Krise in Spanien

„Ich ziehe es vor, die Mehrwertsteuer 2013 nicht zu erhöhen, aber ich sage Ihnen auch, dass ich es machen werde, wenn es in dem Moment gut sein sollte, diese zu erhöhen, und ich werde alles tun, auch wenn es mir missfällt und ich gesagt habe, dass ich es nicht tun werde.“ (1) Dieses Zitat des spanischen Regierungschefs Mariano Rajoy zeigt die ständigen Widersprüche, in die er sich mit seinen nichteingehaltenen Wahlversprechen und der Austeritätspolitik seit seiner Wahl im November 2011 verstrickt. Rajoy sicherte mit windigen Versprechen („Ich werde tun, was getan werden muss“, „Es wird keine Steuererhöhungen geben“, etc.) zu, Spanien aus der Krise zu führen und gewann so eine absolute Mehrheit über die angeschlagene sozialdemokratische PSOE. Dass die konservative Regierungspartei PP mindestens

so beteiligt an den Ursachen der Krise und große Nutznießerin des korrupten politischen Systems etc. war und ist, passte selbstverständlich nicht ins Wahlprogramm.

Die Basis des heutigen Wirtschaftssystems in Spanien geht auf die Franco-Diktatur zurück, mit der trotz der Demokratisierungsprozesse nach 1978 nie wirklich gebrochen wurde: die Macht blieb in Händen der traditionellen Eliten. Seit dem Ende des Bürgerkrieges waren die Politik, der Bankensektor sowie der Immobilien- und Bausektor sehr eng miteinander verwoben. Bis heute fußt die nationale Ökonomie auf den beiden Pfeilern Finanzen und Bauwesen, was den Aufbau und das Platzen der Immobilienblase in den letzten Jahren begünstigte. Es können sechs Ursachen für die Besonderheiten der aktuellen Krise in Spanien herausgefiltert werden (Navarro et al. 2011: 38ff):

1. Die Schwäche der ArbeiterInnenbewegung als weiteres Erbe des Franquismus: Zwar schafften es die massiven Streiks und Proteste zwischen 1974 und 1978, dass „die Diktatur auf der Straße starb“ (ebd.: 39), trotzdem konnte keine starke Gewerkschaftsbewegung entstehen, um den konservativen Kräften entgegenzutreten; u.a. weil die Linke erst langsam aus dem Gefängnis oder Exil zurückkehrte und somit über Jahrzehnte stark geschwächt gewesen war. (2)



2. Übermäßiger Einfluss auf die Politik durch Unternehmer- und Finanzgruppen: Seit der Diktatur kontrolliert eine kleine Elite die Ökonomie – 2006 bspw. verfügten 0,0035% der Bevölkerung über finanzielle Ressourcen im Wert von 80,5% des BIP.
3. Die enge Verwobenheit von staatlichen Institutionen und UnternehmerInnenentum hat u.a. zu einem flexibilisierten Arbeitsmarkt ohne Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnenseite, niedrigen Steuern auf Kapital und wenig sozialer Solidarität geführt.
4. Das inexistente Sozialsystem des Franquismus, die fehlenden Investitionen in Bildung, Gesundheit, Innovation, Infrastruktur etc. bedeuteten schwierige Ausgangsbedingungen für die nachfolgenden Regierungen.
5. Schwache und traumatische Verbindungen zwischen der spanischen Wirtschaft und dem Ausland: Seit der allmählichen Öffnung der Wirtschaft unter Franco ab 1959 wurde darauf gesetzt, Devisen durch billige Arbeitskräfte und Tourismus ins Land zu holen. So begab sich die wettbewerbsunfähige Ökonomie in eine starke Abhängigkeit von ausländischem Kapital, was mit zyklischen Devaluierungen der Währung kompensiert wurde. Seit dem Eintritt in die Währungsunion ist diese Ausgleichsmaßnahme nicht mehr möglich. EU und Euro waren ein „Anzug der falschen Größe“ (ebd.: 42), den sich Spanien anziehen musste, ohne vorher seine Größe geändert zu haben. Es kam frisches,

ausländisches Kapital ins Land, mit dem zwar einerseits einige soziale Maßnahmen beschlossen wurden, andererseits aber das spanische Kapital aus strategischen Branchen vollständig zurückgedrängt wurde und sich Spanien in die Abhängigkeit von den Entscheidungen der großen Länder der EU begab. Als Antwort auf die neue Situation wurden Löhne gesenkt, um ausländisches Kapital anzulocken. So ist Spanien das einzige Land der OECD, in dem es zwischen 1995 und 2005 keinen realen Anstieg der Löhne gab. Grundsätzlich wurden die finanziellen Ressourcen aus der EU stets für den Ausgleich des Staatsdefizits und nicht zur Deckung des sozialen Defizits verwendet.

6. Reichtum konzentriert sich in wenigen Händen: Es sind immer noch dieselben Namen, die seit der Diktatur die Geschicke in Politik und Wirtschaft dominieren.

Die sich seit 1978 abwechselnden Regierungen der sozialdemokratischen PSOE und der konservativen PP haben allesamt wenig dazu beigetragen, den Sozialstaat zu stärken und die Abhängigkeit vom Ausland durch die Einführung eines anderen Produktionsmodells als dem dienstleistungsorientierten zu reduzieren. Die Konzentration auf die Sektoren Bauwesen, Tourismus und Dienstleistungen sowie die Vernachlässigung der Investitionen in Bildung, Entwicklung und Forschung machten Spanien zu einer extrem krisenanfälligen Wirtschaft. (ebd.: 46) Weder die PP noch die PSOE reagierten

auf die zahlreichen Anzeichen, dass das auf der Bauwirtschaft basierende Wachstum an sein Ende gekommen war. Erst ab Mai 2010 begann die sozialdemokratische Regierung mit ihrem „Krisenmanagement“: eine Welle der Kürzungen von gerade eingeführten Sozialleistungen und anderen Maßnahmen, die im Juli 2012 von der derzeitigen konservativen Regierung fortgesetzt wurden und den ohnehin schwachen Sozialstaat – ähnlich wie in Griechenland – noch mehr schwächten.

Krisenland Griechenland – der Ruf nach Demokratie?

Um die Eigenarten der politischen und gesellschaftlichen Strukturen in Griechenland besser zu verstehen, soll auf einige Merkmale der öffentlichen Verwaltung und des Staatsapparates eingegangen werden.

Ein Blick in die Liste der griechischen Premierminister verrät die erste Besonderheit des politischen Systems des krisengeschüttelten Landes. In dieser häufen sich Namen wie Rallis, Venizelos, Karamanlis oder Papandreou; sie stehen sinnbildlich dafür, dass Familiendynastien das politische und wirtschaftliche Leben des Staates über Jahrzehnte hinweg geprägt haben.

Ein weiteres Merkmal des politischen Systems stellt sein Wahlsystem dar. Das Parlament besteht aus einer Kammer, die über 300 Sitze verfügt. Während für die kleineren Parteien eine Dreiprozenthürde gilt, erhält die Partei mit den meisten Stimmen einen Bonus von 50 Sitzen. Durch diesen Polster wird der Wahlsieger bei der Regierungsbildung gestärkt. In Konsequenz konnten sich seit dem Ende der Militärdiktatur (1967–1974) Einparteienregierungen herausbilden, bislang stets zwischen der sozialdemokratischen PASOK und der liberal-konservativen Nea Dimokratia (ND) wechselnd. (Malkoutzis





2011; Heilig 2012) Das seit Jahrzehnten eingespielte Zwei-Parteien-System wurde erstmals mit den Wahlen vom Mai 2012 aufgebrochen, denn nun mussten mindestens zwei Parteien koalieren, um die notwendige einfache Mehrheit für eine Regierungsbildung zu erlangen.

Beide Merkmale sind historisch eng verknüpft mit Vetterwirtschaft, Klientelismus und Korruption, da die „prokapitalistische griechische Gesellschaft die Verbindung des Staates zu der ‚Gemeinschaft der Bürger‘ nicht auf der Grundlage von Klassen oder Interessenverbänden“ – wie z.B. in Österreich der Fall – „aufgebaut [hat], sondern auf der Basis persönlicher Netze politischer Kundschaft“. Das griechische politische System des 19. und 20. Jahrhunderts war geprägt von politischen Parteieneliten, die den Staatsapparat monopolisierten und sich durch das in Aussicht stellen von Arbeitsplätzen in der staatlichen Verwaltung ihre Reproduktion sicherten. Der Aushandlungsprozess zwischen Staat und BürgerInnen gründete sich also nicht auf organisierten Interessensvertretungen, sondern auf politischer Klientelvernetzung. (Giannakopoulos 2010)

Von den in Griechenland weit verbreiteten Phänomenen der Vetterwirtschaft, Klientelismus und Korruption haben viele profitiert, indem der Staatsapparat als größter Arbeitgeber fungierte und der Lebensstandard auf Krediten basierend, künstlich aufrechterhalten wurde. Hinzu kommen zahlreiche Geschäftsleute, PolitikerInnen und Beamte, die

sich auf Kosten der großen Mehrheit noch mehr bereichert und ihr auf fragwürdige Weise angehäuften Vermögen mittlerweile in das vermeintlich sichere europäische Ausland transferiert haben. Doch eben auch diese breite Mehrheit hat über drei Jahrzehnte hinweg wieder und wieder das Zwei-Parteien-System durch ihr demokratisches Votum aufrechterhalten und damit die regierende Elite unterstützt und gefördert. (Tsiridis/Papanikopoulos 2010)

Wie die Arbeitsplatzvermittlung im öffentlichen Dienst vonstattengeht, soll hier exemplarisch dargestellt werden: Der Bürgermeister der ein paar Hundert EinwohnerInnen zählenden Gemeinde Xorio geht zeitgerecht vor den kommenden Wahlen von Haus zu Haus, erkundigt sich nach dem Wohlergehen der BewohnerInnen und hört sich ihre Sorgen an. Lösungen kann er keine anbieten, doch falls Söhne, Töchter, Neffen, Enkelkinder keine Arbeit haben, kann er helfen. Der Bürgermeister bietet ihnen einen Arbeitsplatz in der lokalen Verwaltung an und erwartet als Gegenleistung ihre Stimme bei der nächsten Wahl, wie der 78-jährige Dorfbewohner Anastatios Vryas erzählt. (3) Handelt es sich hierbei um keinen Einzelfall, sondern um System, führt dies zwangsläufig zu einem Aufblähen der öffentlichen Verwaltung und zur Ineffizienz staatlicher Institutionen.

Die griechische Wirtschaft hingegen zeichnet sich durch eine kaum vorhandene industrielle Infrastruktur und einen nicht funktionierenden



freien Arbeitsmarkt aus. Stattdessen wurde die Wirtschaftspolitik von regierenden Eliten zur Verteilung von Ressourcen, die primär aus EU-Mitteln geschöpft werden, instrumentalisiert, um an die Macht zu kommen oder um diese auszubauen. (Giannakopoulos 2010) Folgen dieser historisch gewachsenen Geschwüre sind eine blühende Schattenwirtschaft, systematische Steuerhinterziehung von Privaten wie von Unternehmen und zwei (ehemalige) Großparteien, die die politische, gesellschaftliche und ökonomische Zukunft des Landes aufs Spiel gesetzt haben. (Malkoutzis 2011) Doch birgt die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise auch die Chance am etablierten System aus Klientelismus und Korruption zu rütteln, z.B. indem das Steuersystem reformiert wird. Steuern zu zahlen bedeutet nicht nur Mehreinnahmen für den Staat, sondern

sendet auch wichtige Impulse für eine mögliche Neudefinition der Beziehung von BürgerInnen zu staatlichen Institutionen und vice versa. (Giannakopoulos 2010)

Was verbindet und was trennt Griechenland von Spanien?

George Soros, US-Investor und Milliardär ungarischer Herkunft, betonte jüngst bei seinem Vortrag in Wien, dass sich Spanien von Griechenland darin unterscheide, dass es alles „Notwendige“ dafür tue, um die Finanzmärkte und die Troika (IWF, EZB und EU-Kommission) zu befriedigen, während letzteres ein Desaster sei. (Soros 2012) Diese Aussage verdeutlicht, dass Griechenland erstens kaum mehr zu entschulden

ist und zweitens sich die zwei Zentrumsparteien zur Machterhaltung primär dem Wahlvolk verpflichtet sehen, und von der Troika geforderte Reformpläne nur zögerlich umsetzen. Erst die Unterschrift der Parteivorsitzenden von PASOK und ND unter ein EU-Dokument, welches beide zur Umsetzung der (zukünftigen) Sparmaßnahmen verpflichtet hat, konnte die gegenseitigen Schuldzuweisungen und das politischen-Profit-aus-der-Krise-ziehen-Wollen vorläufig beenden und den Weg für die drastische Reduzierung öffentlicher Ausgaben, Steuererhöhungen, Kündigung zahlloser öffentlich Bediensteter, Privatisierungen, Pensionskürzungen etc. ebnen. Spanien mit seiner konservativen Regierung, die über eine absolute Mehrheit verfügt, zögerte hingegen keinen Moment, alle von der Troika geforderten Reformen gewissenhaft umzusetzen (4). Was somit die Kürzungspolitik betrifft, scheinen die beiden Großparteien austauschbar, jedoch gesellschaftspolitisch betrachtet stellt die derzeitige Regierung einen großen Rückschritt (bspw. Abtreibungsgesetz, gleichgeschlechtliche Partnerschaft) gegenüber der fortschrittlichen Gesellschaftspolitik Zapateros dar.

Die beiden Länder teilen aber auch viele Ursachen der gegenwärtigen Krise, wie oben gezeigt wurde: vom eingespielten Zwei-Parteien-System, grassierender Korruption und Klientelismus, den historisch gewachsenen gesellschaftlichen Ungleichheiten in den Post-Diktaturen und der künstlichen Aufrechterhaltung des Lebensstandards durch Kredite über die Verschärfung der Armut bis hin zu den aktuellen sozialen Protesten gegen das politische Establishment.

Alicia Allgäuer ist Absolventin des ipw, Vorstandsmitglied von LeEZA und arbeitet bei der Caritas Wien, Asyl und Integration NÖ.

Arkaitz Alzueta ist Soziologe und schreibt seine Dissertation an der Universität Granada zum Thema Männlichkeiten und Migration.

Meropi Tzanetakis ist Absolventin des und Doktorandin am ipw, sowie Redaktionsmitglied.

Anmerkungen

(1) Yusta, Jorge (2012): Rajoy no descarta inyectar dinero en bancos „si fuera necesario“. <http://www.publico.es/espana/432195/rajoy-no-descarta-inyectar-dinero-en-bancos-si-fuera-necesario>, 10.9.2012

(2) Trotzdem gibt es starke Lebenszeichen mancher Gewerkschaften, aktuell z.B. die „Sindicato Andaluz de Trabajadores“ mit ihren Landbesetzungen und Marsch von ArbeiterInnen durch Andalusien. Siehe unter: <http://www.sindicatoandaluz.org/>; <http://blogs.publico.es/otrasmiradas/316/mercadona-y-sat-quienes-son-los-ladrones/>, 12.9.2012.

(3) Persönliches Interview, geführt am 12.4.2012 von Meropi Tzanetakis. Orts- und Personenname geändert, Originalnamen liegen vor.

(4) Der Arbeitsmarkt wurde wesentlich reformiert: Es wurden Abfertigungen gekürzt, Kündigungen erleichtert, Probeverträge ohne jegliche Sicherheiten auf ein Jahr verlängert, Arbeitslose werden zu Arbeiten für das Gemeinwesen verpflichtet, etc., siehe unter: <http://www.cnt.es/noticias/la-reforma-laboral-de-rajoy-otro-brutal-ataque-contra-los-derechos-de-los-trabajadores>

Giannakopoulos, Angelos (2010): Klientelismus und Korruption in Griechenland. In: Ökumenisches Forum für Glauben, Religion und Gesellschaft in Ost und West, 38/10, 14-17.

Heilig, Dominic/ Haselbauer, Torsten (2012): Griechenland – vor der Wahl ist nach der Wahl. Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Standpunkte, Berlin.

Malkoutzis, Nick (2011): Turbulente Zeiten für Politik und Parteien in Griechenland. Friedrich-Ebert-Stiftung, Internationale Politikanalyse, Berlin.

Navarro, Vicenç/ Torres López, Juan/ Garzón Espinosa, Alberto (2011): Hay alternativas. Propuestas para crear empleo y bienestar social en España. Ediciones Sequitur, Madrid.

Soros, George (2012): The Future of the Euro, Vortrag am Institut für die Wissenschaften vom Menschen, Wien, 9.9.2012.

Tsiridis, Giorgos/Papanikopoulos, Dimitris (2011): The Peculiarities of the Greek Crisis: Democracy, Protest and Contention in Syntagma Square. In: transform! european journal for alternative thinking and political dialogue, 09/2011, 87-94.

To Be Continued

Ein Essay über einen Moment im „Arabischen Frühling“

Gudrun Harrer

Der Moment ist so schwierig wie jeder andere, um über den „Arabischen Frühling“ zu schreiben – ein Begriff, der manchmal als herablassend kritisiert wird, der aber doch von Sympathie und positiven Erwartungen geprägt war und ist. Der „Frühling“, das schien ja zumindest als Metapher insofern zutreffend, als er einen langen Winter der Repression, der Erstarrung, der intellektuellen Verkommenheit in der arabischen Welt ablösen sollte. Der Tag, an dem Ben Ali aus Tunesien floh, jener, an dem die Menschen auf dem Tahrir-Platz in Kairo jubelten, war einer des Aufbruchs.

Es gibt keinen Grund, gute eineinhalb Jahre danach, im September 2012, so etwas wie eine „Bilanz“ zu ziehen. Schreiben nach dem arabischen Frühling produziert immer nur eine Momentaufnahme auf einem langen Weg. Im Moment wirken die solchermaßen Festgehaltenen auf dem Bild etwas erschöpft, müde, auch enttäuscht, ungeduldig. Das Problem ist, dass von der „westlichen Welt“ – ein im besten Fall unzulänglicher Ausdruck, der jedoch in einem Essay eine komplizierte Umschreibung ersparen darf –, aber eben auch von vielen Betroffenen selbst, der „Umsturz“ als Erledigung des Problems rezipiert wurde. Deshalb werden solche Momentaufnahmen gerne als „das Resultat“ gesehen: wirtschaftlicher Absturz, wackelige demokratische Prozesse, die sich noch nicht als *good governance* niederschlagen (siehe die aktuelle „Freedom House“-Studie), Probleme mit Extremisten. Sicher, es sind „westliche Kriterien“, die da angelegt werden, aber der Jubel 2011

galt ja doch auch der Überzeugung, dass die arabischen Länder in der besten aller schlechten Regierungsformen anzukommen im Begriff sind, der westlichen Demokratie.

Fortschritte gibt es, auf der westlichen Messlatte ist zum Beispiel Tunesien in fast allen Kategorien nach oben geklettert. Warum können wir dessen dennoch nicht gänzlich froh werden? Dass die Schlüsselfrage nach den Frauenrechten mit „gefährdet“ beantwortet werden muss, trübt das Bild gewaltig. Und dass die USA im September 2012 aus Sicherheitsgründen beinahe ihr gesamtes Botschaftspersonal ausgerechnet aus Tunis abziehen müssen, ist – ganz egal, wie man zu den USA steht – auch kein guter Indikator. Ein Filmchen, das so schlecht und absurd ist, dass es durchaus Potenzial für eine Satire hätte, hat zum Tod von Menschen geführt, in einem Land, in dem heute nicht mehr die interne Unterdrückung als Erklärung dafür angeführt werden kann, dass jedes Ventil recht ist, um Dampf abzulassen.

Die Akteure und Akteurinnen, die wir 2011 so bewundert haben, die jungen Leute, die ihre Sache im Bewusstsein in die Hand nahmen, dass Freiheit ein Gut ist, ohne das es keine Lebensqualität gibt, sind von den Straßen und von den Fernsehschirmen weitgehend verschwunden. Es gibt sie natürlich noch, viele von ihnen sind noch immer engagiert, sie raffen sich auf und machen *on the ground* weiter, denn die politische Partizipation in den Institutionen ist ihnen noch immer weitgehend verwehrt. Sie sind bei ihrem Tun jedoch



nicht mehr, wie vor den Umstürzen, von vielen anderen Menschen umgeben, die die kritische Masse ausmachten, die aber mit ihnen und untereinander wenig gemeinsam hatten, außer dem Wissen, was sie nicht mehr wollten.

Ein gutes Beispiel dafür sind die ägyptischen Fußball-Ultras, die Schmuttelkinder der Revolution – ohne die es diese jedoch nicht gegeben hätte. Sie passten nicht in die westliche Vorstellung, in der von der arabischen „Facebook-Generation“ geschwärmt wurde, aber sie waren eine entscheidende Kraft. Anders als die Bürgerkinder mussten sie ihre Angst vor der Polizei nicht erst ablegen, mit der sie sich seit Jahren Schlachten und Verssteckspiele lieferten in der eskapistischen Nische, die der Fußball – wie der Islam – in Mubaraks Ägypten darstellte. Bei den Demonstrationen zogen sie die Masse mit, nach vorne, wenn es kritisch wurde. Im Westen nahm man die „Ultras Tahrir Square“ nur aus dem Augenwinkel wahr, zu denen sich die Ultras Ahlawy (Fans des Fußballklubs Al-Ahly, die 2007 nach italienischem Tifosi-Vorbild ihre Organisation gegründet hatten) mit Fans anderer Clubs zusammenschlossen, darunter echte gewaltbereite Hooligans.

Und siehe da, im September 2012 sind sie auch wieder unter den Demonstranten vor der US-Botschaft und auf dem Tahrir-Platz zu finden, die gegen den bereits erwähnten, den islamischen Propheten verunglimpfenden Film protestieren. Die Hooligans, gemeinsam mit den bärtigen

Salafisten, für Muhammad? Nein, natürlich nicht, sondern, ganz wie vor der Revolution, nicht für, sondern gegen etwas.

Hier sind wir bei einem der großen Missverständnisse über den arabischen Frühling, einem Moment, in dem die Analyse vieler, auch sehr kluger – und vielleicht sogar den Nahen Osten besonders liebender – Leute von einer großen Sehnsucht nach Heilung geprägt war. Die postkolonialen Diktaturen, die dem Westen und seinen politischen Ränken in der Region ins Konzept gepasst hatten, waren am Stürzen – und nach einer recht langen Schrecksekunde bekannte sich auch die westliche Politik zu diesem Wechsel. Also musste jetzt doch alles gut werden? Auf den Demonstrationen wurden keine amerikanischen und keine israelischen Flaggen verbrannt, die arabischen Menschen hatten demnach begriffen, dass diese Konflikte von ihren alten Regimen nur vorgeschoben waren, um nichts verändern zu müssen? Eine Welt, und besonders eine Jugend, kein Unterschied zwischen einem Facebook-Benutzer in Kairo, Tel Aviv, Wien und New York.

Diese Heilung ist natürlich nicht eingetreten, warum sollte sie auch, denn nichts an den prinzipiellen Problemen und Ungerechtigkeiten – vor allem den sozialen und wirtschaftlichen – hat sich geändert. Im Gegenteil, das allgemein verbreitete Kitschnarrativ über die Revolutionen auf der einen Seite, die großen Erwartungen und die große Enttäuschung auf der anderen, haben vielleicht eine konstruktive Beziehung noch

schwieriger gemacht. Dass „die“ ihre neue Freiheit ja doch wieder dazu benützen, um Islamisten zu wählen, stößt auf völlige Verständnislosigkeit im Westen. Dass der Westen „die“ wieder nur als Masse sieht, ist eine Kränkung für jene, die die Revolution gemacht haben und nicht islamistisch wählen. Die anderen sind ohnehin dauergekränkt und interpretieren die westliche Skepsis als mangelnde Achtung vor dem Islam. Irrational, aber aus der Situation verständlich sind die Vorwürfe, die aus dem säkularen, linken und liberalen arabischen Lagern kommen, dass der Westen nun mit den Islamisten packelt, allein um sich seinen Einfluss zu sichern. Ja, es geht auch um Interessen, aber wir haben nun einmal auch mit dem Ergebnis zu leben, das die erste Runde der politischen Prozesse hervorgebracht hat. Oder sollen wir – ich meine zum Beispiel die Europäische Union – die dumme Politik von 2006 wiederholen, als nach dem Hamas-Sieg bei recht ordentlichen Wahlen und des Versuchs der Palästinenser, dieser Tatsache politisch Rechnung zu tragen (und die Hamas vielleicht dadurch in Richtung politischer Mainstream zu treiben) die EU die Palästinenser dafür abstrafte? Es hat ja großartige Ergebnisse gebracht...

Die Islamisten: Die Rezeptionsgeschichte im Westen könnte sogar Anlass zu Erheiterung geben, stünde sie nicht auf derart tönernen Füßen. Zuerst waren da also die arabischen Revolten, bei denen Islamisten kaum sichtbar waren: Die Muslimbrüder („Ennahda“ in Tunesien) hatten den Aufstand beinahe verschlafen, die Salafisten verharnten noch in ihrem traditionellen politischen Quietismus, zu dem das Hinnehmen der jeweiligen politischen Obrigkeit gehörte, solange sie nicht gänzlich unter „unislamisch“ (oder besser: unsunnitisch) einzuordnen war. Die erste Ansage vieler Beteiligten und vieler Beobachter war demnach, dass die Umstürze nicht nur das Ende der postkolonialen Regime, sondern auch des politischen Islam bedeuten würden, denn den bräuchte es ja nun nicht mehr, er war ja nur eine Reaktion auf diese Regime.

In Ägypten wurde die erste Gelegenheit, bei der die Muslimbrüder nach der Revolution ihren politischen Willen durchsetzten, international weitgehend ignoriert: Als bei einem Referendum bereits im März 2011 nur geringfügige Verfassungsänderungen abgenickt wurden, geschah das bereits gegen den Willen der meisten revolutionären Gruppen. Die Muslimbrüder machten in den Monaten darauf in der westlichen Wahrnehmung, die sich den Realitäten anpassen musste, eine galoppierende Entwicklung durch: von den bösen Islamisten, die in Ägypten einen islamischen Staat errichten wollten und die Demokratie einmal *kufr*, Unglaube, genannt hatten, zu den „Gemäßigten“, die sich in Richtung konservativer Wertepartei entwickeln würden, ähnlich der Ak-Partisi in der Türkei.

Dafür wurde das Wort „Salafist“ ein *household name*, das bisher doch nur Eingeweihte gekannt hatten. Tatsächlich war, was sich da auftrat, auch für Experten eine Überraschung: Erstens, dass in Ägypten die Salafisten als Bezugsgruppe für die armen Massen im Begriff sind, die Muslimbrüder abzulösen. Die Muslimbrüder sind längst bürgerlich geworden, wie ja auch ihr Eindringen in die Berufsverbände schon in den 1990ern zeigte, nicht wenige von ihnen sind schlicht und ergreifend reich. Die zweite Überraschung war, dass die Salafisten ziemlich rasch bereit waren, in der neuen Ordnung als Kraft, ja als Partei, aufzutreten – ein radikaler Bruch mit ihrem politischen Quietismus. Sie gingen in die Politik. Radikalere Teile nützten die neue Freiheit, die sich zu Anfangs weitgehend als Chaos darstellte, aber auch, um ihre praktischen religiösen Agenden anzugehen: Sehr wenig hörte man 2011 von den brennenden Sufi-Schreinen im Nildelta, mehr von der Verhärtung der Fronten mit den koptischen Christen. Etwas mehr Aufmerksamkeit bekommt der neue islamische Bildersturm, seit in Nordmali die Zerstörer am Werk sind, die nun ja auch schon in Libyen Nachahmer gefunden haben.

Ein großes Unglück, dass da direkt hineinwirkt, ist der Verlauf des Aufstands in Syrien, *nota bene* des Verlaufs, denn auch in Syrien, und dort besonders, haben die Menschen Anlass und Recht,

diese besonders absurde Präsidialdynastie, die von einer konfessionellen Gruppe getragen wird, abwerfen zu wollen. Bashar al-Assad hat die Hoffnungen verspielt, die im Jahr 2000 mit seinem Machtantritt verbunden waren, nämlich dass ein junger, teilweise im Westen ausgebildeter Mann (der noch dazu mit einer sunnitischen Frau aus der britisch-arabischen Upper Class verheiratet war) wissen müsse, dass es so nicht weiter gehen könne in Syrien.

Aber in den Demonstrationen in Syrien sahen eben auch Kräfte eine Chance, die von einem demokratischen Wandel so weit entfernt sind, wie diejenigen, gegen die sie kämpfen: Die arabischen sunnitischen Golfstaaten, allen voran Saudi-Arabien, das den Umstürzen in Tunesien und Ägypten ablehnend gegenüber stand (während sie die Revolte in Libyen unterstützten – was vor allem mit der Person Muammar al-Gaddafis in Zusammenhang stand), sahen in Syrien die Chance, dem wichtigsten Konflikt der Region eine entscheidende Richtung zu geben. Gemeint ist natürlich der arabisch-iranische, sunnitisch-schiitische Kalte Krieg zwischen den Golfarabern und dem nuklearen Schwellenland Iran, dem Unterstützer des alawitischen Assad-Regimes in Syrien und der schiitischen Hizbollah im Libanon, die in den Mord an dem Saudi-Arabien sehr nahestehenden Rafik Hariri im Jahr 2005 verwickelt ist und jetzt dessen Sohn Saad von der Macht fernhält.

Der Krieg in Syrien ist eine Inspirationsquelle für Islamisten jeder Couleur, von Al-Qaida – dessen Führer Ayman al-Zawahiri vor wenigen Tagen Assad als das letzte Hindernis für einen Sieg gegen Israel bezeichnete – bis zu jenen, die wirklich glauben mögen, Assad habe die syrischen Sunniten aus religiösen Gründen unterdrückt, was natürlich Unsinn ist. Die Assads haben nicht nur die Muslimbrüder in Syrien fast ausgerottet, sie haben auch ihrem eigenen Alawitentum den vielleicht entscheidenden Schlag versetzt.

Den Artikel in der Verfassung, dass der Präsident Syriens Muslim sein muss, hat der Alawit Hafiz al-Assad eingeführt – und sich zeitlebens sehr sunnitisch, nicht etwa schiitisch gegeben (das Alawiten oder Nusayriertum wird theologisch

und historisch nicht ganz korrekt oft als schiitisch bezeichnet). Das Alawitentum hat als Religion nicht von der alawitischen Herrschaft profitiert, im Gegenteil. Typisch alawitische Bücher waren verboten, alawitische Scheichs mussten sich als Mainstream-schiitisch gerieren. Die Herrschaft der Assads hatte keine konfessionell-religiösen Züge, sondern im weiter gefassten Sinne tribale. Laut Stephan Procházka, Professor an der Universität Wien, dürften die Initiationen junger Alawiten in ihre Geheimreligion stark rückläufig sein, was früher oder später das Ende dieser gnostischen Sekte des Islam, vielleicht die letzte echte, bedeuten wird.

Aber das ist natürlich nur ein Nebenschauplatz, er sei hier erwähnt, weil er sonst nie Platz bekommt. Zur Ausrottung gegen das Alawitentum hat schon der Theologe Ibn Taymiya (gest. 1328) aufgerufen (und an einer Razzia im Nusayriergebirge teilgenommen). Seine antischiitisch, antialawitisch bewegten Erben wittern dadurch, dass sie nach dem Ende des irakischen Bürgerkriegs nun in Syrien ein neues Betätigungsfeld finden, Morgenluft auch in anderen Regionen der islamischen Welt. Die weitere Radikalisierung von bereits radikalen Schiitengruppen als Antwort wird nicht ausbleiben – und sie könnten ein Betätigungsfeld unter jenen Arabern finden, denen das Recht auf einen „Frühling“ abgesprochen wird, eben weil sie Schiiten sind: jenen auf der arabischen Seite des Persischen Golfes. *To be continued...*

Gudrun Harrer studierte Arabistik & Islamwissenschaft, sowie Politikwissenschaft (Dissertation über das irakische Atomprogramm) an der Uni Wien. Sie ist leitende Redakteurin der Tageszeitung Der Standard

Food Coops

Das nächste Kapitel der Konsumgenossenschaftsbewegung in Österreich?

Lena Drazic, Ulrike Jaklin, Christof Lammer

Mit der Insolvenz von Konsum Österreich im Jahr 1995 schien die österreichische Konsumgenossenschaftsbewegung gescheitert. Doch seit einigen Jahren entstehen in Österreich sogenannte Food Coops (FC) – Vereinigungen von Menschen, die ihre Einkäufe zusammenlegen, um Lebensmittel möglichst direkt von den ProduzentInnen zu beziehen (foodcoops.at). Speziell im österreichischen Kontext sehen viele Mitglieder von FCs diese als Kritik am gängigen Lebensmittel- und Agrarsystem und in Zusammenhang mit (klein-)bäuerlichen Bewegungen. Sie könnten aber auch als weiteres Kapitel in der Geschichte der österreichischen Konsumgenossenschaften (KGs) beschrieben werden. In diesem Artikel wird – aus der Sicht von drei FC-Mitgliedern – ein Vergleich zwischen den heutigen Food Coops und den historischen Konsumgenossenschaften angestellt, wobei der Fokus auf Entstehungsbedingungen und interner Organisation liegt.

Food Coops: Gründungsmotive und interne Organisation

Die erste österreichische FC Bioparadeis wurde 2006 von Studierenden gegründet. Dabei spielten nicht nur ökologische Motive, wie biologische Produktion und regionaler bzw. saisonaler Bezug von Lebensmitteln sowie Müllvermeidung bei der Gründung von FCs eine zentrale Rolle, sondern auch sozioökonomische. FCs wollen durch ihre Selbstorganisation neue Formen der Arbeitsteilung leben und bei der Wahl von ProduzentInnen auf die dortigen Arbeitsverhältnisse achten. Auch können durch ehrenamtliche Mitarbeit und das Ausschalten des Zwischenhandels Produkte teilweise billiger bezogen werden. Die FCs zeichnen sich durch

ihre basisdemokratische und partizipative Organisation aus – anfallende Arbeit wird unentgeltlich von den Mitgliedern erledigt, Entscheidungen gemeinsam getroffen. Mitgliedschaft und Mitarbeit sind Bedingung für den Bezug von Lebensmitteln. Von den FCs abzugrenzen sind VersorgerInnen-VerbraucherInnen-Netzwerke, bei denen jedeR über einen Online-Shop einkaufen kann.

Die Werbung suggeriert, dass sich solche sozialen und ökologischen Werte auch im Sinne einer „Politik mit dem Einkaufswagen“ im Supermarkt realisieren lassen. Die Praxis der FCs geht jedoch über dieses „Abstimmen“ an der Kassa hinaus: Agrarpolitisch aktive Mitglieder verstehen FCs als praktische Umsetzung des Konzepts der Ernährungssouveränität – darunter wird das Recht verstanden, über Produktion und Distribution von Lebensmitteln selbst zu bestimmen. Im Vergleich zu den KGs mit ihrem Fokus auf die ArbeiterInnen ist diese Bezugnahme auf ein Konzept interessant, das von bäuerlicher Seite, nämlich der weltweiten Bewegung La Vía Campesina, geprägt wurde. Die Solidarisierung erfolgt nicht nur unter den KonsumentInnen, sondern auch mit Kleinbauern und -bäuerinnen.

Konsumgenossenschaften: Entstehungsbedingungen, Organisation, politische Zielsetzungen

Auch wenn die Gründung der KGs teilweise anderen Bedürfnissen folgte, lassen sich in der Frühzeit der Genossenschaftsbewegung etliche Parallelen zur Organisationsstruktur der FCs aufzeigen. Die ersten KGs auf dem Gebiet der heutigen Republik Österreich entstanden Mitte des 19. Jahrhunderts als Folge des aufkommenden Industriekapitalismus. In den Ballungszentren

wurde die mangelhafte Lebensmittelversorgung durch Monopole, Überteuerung und niedrige Qualität der Waren zu einem drängenden Problem für ärmere Bevölkerungsschichten. 1856 wurde mit dem „Wechselseitigen Unterstützungsverein der Fabriksarbeiter zu Teesdorf“ die erste österreichische Konsumgenossenschaft gegründet. Die KGs jener Jahre waren dem Vorbild Hermann Schulze-Delitzschs, dem Begründer der deutschen Genossenschaftsbewegung, verpflichtet. Auch wenn diese Initiativen das Ziel verfolgten, die Not der ArbeiterInnenschaft zu lindern, rekrutierte sich ihre Klientel vornehmlich aus kleinbürgerlichen Kreisen. Die finanziell Schwächsten befanden sich häufig in einem Abhängigkeitsverhältnis von den GreißlerInnen, bei denen sie „anschreiben“ konnten, und blieben darum vom auf Barzahlung beruhenden System der KGs ausgeschlossen (Brazda 2006: 25ff., Blaich 1995: 35).

Bei den ersten KGs handelte es sich um Zusammenschlüsse kleinerer Personengruppen mit dem Ziel, gemeinsam zu günstigen Preisen unverfälschte Lebensmittel zu erwerben. Die Mitglieder übernahmen einen Anteil am Geschäftskapital und erlangten so das Recht, die eingekauften Nahrungsmittel zu beziehen. Entscheidungen wurden von einem gewählten Vorstand getroffen, das laufende Geschäft erledigten die Mitglieder ehrenamtlich. Überschüsse wurden regelmäßig als Rückvergütung an die Mitglieder ausgeschüttet.

Die erste Phase der Genossenschaftsbewegung war nicht revolutionär, sondern demokratisch-liberal geprägt. Sie verfolgte das Ziel, soziale Spannungen auszugleichen und der neu entstandenen ArbeiterInnenklasse die Adaption an die herrschenden Produktionsverhältnisse zu erleichtern. Eher als einen Umsturz bezweckte sie also eine Konsolidierung des Status quo.

Ende der 1880er kam es zu einem Aufschwung der Gewerkschaftsbewegung und zu einer Verschärfung der Klassengegensätze, die wiederum eine Radikalisierung der ArbeiterInnenbewegung nach sich zog. In der Folge wuchs auch das

Interesse politisch interessierter ArbeiterInnen an den KGs, die als Möglichkeit gesehen wurden, eigene politischen Visionen in die Tat umzusetzen. In Österreich stand die Konsumgenossenschaftsbewegung um die Jahrhundertwende den Sozialisten nahe, wurde jedoch zunächst nicht von der Partei unterstützt – mit der Begründung, dass die KGs die ArbeiterInnen vom Klassenkampf abhalten würden. Erst 1909 erklärte die Partei KGs zum vollwertigen Kampfmittel der ArbeiterInnenbewegung (Brazda 2006: 24ff., 53ff.; Blaich 1995: 43).

Entwicklung bis zur NS-Zeit

Nach dem Börsenkrach von 1873 sank die Zahl der KGs, wofür neben der Wirtschaftskrise vor allem das neu erlassene Genossenschaftsgesetz mit seiner Festschreibung von Haftpflicht und Barzahlung verantwortlich war, aber auch innerbetriebliche Unzulänglichkeiten, wie zu geringes Eigenkapital oder schlechte Kontrolle der finanziellen Gebarung. Zusätzlich führten hohe Schulden und übermäßige Investitionen zu Schwierigkeiten: So machte der Übergang vom System der Vorbestellungen zum regulären Geschäftsbetrieb im Teesdorfer Konsumverein die Anschaffung eines Warenlagers notwendig. Um dieses zu finanzieren, verschuldete sich der Verein so stark bei den LieferantInnen, dass er nur knapp dem Ruin entging (Brazda 2006: 49ff.).

Außerdem begannen die Konsumgenossenschaften auf Kosten der Warenqualität immer höhere Dividenden auszuschütten, um mehr Mitglieder anzuziehen. Die von der sozialistischen Partei betriebene Zusammenlegung vom Ruin bedrohter KGs führte 1902 zur Gründung des ArbeiterInnenkonsumvereins „Vorwärts“. Die Förderung durch die Partei zog jedoch weitere Probleme nach sich: Mit Hilfe großzügiger Kredite errichtete „Vorwärts“ Filialen in allen ArbeiterInnenbezirken, um die Vormachtstellung gegenüber anderen Wiener KGs auszubauen, was wiederum letztere in ihrer Existenz bedrohte. Nachdem die Konsumvereine ab 1916 von ihrer Eingliederung in die Kriegswirtschaft profitiert hatten – ob die Bezeichnung KGs zu

dieser Zeit noch zutreffend war, ist fraglich – wurde ihr Bestehen von der Liberalisierung der 1920er Jahre erneut auf die Probe gestellt. Auf den verschärften Wettbewerb im Einzelhandel reagierten sie mit einer Neuausrichtung im Sinne des Konkurrenzprinzips (Brazda 2006: 60ff.; Blaich 1995: 44, 53f.).

Im Zuge der Kredit- und Wirtschaftskrise Anfang der 1930er verringerten sich die Umsätze der KGs aufgrund von Arbeitslosigkeit und Kaufkraftverlust der Mitglieder.

Nachdem bereits um die Jahrhundertwende eine technokratische Elite von „harten Rechnern und redlichen Geschäftsleuten“ (Schediwy 2006: 89) viele Konsumvereine saniert hatte, stand auch die von ihnen geprägte Folgegeneration den stärker politisierten Funktionären skeptisch gegenüber und fokussierte auf unternehmerische Aspekte der KGs. Das war nicht nur ein österreichisches Phänomen, erklärt allerdings im Fall Österreichs „die relativ problemlose ‚Abkopplung‘ des Schicksals der Konsumgenossenschaften von den übrigen Zweigen der ArbeiterInnenbewegung im Rahmen der diktatorischen Rechtswendung des politischen Klimas in den dreißiger Jahren“ (Schwediwy 2006: 89). Seit 1934 wurden die KGs nicht mehr durch sozialistische FunktionärInnen geleitet. Seit 1938 war Juden und Jüdinnen die Mitgliedschaft verwehrt. Im zweiten Weltkrieg wurden die KGs in NS-Parteiunternehmen umgewandelt, ihre Zahl verringert und die Organisationsstrukturen gestrafft (Schediwy 2006: 171f., 203ff.).

Von der Konsumgesellschaft zum Untergang von Konsum Österreich

Die in der NS-Zeit geschaffenen Strukturen der KGs waren leistungsfähiger als jene des privaten Lebensmittelhandels und stellten somit einen betriebswirtschaftlichen Wettbewerbsvorteil dar. Es gelang den KGs allerdings nicht, diesen Vorsprung zu nutzen, als sich in Österreich ab den 1960er Jahren mit Entstehen der Wohlstandsgesellschaft eine Veränderung vom VerkäuferInnen hin zum KäuferInnenmarkt vollzog, auf dem

die KonsumentInnen das Marktgeschehen bestimmten. Die KGs konnten bei Personal- und Flächenproduktivität mit der Konkurrenz nicht mithalten. Mit diversen betriebswirtschaftlichen Konzepten wurde seitens der ManagerInnen versucht, die Konkurrenzfähigkeit der KGs zu steigern. Mit diesem Ziel wurde schließlich 1978 auch der Zusammenschluss der österreichischen KGs zum Konsum Österreich angestrebt. Nicht mehr Bedarfsdeckung und gerechte Verteilung, sondern Bedarfsweckung stand im Mittelpunkt der Geschäftspolitik. Zwar hatte Konsum Österreich 1987 mit über 800.000 Haushalten die höchste Mitgliederzahl erreicht, doch war der prozentuelle Anteil aktiver Mitglieder seit 1979 zurückgegangen (Knotzer 2006: 285f.). Emil Knotzer (2006) und Jan Wiedey (2006) verorten die Ursachen für den Untergang des Unternehmens im Jahr 1995 in der Fehl- und Nichtentscheidung betriebswirtschaftlicher „Sachfragen“: „Die Zeit der KGs scheint nach 150 Jahren wechselhafter Geschichte vorbei zu sein.“ (Wiedey 2006: 18)

Kritik an der Organisation der KGs

Dass der Misserfolg von Konsum Österreich nur auf „sachliche“ Managementfragen zurückzuführen sei, basiert indes bereits auf der praktischen Beantwortung einer politischen Frage. Schon Anfang des 20. Jahrhunderts wurde im Umfeld der Genossenschaftsbewegung kritisiert, dass sich die KGs immer mehr zu rein profitorientierten Unternehmen entwickeln würden. So rügte etwa der Anarchist Gustav Landauer in einem Artikel von 1910 die „Schulze-Delitzscherei“ und stellte fest, dass es aus revolutionärer Perspektive bei KGs nicht um den wirtschaftlichen Vorteil oder billigere Lebensmittel gehe, sondern um die Ausschaltung des Kapitalismus durch bedarfsorientierte, demokratische und solidarische Eigenproduktion. Er sah den entscheidenden Unterschied darin, ob KGs wie ihre kapitalistischen MitbewerberInnen handeln würden und zu „Arbeitgebern werden, die ihren angestellten Arbeitnehmern als Herren

gegenüberstehen ... oder ob die Konsumenten eben um deswillen zusammentreten, um für sich selber zu arbeiten.“ (Landauer 2010)

1923 beanstandete die Zeitschrift „Der freie Genossenschafter“, dass sich viele Mitglieder eher aus materiellen, als aus ideellen Gründen an Genossenschaften beteiligen würden. Im selben Text wurde problematisiert, dass Vorstandsmitglieder einiger Konsumvereine gleichzeitig geschäftsführende LeiterInnen von Handelsgesellschaften seien, die in Konkurrenz zu den Genossenschaften ständen. Im Zuge der Fusionierung kleiner Konsumvereine – so die Zeitschrift – finde außerdem eine Veränderung von ehrenamtlicher Arbeit zu beamteten Vorstandsmitgliedern und angestellten MitarbeiterInnen statt, was wiederum steigende Verwaltungskosten zur Folge habe (Schwediwy 2006: 116ff.).

Das Organisatorische ist das Politische

Der Vergleich zwischen den Entstehungsbedingungen von KGs und FCs zeigt zwar einerseits deutliche Unterschiede: Entstanden die KGs aus der wirtschaftlichen Notlage der ArbeiterInnen heraus, geht es bei FCs nicht in erster Linie um den Preisvorteil, sondern um ökologische Aspekte und die Arbeitsbedingungen der ProduzentInnen. Auch haben die KGs zum Zeitpunkt ihres Aufgehens im Konsum Österreich eine Dimension erreicht, die einen Vergleich mit den viel kleiner bemessenen FC schwierig macht. Dennoch lassen sich, namentlich in der Frühphase der Genossenschaftsbewegung, einige Parallelen zu heutigen FCs aufzeigen – zu erwähnen ist hier vor allem der Gedanke der Selbstorganisation.

Wie aus der Kritik von Landauer und den AutorInnen des „Freien Genossenschafters“ hervorgeht, bildete auch bei den historischen KGs die Definition der Ziele und Aufgaben einen Gegenstand kontinuierlicher Auseinandersetzungen. Fest steht, dass die Geschichte der Konsumvereine eine Entwicklung weg von der Selbstorganisation und hin zu einer ausschließlich marktwirtschaftlichen Ausrichtung beobachten

lässt. In diesem rein betriebswirtschaftlich geführten Wettkampf hatten die KGs keine Chance. In dem Text „The Organizational is the Political“ zeigen Bill McEvily und Paul Ingram (2004), mit welcher unterschiedlichen Strategien FCs in den USA auf die Konkurrenz durch gewinnorientierte Supermarktketten reagierten: Während die einen die Unterschiede zu den Supermärkten betonten und noch kooperativer wurden, versuchten die anderen, die Kostenvorteile der Ketten zu imitieren. Würden die österreichischen FCs die Differenz zu Supermärkten abbauen, wären sie nur noch in Hinblick auf den Preis von diesen zu unterscheiden und könnten wohl kaum am Markt bestehen. Solange es jedoch nicht um Geldvermehrung durch Bedarfsweckung geht, sondern darum, den Eigenbedarf an biologischen Lebensmitteln selbstorganisiert zu decken, könnte es den FCs durch ihre relative Autonomie vom kapitalistischen Markt auch in Zukunft gelingen, sich zu behaupten.

Lena Drazic ist Mitglied der Food Coop „Speis“, studierte Musikwissenschaft und ist als freie Journalistin tätig.

Ulrike Jaklin ist Mitglied der Food Coop „Bioparadeis“. Sie studiert Agrarwissenschaften an der BOKU und IE an der Uni Wien und schreibt gerade an ihrer Diplomarbeit über regionale Lebensmittelnetzwerke.

Christof Lammer ist Mitglied der Food Coop „Speis“, studiert Sinologie und KSA an der Uni Wien und verfasste eine Ethnographie über kooperative Projekte in einem chinesischen Dorf.

Die zitierten Beiträge von Brazda, Knotzer, Schediwy und Wiedey (alle 2006) finden sich im Sammelband von Brazda und Rom.

Blaich, Robert (1995): Der rote Riese wankt. Wien: Tosa.

Brazda, Johann/Rom, Siegfried (Hg.) (2006): 150 Jahre Konsumgenossenschaften in Österreich. Wien: Eigenverlag des FGK.

Landauer, Gustav (1910): Sozialismus und Genossenschaft. In: Der Sozialist, 20/1910.

McEvily, Billy/Ingram, Paul (2004): The Organizational is the Political. http://apps.olin.wustl.edu/faculty/conferences/oesc/pdf/mcevil_ingram_paper.pdf, 7.7.2012.

Rechtspopulismus 2.0

Kathrin Glösel

Homepages und Foren mit geschlossenen Threads sind lange nicht mehr die einzigen Kommunikationskanäle, mit denen sich Personen mit rechtspopulistischen Weltanschauungen AnhängerInnen suchen und ihr Gedankengut verbreiten. Facebook, Youtube und Twitter bieten in ihrer Beschaffenheit optimalere Mittel, um rasch Artikel, Videos, Karikaturen oder Flashmob-Aufrufe zu verbreiten. In ihren Online-Auftritten nutzen Parteien, Organisationen und Individuen hierfür auch Symbole politischer und autonomer Gruppierungen und deuten diese für ihre Zwecke um.

Die rasche Verbreitung einer antisemitischen Karikatur über das Profil von FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache hat symptomatisch gezeigt, wie zuverlässig das Online-Netzwerk Facebook für die Politisierung sein kann. Binnen weniger Tage haben links- wie rechtspolitisch eingestellte Menschen in Statusmeldungen, Zeitungsartikeln und Forenbeiträgen dazu Stellung bezogen. Mit der Provokation hat der FPÖ-Politiker nicht nur eine gezielte WählerInnenschicht durch bildliche Codes angesprochen, sondern sich auch in den Mittelpunkt einer schnelllebigen diskursiven Aufmerksamkeit manövriert.

Strategien wie diese wenden viele andere UserInnen an und können damit ihre politischen Einstellungen über ein breites Netzwerk wirken lassen.

Im Web 2.0 angekommen

Neben Homepages oder neonazistischen Abwandlungen von Wikipedia (1), über welche Personen oder Gruppierungen beschimpft und bedroht werden und wo Produkte wie Zeitschriften, Bücher, Devotionalien und CDs beworben werden, sind es gegenwärtig vor allem Online-Profile, die von rechtspopulistischen Parteien,

Netzwerken und Einzelpersonen genutzt werden. Über Links zu selbst produzierten Videos kann zu jedem Thema aktuell Stellung bezogen werden, um „ihre Ideologie als Normalität in Diskussionen bei Nicht-Szene-Mitgliedern einfließen zu lassen.“ (2) Die Profile selbst sind dabei nicht auf den ersten Blick politisch einzuordnen, selten finden sich plumpe Verweise wie etwa Hakenkreuze oder Fotos mit expliziten Gesten. Personen, die als Vorbilder vermerkt werden, können Che Guevara, PhilosophInnen wie Friedrich Nietzsche oder TheoretikerInnen wie Rosa Luxemburg sein. Woran sind also rechtspopulistische Profile zu erkennen, wenn Hinweise wie etwa eine Parteizugehörigkeit fehlen? Zu fragen ist vor allem nach dem Grund für Vorbilder und Symbole aus beispielsweise einem linksautonomen Spektrum oder das Heranziehen bestimmter Persönlichkeiten. Denn den Rechten geht es um eine Umdeutung und Entkontextualisieren von Zeichen und Aussagen. So wird ein Bertold Brecht-Zitat (3) als „Inspiration“ herangezogen, um sich als KämpferIn zu kategorisieren, mit dem Verweis auf Rosa Luxemburg (4) will man sich als „unterdrückte Minderheit“, die Widerstand leistet, glorifizieren.

Typologien der Bildkommunikation

Politischen Archetypen ist ein nationalistisches Weltbild gemein, wo die Gleichheit aller Menschen sowie der Geschlechter abgelehnt wird. Autonome NationalistInnen („nationaler schwarzer Block“) sind an ihrer Anlehnung an linkspolitische, jugendkulturelle Symbole zu erkennen. In ihren Auftritten bedienen sie sich popkulturellen Figuren von den Simpsons bis Anime-Figuren, die für die jeweiligen Messages umpositioniert werden. Vorsicht ist bei kapitalismuskritischen Äußerungen geboten, denn nicht das Abschaffen ausbeuterischer Verhältnisse

für alle Individuen wird gefordert, sondern eine exklusive „Volksgemeinschaft“. Unzweideutiger arbeiten da schon neonazistische Netzwerke und Personen: Skinheads, Hooligan-Kleidung und bekanntere Zifferncodes („88“, „18“) oder textliche Verweise auf NS-Organisationen und -Begriffe („gruSS“) finden sich in Statusmeldungen und Selbstbeschreibungen. IslamhasserInnen wiederum argumentieren mit einer essenzialisierten „kulturellen Andersartigkeit“, die mit einer „europäischen“ bzw. „deutschen“ Kultur nicht vereinbar sei. „Multikulturelle Gesellschaften“ werden abgelehnt. „Ein weißes, christliches Europa ist das Ideal dieser Bewegung“, Horrormeldungen über eine „Vereinnahmung“ durch „den“ Islam werden meist mit Flutmetaphern untermalt (z.B. „Überschwemmung“). (5)

Jene Gruppierungen, die auch Angehörige einer „bürgerlichen Mitte“ ansprechen wollen, agieren professionell und verzichten auf den offiziellen Profilen meist auf offensive Hetzparolen. Um aber bei der klar rechtspolitischen Klientel zu punkten, werden beispielsweise rassistische Pinnwandkommentare nicht gelöscht. Es werden Initiativen unterstützt, die nicht sofort dem rechten Lager zugeordnet werden können (z.B. bestimmte Anti-EU-Kampagnen, Kampagnen für eine härtere Bestrafung von Vergewaltigern sowie Veranstaltungen, die im Bereich „Umweltschutz“ angesiedelt sind). In all diesen Profilen sind sowohl Männer als auch Frauen auffindbar, die aber seltener als problematisch oder dezidiert rechtspopulistisch eingeschätzt werden. Diese Frauen lehnen Feminismus und Gender Mainstreaming dezidiert ab. Politisch Organisierte tragen Kampagnen gegen Sexualstraftäter, die dann meist mit rassistischen Argumentationen untermauert werden.

Themensetzungen und Begriffsverwendungen

Um antisemitische Karikaturen oder rassistische Reime gegen MuslimInnen zu rechtfertigen, positionieren sich RechtspopulistInnen gerne als „Opfer einer linkslinken Meinungsdictatur“ und fordern für ihre Positionen Meinungsfreiheit ein.

Aus dieser Position heraus erfolgt logischerweise, lauthals gegen diese Obrigkeit zu kämpfen, damit Dinge „endlich einmal gesagt werden können“ – auch wenn es sich dabei um eine Infragestellung des Holocaust handelt. Mit Argumentationen einer „organischen Kultur“, die nach Außen gegen „das Andere“ geschützt werden müsse, treten rechtspopulistische Gruppen und Parteien als „Krisenmanagerinnen“ auf, die an Existenzängsten von Menschen anknüpfen. Eine Fortführung der Logik vom Schutz des „Eigenen“ ist die Propagierung, dass es neben Migration eine Gefährdung „von innen“ gibt, verursacht durch „zu niedrige“ Geburtenraten, Schwangerschaftsabbrüche, Anglizismen, „fremdsprachige“ Musik oder eine Abkehr von Bräuchen, die vor allem im Christentum verbreitet sind.

Die Präsenz von rechtspopulistischen Argumentationen in Social Networks, Forenbeiträgen, Homepages, Druckwerken, Presseaussendungen und Zitationen in Artikeln haben Einfluss auf die Etablierung von Begriffen und Zuschreibungen von KonsumentInnen. So braucht es nicht einen explizit als rechts eingeordneten FreundInnenkreis, um via Facebook, Twitter und Co. in tagesaktuellen Diskussionen auf rechtspolitische Posts zu treffen.

Kathrin Glösel studiert Politikwissenschaft, ist Studienassistentin am ipw und arbeitet in der StV

Anmerkungen:

- (1) Als Beispiel ist hier „Altermedia“ zu nennen
- (2) <http://www.netz-gegen-natzis.de/lexikontext/neonazis-im-internet>
- (3) „Wer kämpft kann verlieren, wer nicht kämpft, hat schon verloren“
- (4) „Freiheit ist immer Freiheit des Andersdenkenden“
- (5) Bauer, Christa; Mernyi, Willi (2010): Rechtsextrem. Symbole, Codes, Musik, Gesetze, Organisationen. Herausgegeben vom Mauthausen Komitee Österreich, Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, Wien, S. 12

Eine neue Generation der Neuen Rechten

Natascha Strobl

Über Rechtsextremismus wird medial meist in Form von gewalttätigen Neonazis berichtet. Das Attentat auf die Ferieninsel Utøya oder die Terrororganisation Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) zeigen leider, wie aktuell dies ist und wie wichtig es ist, über die Hintergründe zu berichten. Daneben gibt es aber eine andere Form des Rechtsextremismus die weitgehend unbemerkt von einer medialen Öffentlichkeit agiert. Es handelt sich um ein intellektuelles Netzwerk mit elitärem Selbstverständnis dessen Ziel eine „Kulturrevolution von Rechts“ ist.

Konservative Revolution

Ihr Vorbild finden sie dabei in der Konservativen Revolution der 20er und 30er Jahre in Deutschland. Die Konservative Revolution als Bezeichnung und Definition ist nicht unumstritten (vgl.: Breuer 1993: 1), wird aber mangels anderer Begrifflichkeiten hier verwendet. Sie beschreibt ein Netzwerk an Intellektuellen, die zum größten Teil einen sehr ähnlichen sozialen Hintergrund hatten und deren Staatskonzepte sich an autoritären und faschistischen Idealen orientierten. Zu diesen Intellektuellen zählten Carl Schmitt, Ernst Jünger, Edgar Julius Jung, Arthur Moeller van den Bruck und andere (vgl. Pfahl-Traughber 1998: 77). Die Rolle dieser Personen als vermeintlich reine Stichwortgeber der Nazis wird unterschätzt. Es gab unter der Konservativen Revolution sowohl Mitläufer und Opportunisten wie Carl Schmitt als auch Opfer wie Jung, als auch Personen, die offen in Widerspruch getreten sind. Die Personen,

die dem Nationalsozialismus kritisch gegenüberstanden, kritisierten die Massenbewegung, die nicht zum elitären Selbstverständnis passte, oder den Gang über Wahlen und Parlamente, was einem nationalrevolutionären Selbstverständnis widersprach. Sie teilten die grundlegende Analyse einer radikalen Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschen.

Vom Altherrenklub...

Dieses Selbstverständnis tauchte in den 70ern wieder auf. Als Antwort auf die Gesellschaftsumwälzungen von 1968 formierten sich in Frankreich Kreise, die auf die Konservative Revolution offen Bezug nahmen. So kam sie als Re-Import zurück nach Deutschland. In Frankreich entstand GRECE, das mit der Zeit zum Quasi-Think-Tank der Nouvelle Droite und damit dem Front National wurde. Dabei war die erste Prämisse einer sich neu formierenden intellektuellen Rechten noch das Heraushalten aus aller Partei- und Tagespolitik. Es sollte um das große Ganze und die Ideen gehen. Rechts-intellektuelle Diskurse sollten an wichtige MultiplikatorInnen herangetragen werden, um so Schritt für Schritt die Gesellschaft nach rechts zu verschieben und eben eine Kulturrevolution von rechts zu vollführen (vgl. Pfahl-Traughber 1998: 132f). Ein Kristallisationspunkt der Neuen Rechten in Deutschland war der Historikerstreit in den 80er Jahren. Der Historiker Ernst Nolte bezweifelte öffentlich die Einzigartigkeit des Holocausts, der der Philosoph Jürgen Habermas heftig in einer

monatelangen Auseinandersetzung widersprach. Die Neue Rechte verstand sich damals als Netzwerk Intellektueller, die vor allem Aspekte rund um den Nationalsozialismus in Frage stellten und umdeuten wollten. Bei der Initiative „Wider das Vergessen“ vom 7. Mai 1995, als eine Anzeige in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* geschaltet wurde, die den 8. Mai nicht allein als Befreiungstag ansah und die „Vertreibung“ der Deutschen aus den Ostgebieten mit den Verbrechen des Nationalsozialismus gleichsetze, versammelte sich die gesamte Spannweite der Neuen Rechten (vgl. Schäfer 1999: 136). Dabei gruppierten sie sich um Zeitungen wie die *Junge Freiheit* oder *Nation Europa* sowie um das Studienzentrum Weikersheim. Jedoch unterscheiden sie sich ideologisch nicht besonders von einer Alten Rechten, es werden nun eher sanfte Adaptierungen alter, rechtsextremer Ideologeme vorgenommen. Statt des alten, völkischen Rassismus wird aber ein Ethnopluralismus propagiert. Dieser wendet sich gegen multikulturelle und plurale Gesellschaften. Kultur und Nation werden als ethnisch homogene Einheit verstanden, die es zu schützen gilt, alles andere führe unweigerlich zu Auseinandersetzung. Verhaltensweise und Fähigkeiten sind biologisch und damit unveränderbar angeboren. Menschen werden in ihrer Zugehörigkeit zu „Völkern“ definiert und nicht als Individuen wahrgenommen (vgl. Pfahl-Traughber 1998: 140-141).

... zu einer neuen Generation

Strömungen wie die Freien Kameradschaften oder der parteiförmige Rechtsextremismus (wie der Aufstieg der FPÖ) prägten das Bild in den 2000ern. Seit einigen Jahren formiert sich eine neue, junge Generation, die sich demonstrativ nicht mehr für den Nationalsozialismus interessiert, sondern eine neue rechts-intellektuelle Profilierung sucht. Dabei spielen das Internet sowie soziale Netzwerke eine wichtige Rolle und Bezüge auf Pop- und Jugendkultur werden gezielt genutzt. Die *Blaue Narzisse* hat der *Jungen Freiheit* schon fast den Rang als neurechtes Zentralorgan abgelassen und existiert nur als Onlinezeitung. *Der Funke* (nicht zu verwechseln mit der sozialistischen Gruppierung) hinterließ am

Institut für Politikwissenschaft seine Spuren, zog sich aber zurück ins anonyme Internet. Andere Gruppen wie Casa Pound, eine neofaschistische italienische Jugendbewegung sind besser organisiert. Sie unterhält Kulturzentren und bietet mitten in Rom günstigen Wohnraum an. In Frankreich betreibt Block identitaire ein eigenes Jugendcamp. Beispiele wie diese zeigen, dass eine neue Generation der Neuen Rechten sich ein unverbraucht anmutendes Image angeeignet hat, das es ihr ermöglicht, ihre rechtsextreme Ideologie an eine neues und deutlich jüngeres Publikum heranzutragen.

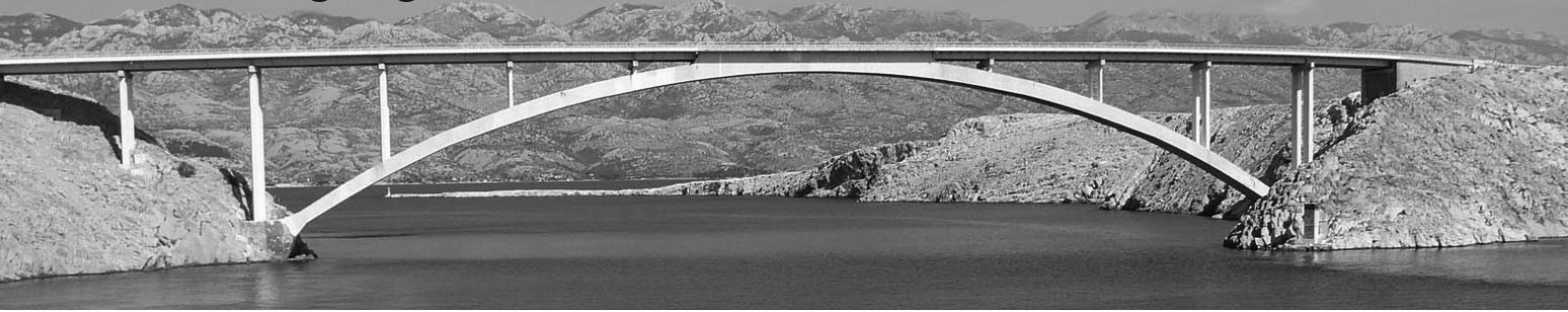
Natascha Strobl hat Politikwissenschaft und Skandinavistik an der Uni Wien studiert

Breuer, S. (1993): *Anatomie der Konservativen Revolution*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.

Pfahl-Traughber, A. (1998): *Konservative Revolution und Neue Rechte. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat*. Opladen: Leske + Budrich.

Schäfer, G.. (1999): Karheinz Weißmann: Gildenschafter zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus. In: C. Butterwegge and G. Hentges, eds. *Alte und Neue Rechte an den Hochschulen*. Münster: agenda Verlag (agenda Politik; 19), S. 130-146.

Tourismus oder Tod – der steile Aufstieg Pags von einer KZ-Insel zum „kroatischen Ibiza“



Marko Novosel

Pag, der Name stammt von „pagos“ (lat. Dorf) oder „pege“ (griech. Quelle), ist fast 60 km lang und mit einer Fläche von ca. 250m² und ca. 8.500 EinwohnerInnen die fünftgrößte Insel der Adria. Sie befindet sich südlich von den Inseln Krk und Rab und nördlich von Zadar.

Eine mondartig bizarre Steinwüste

Die Insel Pag war KroatInnen bisher vor allem für würzigen Schafskäse, geklöppelte Spitzen und Salinen bekannt, eventuell auch als bizarre, kahle Landschaft, die wegen ihrer mondähnlichen Oberfläche als UFO-Landeplatz fungieren soll. Jedenfalls bieten staatlich geprüfte Astronomen für kommende Ufologen Führungen zu den besagten Stellen an. Der einzige Ort, der nicht wie eine Mondlandschaft aussieht, heißt ausgerechnet Lun. Die typische Inselphysiognomie erinnert mehr an die sandfarbene Steinwüste aus Sergio Leone-Filmen, als an die immergrünen, mit Macchia bewachsenen Karstlandschaften Dalmatiens. Der vom Velebitmassiv unbarmherzig fegende Borawind entwickelt Geschwindigkeiten von über 200 km/h, sodass er Menschen umwerfen kann und manchmal sogar Fische, viel häufiger aber Meersalz ans Land trägt. Dies in Kombination mit monatelangen Dürren und der brennenden Sonne ist schuld daran, dass die Insel weitgehend baumlos und ohne nennenswerte Landwirtschaft blieb. Umso besser schmecken die mit Salz angereicherten

Kräuter – Gras wächst wegen des Salzwindes auf der Insel keines – den Schafen, und die wiederum schmecken in Form von Käse und Fleisch den Menschen. Einige unterirdische Süßwasserquellen sichern den BewohnerInnen das karge Überleben. Bis ins 19. Jahrhundert hinein waren Weinbau, Salzgewinnung und Schafzucht die wichtigsten Einnahmequellen.

Armenhaus des Habsburger Reiches und Beginn des Tourismus

Als Ende des 19. Jahrhunderts durch die Reblaus die gesamten Weinstöcke vernichtet wurden, wurde Pag das Armenhaus Dalmatiens und als die unterentwickeltste Region des Habsburgerreiches betrachtet. Eine Hungersnot folgte der anderen, und zwang die Menschen zur Landflucht nach Übersee oder in die Städte. Jene die blieben, verdingten sich als Tagelöhner oder „težaci“ – Pächterknechte unter ärmlichsten Verhältnissen. Die Bevölkerung stand vor der Wahl, sich entweder für den Tourismus zu öffnen, oder auszuwandern. Da die Insel wegen der Salinen und des Weinverkaufes von den Handelsrouten des Binnenlandes erfasst war, pilgerten über diese Wege schon Anfang des 20. Jahrhunderts die ersten Tourismuspioniere auf die Insel. Zuerst der Adel, später die bürgerliche Elite und obere Mittelschicht, die diese exotische Destination am Rande der Monarchie für sich zu entdecken begannen.

So kam es, dass bäuerliche Inselgemeinschaft und aristokratisch bzw. bürgerlich geprägte TouristInnen aufeinanderprallten. Die eleganten seidenen Sommerkleider der Damen, die leichten Leinenanzügen der Herren, sowie halbnackte, nur von Badehosen verhüllte Körper mussten den von rigider Sitte geprägten, katholisch-bäuerlichen EinwohnerInnen zunächst skandalös erscheinen. Es geschah das in dieser Situation wohl Unvermeidliche: die bis dato in sich geschlossene, innovationsfeindlich eingestellte Inselgemeinschaft öffnete sich nicht nur gegenüber dem Neuen und Andersartigen, sie hieß diese Fremden willkommen, und übernahm zum Teil sogar deren Verhaltensweisen, Kleidungs- und Lebensstil (das Sonnen, Baden und den Segel- und Rudersport). Die TouristInnen wurden wie Blutsverwandte empfangen: mit einem Stück Käse, einem Schluck Kräuterraki, Wein oder Prošek, Frite und Kroštule (krapfenartiges Gebäck) – also dem Wertvollsten, das diese karge Stück Land hergab. Dann wurden die BesucherInnen von der gesamten Gastgeber-sippe bis zu ihren Zimmern begleitet, die sich naturgemäß in den Häusern der Einheimischen befanden. Diese Inselöffnung war keine ganz freiwillige, sondern pure existenzsichernde Notwendigkeit. Denn es hieß: Tourismus oder Tod.

Der Tourismus reichte jedoch bei weitem nicht zur Sicherung der gesamten Lebensgrundlage aller aus – aber er bewahrte zunächst vor dem jederzeit drohenden Hungertod. Anfangs fehlte das Investitionskapital, um die nötige Infrastruktur zu errichten und die gesamte Bevölkerung an den Tourismuserträgen teilhaben zu lassen. Die erwirtschafteten Einnahmen reichten aber aus, um bereits in den 1920ern Jahren die ersten Ferienhäuser aufzubauen, und so die TouristInnen nicht mehr wie Familienmitglieder in den eigenen Häusern empfangen zu müssen. Auch die Kies- und Sandstrände, um die größten Inseldörfer Pag und Novalja, wurden hergerichtet und bis zu den 1930ern Jahren eröffneten bereits vier Hotels. Daneben entstanden Bars, Restaurants und Kneipen. Ruderboote und kleine Segelschiffe wurden gebaut, Lebensmittel wie Fische, Olivenöl und Feigen verkauft und typische musikalische Adria-Abende, Tanzveranstaltungen oder Miss-

wahlen organisiert. Der Zweite Weltkrieg unterbrach die aufstrebende Tourismusentwicklung und den multi-kulturellen Austausch jäh.

Vom Nachkriegstourismus zur Tourismusindustrie

Unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg und der Machtergreifung der KommunistInnen wurden die Hotelanlagen verstaatlicht oder umfunktioniert. Eine neue Zielgruppe wurde entdeckt: die kommunistischen ArbeiterInnen. Erste ausländische TouristInnen kamen erst in den 50ern zurück, als eine touristische Genossenschaft gegründet wurde. Die Städte Novalja und Pag als wichtigste Destinationen wurden bewaldet, deren Häuserfassaden verschönert und weitere Appartements errichtet. Um 1958 zählte die Insel rund 5.000 BesucherInnen. 1960 besuchte Tito erstmals Pag; einheimische Genossen lobbyierten heftig bei ihm und dem Zentralkomitee, sodass die Insel zunächst Strom und Wasserleitungen, später auch asphaltierte Straßen, sowie mehrere Fährenverbindungen zum Festland erhielt. Dieser Infrastrukturausbau half Pag zu prosperieren. In den 60ern besuchten fast 15.000 Gäste (bereits 50% davon aus dem Ausland) die Insel.

Es dauerte weitere zehn Jahre bis 1968 auf der südöstlichsten Spitze der Insel eine 300m lange Brücke errichtet wurde – damals unter den Top 10 der größten Brücken weltweit. Ein jugoslawisches Prestigeprojekt und der langersehnte Traum, der auch den endgültigen touristischen Take-off bedeutete. Über 30.000 Gäste kamen in den 70ern. In den 80ern verdoppeln sich diese Zahlen nochmals. Gleichzeitig wuchsen auch das Angebot (Tourismussiedlungen und Campingplätze) und die Anzahl jener, die ausschließlich vom Tourismus lebten. Der Zusammenbruch Jugoslawiens und der Kroatienkrieg 1991-95 unterbrachen diesen Boom nur kurzfristig. Die kriegsbedingte Flaute wurde bekämpft, indem das Angebot auf jene kapitalistisch-marktausgerichteten Tourismusformen ausgeweitet wurde, die im sozialistischen Jugoslawien wohl nicht möglich gewesen wären. Zur Jahrtausendwende

wurde die Insel aufgrund dieser Neuerungen bereits von über 100.000 Menschen besucht (davon 10% KroatInnen). Heuer belaufen sich die Besuchszahlen auf fast 160.000 pro Jahr. Aber was oder wer löste diesen Boom aus?

War es anfangs eine kleine wohlhabende Elite (Aristokratie, Oberschicht), dann eine gutbetuchte bürgerliche Mittel- und am Ende die realsozialistische Arbeiterschicht, die vor allem ruhigen Familienurlaub betrieben, wurde nach dem Kroatienkrieg auf jene Bevölkerungsgruppe ausgerichtet, die – weil ohne großem Einkommen, als Gäste meist unerwünscht war: pubertierende Teenager und junge Erwachsene.

Auf den Stränden rund um Novalja, wo nun vom frühen Nachmittag bis zum späten Morgen Partys (für bis zu 25.000 BesucherInnen) veranstaltet werden, gibt diese neue Zielgruppe im Schnitt täglich um die 100 Euro aus. Die Strände rund um Novalja, insbesondere Zrće, werden heute auch als „kroatisches Ibiza“ bezeichnet.

Die Clubszone und ein kleiner Napoleon

Dabei fing alles ganz harmlos an. Die Eröffnung einer kleinen Tourismussiedlung durch einheimische Betreiber in den 80ern, dann eine winzige Disco-Bar direkt am Zrće-Strand. Am anderen Ende des Strandes kamen, mit kräftiger Unterstützung des Bürgermeisters von Novalja, Ivan Dabo, Mitte der 90er zwei weitere Discos hinzu, die beide Tochterfilialen der gleichnamigen in Zagreb gut situierten Clubs repräsentieren. Daraus entstand nach und nach Kroatiens veruchtester und sehr lukrativer Partystrand. Die Clubs erwirtschaften heute geschätzte Umsätze von jeweils ca. 50.000 bis 150.000 Euro pro Nacht. Unterschiedliche Umsätze der einzelnen Clubs führten zu Machtkämpfen zwischen dem einzigen lokalen Club und den beiden Zagreber Clubs, die den Löwenanteil einsacken und dabei von Ivan Dabo protegiert werden. Dabo wiederum ist abhängig von der Baulobby, denn solange neue Tourismusanlagen gebaut werden, fließen kräftig Gelder und zwar nicht nur in die Stadtkassen. Der Tourismus bringt laut eigenen Aussagen steuerliche Einnahmen von über zwei Mio.

Kuna (ca. 300.000 Euro) jährlich ein – was angesichts der täglichen Clubeinnahmen verdächtig gering erscheint.

Bürgermeister Dabo wird von den Einheimischen auch „kleiner Napoleon“ genannt, was wohl auf seine absolutistische Regierungsweise zurückzuführen ist, denn ohne den HDZ-Mann (nationalistische Tudjman Partei) geht in Novalja nichts. Oder alles. Die willkürliche Vergabe von Konzessionen und Land für den Bau von Appartements oder Discotheken ist auf der Insel ein offenes Geheimnis. Unzählige dubiose Geschäfte, wie illegale Bauaktivitäten, haben den gelernten Koch zum Millionär gemacht. Seinen Machterhalt hat er wohl den jahrhundertalten feudalen Strukturen zu verdanken, die als venezianisches Erbe noch immer in den Köpfen der InsulanerInnen verankert sind.

Seit fast 20 Jahre ist „Đono“ schon im Amt (63% der Stimmen bei den letzten Wahlen), nebenbei wurde er Präsident des gleichnamigen lokalen Fußballclubs und der Hafenbehörde von Novalja. Mehrmalige Versuche, in die überregionale Politik einzusteigen, scheiterten jedoch kläglich, da Dabo auf nationaler Ebene das ohnehin ramponierte Ansehen der Partei zusätzlich schädigen würde. Dabei war der junge Dabo bei „Titos Pionieren“ aktiv, der plötzliche nationale Sinneswandel kam erst mit dem Krieg und den sich damit anbietenden neuen Möglichkeiten des sozialen Aufstiegs.

Die größte Opposition zu Dabo ist seit kurzem der Besitzer des einzigen lokalen Clubs, der für die derzeit national regierenden SDP aktiv geworden ist. Wohl nicht ganz uneigennützig. Die privaten Clubfehden zwischen (lokalen, nationalen und möglicherweise bald auch internationalen) ClubbetreiberInnen wurden dadurch zu einem Problem, das auch auf lokaler politischer und medialer Ebene ausgetragen wird.

Einerseits gibt es da den Wunsch der TraditionalistInnen nach einer Reduzierung des Tourismus, um die bisherigen Schäden einzudämmen. SDP und Konservative wollen – aus unterschiedlichen Gründen – „back to the roots“ – zurück zu den alten Sitten und Bräuchen. Auf der anderen Seite stehen internationale Partyanbieter (z.B. „Pacha“ aus Ibiza) in den

Startlöchern, um den Nachbarstrand (auf dem erst eine lokale Strandbar positioniert ist) zu übernehmen. Der Tourismus, und insbesondere der lukrative Partytourismus, soll weiter ausgebaut werden. Der Strand Zrće soll internationale Konkurrenz bekommen, die das weitere Wachstum im Tourismussegment sichern soll.

Ökologisch-sozioökonomischen Nebenfolgen sind da natürlich sekundär. Auch die Katholisch-Konservativen sind mittlerweile in Aktion getreten, um das „Sodom und Gomorrha“, das sich am Partystrand abspielt, zu bekämpfen. Die angeblich nackten, betrunkenen, miteinander untertags kopulierenden oder unter Drogeneinfluss stehenden Gäste veranlassten Einheimische zu einem Referendum über die Zukunft des Strandes, dessen Ausgang noch offen ist.

Partymaschinerie als Männerball

Die bezahlten Tänzerinnen, Hostessen, Animateurinnen, die die Stimmung am Strand aufheizen sollen, werden gerne von der kroatischen Boulevardpresse in Großformat gezeigt, um die Auflagen nicht nur der Medien zu steigern. Die fingierten Storys über freizügige, allzeitbereite TouristInnen und wilde Sexorgien am Strand bestärken das unrealistische Bild des Partygeschehens. Bei vielen testosteron-gesteuerten jungen Männern. Jene Zielgruppe, die genau diese medialen Fiktionen mit eigenen Feuchträumen paart, geht das ganze Jahr brav ins Fitnessstudio, Solarium etc. und erhofft sich, gleich bei Ankunft von willigen Touristinnen angefallen zu werden. Das Motto der gestülpt und gestylten Bo(d)ys lautet: auffallen um jeden Preis. Diese hochgeschraubte, aber unrealistische Erwartungshaltung führt oftmals zu einem Männerüberschuss in den Clubs und dazu, dass diese aufgemotzten Mannsbilder unfreiwillig miteinander tanzen müssen. Die ersehnte Sex-Partyorgie gleicht so mehr einem Männerball oder einer Gayparade, würden die Männer nicht nach den auf der Bühne sich verrenkenden Go-Gos lechzen. Die geilen, miteinander tanzenden Männer im homophoben Kroatien und insbesondere im machoiden Dalmatien erscheinen skurril. Es geht

wohl auch darum, rituell die eigenen Grenzen auszutesten. Sei es durch Sex, Tanz, Drogen, Musik, oder Alkohol wird der zumeist urbane Partystamm auf ganz archaische Weisen durch und in den globalen Partymarkt initiiert. Der süßliche Schweißgeruch der tanzenden Körper mischt sich mit den Gerüchen leichter Drogen, mit jenen des Meeres und den herb-würzigen Kräutern der Insel. Dies war nicht immer so.

Der Zweite Weltkrieg – das dunkelste Kapitel der Insel

Das faschistische, mit Hitler und Mussolini kollabierende Ustascha-Regime errichtete nahe der Stadt Pag in der Bucht von Slano 1941 ein Konzentrationslager, das mit dem Komplex Jadovno als zentrale Sammelstelle verbunden war. Laut Schätzungen wurden dort über 40.000 Menschen (ZivilistInnen; zumeist jüdischer oder serbischer Herkunft und/oder kommunistischer Gesinnung) ermordet, davon alleine über 8.000 auf Pag. Die Gefangenen schliefen unter freiem Himmel und schleppten tagsüber mit bloßen Händen Steine, um Mauern oder Wege zu bauen. Diese überwiegend sinnlosen Tätigkeiten nutzen die Wärter aus, um die Gefangenen für kleinste Vergehen, meistens aber grundlos, zu foltern, oder gleich zu ermorden. Gängige Praxis war es, die Opfer mit einem Draht die Hände zu fesseln, ihnen einen Stein um den Hals zu binden, ihnen den Bauch aufzuschlitzen und sie dann im Meer zu versenken. So färbte sich das Meer rot, berichteten die Überlebenden. Im KZ Metajna, einer gegenüber von Zrće gelegenen Bucht, kamen Kinder und Frauen hinzu. Nicht selten wurden sie vor der Exekution brutal vergewaltigt. Den italienischen Streitkräften, die das Lager letztlich auflösten, ist die Insel Pag Ende 1941 übergeben worden. So schloss die Steinwüste ihr dunkelstes Kapitel.

Marko Novosel ist Absolvent des Soziologie-Instituts und Mitglied der Redaktion

Kleine Kredite – großer Schaden

Bernhard Gitschtaler

Der Artikel räumt nicht nur mit dem Mythos auf, dass Mikrokredite Armut bekämpfen würden, sondern zeigt auch, warum Frauen besonders oft in der „Mikrokreditfalle“ landen.

Die Geschichte kommt im Westen gut an. Ein Professor aus Bangladesch, der in den USA studierte, will Armut „effektiv“ bekämpfen und „erfindet“ deshalb ein Konzept, das „armen“ Menschen ermöglichen soll, sich selbst aus dieser Armut zu befreien. Dieses Konzept nennt sich „Mikrokredite“ und ist heute rund um die Welt bekannt und etabliert. Tatsächlich aber verschlimmern Mikrokredite die Situation der meisten KreditnehmerInnen. Entgegen der weitläufigen Meinung, sind Mikrokredite einzig ein sicherer Weg in die Schuldenfalle. Elend, Armut, Abhängigkeit und Ausbeutung werden durch sie vorangetrieben.

Die Überlegung ist simpel. „Arme“ Menschen bekommen Geld geliehen, um damit ein eigenes Business starten zu können. Auf diesem Weg können sie wiederum Geld verdienen und anschließend den Kredit samt (angeblich) niedrigen Zinsen zurückzahlen. Um sich gegenseitig besser unterstützen zu können, so wird argumentiert, werden die Kredite hauptsächlich an „lending groups“, also kleine Zusammenschlüsse von KreditnehmerInnen, vergeben. (Lohman 2009: 111) Diese verwalten das Geld und wenn eine Person einmal nicht zurückzahlen kann, springen die anderen Mitglieder ein. Damit auch ein Maximum an Förderung gewährleistet werden kann, sind die primäre Zielgruppe der KreditgeberInnen Frauen. Es wird argumentiert, dass so die Unabhängigkeit der Frauen gestärkt werden kann („empowerment“). Damit könne angeblich dazu beigetragen werden, traditionelle Geschlechterrollen aufzubrechen, um so für mehr

Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau zu sorgen. (Batliwala/Dhanraj 2006: 373f.) Wer den Kredit dann zurückzahlt – so die einfache Rechnung – hat es aus der Armut geschafft. Da die Rückzahlungsquote der Kredite tendenziell sehr hoch ist, wird davon ausgegangen, dass Mikrokredite „effektiv“ aus der Armut helfen. Hört sich gut an, hat mit der Realität aber wenig zu tun.

Mikrokredite wurden nicht von Yunus Muhammad erfunden. Die Grundidee dieses Konzeptes lässt sich bis in das 17. Jahrhundert zurückverfolgen. Dies ist aber wohl noch einer der harmlosen Mythen rund um die „kleinen Kredite“. Noch nie zuvor waren so viele Menschen direkt oder indirekt (über andere Familienmitglieder) von den Auswirkungen von Mikrokrediten betroffen. Laut aktueller Statistik der „Microcredit Summit Campaign“ sind es eine dreiviertel Milliarde(!) Menschen weltweit, wobei die meisten davon in Südasien leben. (Maes/Reed 2012: 3f.) Dabei sind Mikrokredite schon längst nicht mehr nur ein Mittel der Entwicklungszusammenarbeit (EZA). Jede Bank, jede NGO und jede staatliche oder private Entwicklungshilfeagentur, die etwas auf sich hält – also auch die Austrian Development Agency (ADA) – springt auf den Zug auf und bietet Mikrokredite an. Angesichts des Ausmaßes dieses „Entwicklungskonzeptes“ ist es an der Zeit, einige der Mythen um diese Kredite zu beseitigen, denn die Kluft zwischen der Rezeption im Westen und den Erfahrungen der einzelnen KreditnehmerInnen könnte nicht größer sein.

Frauen als bevorzugte Kundinnen

Dass Mikrokredite großteils an Frauen vergeben werden, ist kein Zufall, sondern Teil der zweifelhaften „Erfolgsgeschichte“. (Maes/Reed 2012: 36) Tritt der besonders häufige Fall ein, dass der Kredit nicht mehr bedient werden kann, wird zuallererst in der „lending group“ und im direkten sozialen Umfeld, über FreundInnen, NachbarInnen und Verwandte Druck auf die KreditnehmerInnen ausgeübt. Das macht Sinn, denn keine der Frauen will ihr wenig Hab und Gut wegen einer säumigen Schuldnerin in der Gruppe verlieren. Die gesamte Gruppe steht somit unter hohem (sozialen) Druck den Kredit – in der Regel wöchentlich – zurückzahlen zu müssen. Dass es auf Mikrokredite keine Sicherheiten gibt, ist dabei einer der größten Mythen (Klas 2011: 76ff.). Ausfälle darf es nicht geben, denn sonst würde die gesamte Gruppe die Konsequenzen tragen müssen. Wer nicht mehr zahlen kann, dem oder meistens der droht mittelfristig nicht nur der Ausschluss aus der „lending group“, sondern auch die Isolierung im Dorf und somit der Ausschluss aus der Dorfgemeinschaft. (1)

Die Summe der Mechanismen, Mittel und Praktiken, die angewendet werden, um soziale Kontrolle auszuüben und Frauen dazu zwingen, die Rückzahlungen mit allen Mitteln einzuhalten, nennt die Anthropologin Lamia Karim übrigens „Wirtschaft der Beschämung“. Die Möglichkeiten über sozialen Druck und Gewalt Menschen dazu zu bringen, die Schulden für die Mikrokredite zurückzuzahlen, sind mannigfaltig. Karim spricht in ihrer Arbeit von rüder Sprache und Drohungen gegenüber den Schuldnerinnen, sexuellen Übergriffen oder dem erfundenen Vorwurf sexueller Untreue, um die Person im Dorf oder im Viertel schlecht zu machen. Auch das zwangsweise Abschneiden der Haare und regelmäßiges Bespucken beschreibt sie als übliche Mittel, um das Ansehen einer Person zu beschädigen. Dies steigert den Druck noch härter zu arbeiten oder Gegenstände aus dem Haushalt zu verkaufen, um den Kredit bezahlen zu können. (Karim 2008: 9ff.)

Wo sozialer Druck und/oder die Isolierung in der Dorfgemeinschaft nicht mehr helfen, springt der Staat ein, um die Zahlungsmoral wieder „herzustellen“. So übernimmt der Staat eine zentrale Rolle im Mikrokredit-Komplex, um die Rückzahlung der Mikrokredite aufrecht zu erhalten. Einerseits durch die Androhung von Gewalt, andererseits durch deren fortgesetzte Anwendung. Dazu zählen Auspeitschen, Einsperren und Folter. Sollte bei den Kreditnehmerinnen irgendwann tatsächlich nichts mehr zu holen sein, ist es in der Regel auch der Staat, der aus öffentlichen Geldern die Schulden zurückzahlt und so Banken, Fonds und MFIs (Monetary Financial Institution) schadlos hält. (Klas 2011: 38/48f./149ff.) Dieser Prozess als Ganzes fördert wiederum Misstrauen und Feindschaften im Dorf. Laut Karim gibt es keine Dörfer, in denen es aufgrund von Mikrokrediten nicht zu Streitigkeiten, Auseinandersetzungen und Übergriffen gekommen ist. Die sozialen Netze und Strukturen in den Dörfern können so zerstört und Entsolidarisierung vorangetrieben werden. (Karim 2008: 11ff.)

Christa Wichterich kritisiert deshalb, dass gerade Frauen, die aus den ärmsten Klassen stammen, durch Mikrokredite unter enormen sozialen Druck gesetzt werden. Nur mehr eine Frau, die Geld beschafft, ist eine „gute“ Frau, so die Devise. Hinzu kommt die hoffnungslose Überforderung mit den mannigfachen Entwicklungsaufgaben, die zuvor öffentlich organisiert waren und nun zunehmend Frauen übernehmen sollen. Dies führt zu Überforderungen, die allzu oft in einer Verschuldungsspirale münden und so die bereits prekäre Situation vor allem vieler Frauen weiter verschlechtert. (Wichterich 2006: 25) Jude Fernando hingegen macht deutlich, dass spätestens bei der Eintreibung der Kredite klar wird, dass für die MFIs „empowerment“ gar kein Thema ist, sondern nur die pünktliche Rückzahlung und der Gewinn. (Fernando 2006: 179) Batliwala und Dhanraj beschreiben dies als einen Privatisierungsprozess, also eine Verschiebung staatlicher/öffentlicher Aufgaben in den individuellen Verantwortungsbereich, was nicht zuletzt ein Merkmal neoliberaler Vergesellschaftung ist. Frei nach dem Motto: Alle

können einen Kredit bekommen, wer es damit aus der Armut schafft, hat die Chance genutzt, alle anderen sind selber schuld. (Batliwala/Dhanraj 2006: 374ff.) Das Ziel, Frauen zu Unternehmerinnen zu machen, die ein gewinnbringendes Geschäft aufbauen und führen, Kredite zurückzahlen, sich um ihre Familie und Angehörige kümmern, versorgen und noch dazu für all diese Aufgaben alleine verantwortlich sind, wird so in immer mehr wissenschaftlichen Beiträgen als neoliberale Subjektivierung dekonstruiert. (Girstmaier 2010: 61ff.; Klas 2011: 279f.) An den existierenden Herrschaftsverhältnissen ändern Mikrokredite aber gar nichts. Strukturelle und gesellschaftliche Probleme werden nicht hinterfragt. Im Gegenteil.

Von wegen „keine Zinsen“

Dass ein hohes Maß an Gewalt notwendig ist, um die Rückzahlung der Mikrokredite aufrechtzuerhalten, wird dann nachvollziehbar, wenn wir uns die konkreten Zinsen für einen Mikrokredit ansehen. Gerhard Klas schreibt in seinem Werk „Die Mikrofinanz-Industrie“, dass der weltweit durchschnittliche Zinssatz für Mikrokredite bei knapp 40% per annum liegt. (Klas 2011: 21) Extrem hohe Zinsen sind auch die Basis für die Gewinne, die am Mikrokreditmarkt gemacht werden. Diese wiederum sind der Antrieb für eine weitere Ausweitung dieses Marktes, indem weitere Kredite in diverseste Regionen gepumpt werden.

Ein Umstand, der immer mehr Klein- und KleinstbäuerInnen zum Verhängnis wird. Denn, wer den Kredit nicht mehr bezahlen kann, verliert früher oder später auch jeglichen anderen Besitz. Eine Katastrophe für Menschen, denen die Subsistenzwirtschaft oft die einzige Möglichkeit ist, ihr Überleben zu sichern. Zur Schuldentilgung gehen so Höfe, Häuschen und Hütten samt Inventar, sowie dazugehöriges Ackerland – und mag es noch so klein sein –, in den Besitz von MFIs, Banken und Fonds über. Der Begriff „Enteignung“ ist hier angebracht. Für die Abmontage von Häuschen und Hütten durch MikrofinanzinstitutionsmitarbeiterInnen und Polizei hat sich bereits ein eigener Begriff etabliert: „house breaking“. (Karim 2008: 9ff.) Zehntausende Bauern und

Bäuerinnen in Indien und Bangladesch wählten in den letzten Jahren lieber den Freitod, als den Verlust ihres wenigen Ackerlandes mitzuerleben. (Klas 2011: 94/193) Diejenigen, die ihren Besitz gezwungenermaßen abgeben mussten, treibt es samt ihren Familien in die Städte, wo sie sich von nun an als ArbeiterInnen frei von Produktionsmitteln, aber mit einem Rucksack voller Schulden, durchschlagen müssen. Auf diesem Weg werden Menschen aus der Subsistenz- bzw. Teilsubsistenzwirtschaft in die kapitalistische Geldwirtschaft gezwungen. Marx nannte diesen Prozess übrigens die „sogenannte ursprüngliche Akkumulation“. Dies ist ein Prozess, welcher die Ausweitung kapitalistischer Produktionsverhältnisse quasi bedingt. (Bachinger/Matis 2009: 372ff.; Harvey 2005: 140ff.)

Tatsächlich gibt es bis heute keine wissenschaftlichen Langzeitstudien, die belegen können, dass sich Mikrokredite positiv auf die Armutsbekämpfung auswirken. Ein Umstand, den sogar die deutsche Bundesregierung eingestehen musste. (Klas 2011: 48) Wobei an dieser Stelle dringend hervorgehoben werden muss, dass nicht die hohen Zinsen der Kern des Problems sind. Zinsen selbst sind, kurz gesagt, nur der Ausdruck des Warenverhältnisses im Kapitalismus. Demnach erfüllen sich auch am Mikrokreditmarkt nur die grundlegendsten Funktionen kapitalistischer Verwertungslogik. Mikrokredite rühren so weder die Ursachen von Armut an, noch werden die herrschenden Verhältnisse in Frage gestellt und auch an der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums wird mit Mikrokrediten nichts geändert. Grundlegende Kritik an Mikrokrediten muss demnach auch immer Kapitalismuskritik sein.

Darf's auch keine EZA sein?

Nicht zuletzt gilt es auch den aktuellen "Mainstreambegriff" von „Armut“ zu kritisieren. Denn ein Armutsbegriff, der sich normativ nur auf die Abwesenheit von Geld und Finanzservices bezieht, ist nicht in der Lage, die vielseitigen und vielfältigen Formen, Gründe und Wurzeln von Armut zu erkennen. Nur ein differenzierter Begriff von Armut kann den vielen Ausformungen

dieses zumeist gesellschaftlich produzierten Zustandes gerecht werden und ist so auch eher vor Instrumentalisierung geschützt. Schließlich müssen wir uns ernsthaft fragen, wo der Sinn darin liegt, „Entwicklung“ über Verschuldung von Einzelpersonen vorantreiben zu wollen. Nach jahrzehntelanger erfolgloser Entwicklungshilfe wird es heute endlich Zeit, diese als Ganzes in Frage zu stellen: Wäre die Abschaffung der EZA, wie sie heute definiert und gehandhabt wird, vielleicht die beste Entwicklung, die den sogenannten „Armen“ passieren könnte?

Bernhard Gitschtaler ist Absolvent des ipw und der Internationalen Entwicklung

Anmerkungen

(1) Zu Mikrokrediten, gibt es ausführliche feministische Kritik, die u.a. den Fokus auf Frauen bei der Mikrokreditvergabe als simple Strategie der Gewinnmaximierung dekonstruiert. Im Zentrum der Kritik stehen außerdem die neoliberale Subjektivierung, für die Mikrokredite ein wichtiges und unerlässliches Werkzeug sind, aber auch die (nicht einlösbaren) Versprechen, durch Mikrokredite Unabhängigkeit und „empowerment“ zu erreichen. (Siehe dazu: Fernando 2006; Garikipati 2008: 2636ff; Batliwala/Dhanraj 2006) In den letzten Jahren waren es vor allem radikale feministische Kritikerinnen, die den Mikrokreditansatz als Ganzes in Frage stellten. (Nilges 2005: 12ff.)

Batliwala, Srilatha; Deepa Dhanraj (2006): Gender-Mythen, die Frauen instrumentalisieren. In: Peripherie, Nr. 103, 373-385.

Bachinger, Karl; Matis, Herbert (2009): Entwicklungsdimensionen des Kapitalismus, Klassische sozioökonomische Konzeptionen und Analysen. Köln, Weimar, Wien: Böhlau.

Fernando, Jude (2006): Microfinance, perils and prospects. London: Routledge.

Garikipati, Supriya (2008): The Impact of Lending to Women on Household Vulnerability and Women's Empowerment: Evidence from India. In: World Development, Vol. 36, Nr. 12, 2620-2642.

Girstmaier, Stefanie (2010): "The Entrepreneurial Poor" Das Subject im Anti - Aid - Entwicklungsdiskurs, Dipl. Arbeit, Wien.

Harvey, David (2005): Der neue Imperialismus. Hamburg: VSA Verlag.

Karim, Lamia (2008): Demystifying Micro - Credit, The Grameen Bank, NGOs, and Neoliberalism in Bangladesh. Oregon: SAGE Publications, 20 (1), 5 - 29.

Klas, Gerhard (2011): die Mikrofinanz-Industrie, die große Illusion oder das Geschäft mit der Armut. Berlin, Hamburg: Assoziation A.

Lohmann, Nike (2009): Mikrofinanz in den Entwicklungsländern - Hilfe für die Armen? Eine normative Betrachtung, Spektrum - Berliner Reihe zu Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Entwicklungsländern, Band 102.

Maes, Jan P.; Reed, Larry, R. (2012): State of the Microcredit Summit Campaign Report 2012: http://www.microcreditsummit.org/pubs/reports/socr/2012/WEB_SOCR-2012_English.pdf, 10.7.2012.

Nilges, Thorsten (2005): Zunehmende Verschuldung durch Mikrokredite, Auswertung eines Experiments in Südinien. In: Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften, 63, 11, Universität Duisburg - Essen, Institut für Ostasienwissenschaften.

Wichterich, Christa (2006): Sozialer Friede durch Kleinkredite? Ein preisgekröntes entwicklungspolitisches Instrument auf dem Prüfstand. In: Frauensolidarität, 2008/4, Wien, 24-25.

Was bleibt von KONY 2012?

Richard Sattler

Die Imagekampagne „KONY 2012“ löste mit einem im März veröffentlichten Video einen Hype aus, der als zivilgesellschaftlicher Mobilisierungsversuch, jedoch nicht als Protestform verstanden werden kann.

Mit dem Erscheinen des Films „Invisible Children: The Rough Cut“ wurde 2004 der Grundstein für die NGO Invisible Children Inc. (IC) gelegt. Ge gründet von Bobby Bailey, Laren Poole und Jason Russell setzte sie sich zum Ziel, gegen die Rebellen gruppe LRA (Lord's Resistance Army) vorzu gehen, deren Operationsgebiet im zentralafrika nischen Raum liegt und die Kinder als Soldaten und Sexsklavinnen entführen. Dabei fokussiert sich IC auf den Rebellenführer Joseph Kony, der wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit vom Internationalen Strafgerichtshof verurteilt ist. In ihren Kampagnen arbeitet IC mit der Definition von Freund- und Feindbildern. Diese Fokussierung soll schließlich die US-Regierung zu einer Intervention bewegen, was bereits 2010 durch die Entsendung von Militärberatern erfolgte.

Im März startete IC mit dem Video „KONY 2012“ eine gleichnamige Kampagne, deren Ziel es war, Joseph Kony weltweit bekanntzumachen und ihn bis zum Ende des Jahres zu fassen. Das Video wurde innerhalb von einer Woche rund eine Million Mal aufgerufen, was bis dato auf eine neue Dimension politischer Medialisierung verweist (vgl. Karlin/Matthew 2012: 256). Die mediale Zuspitzung der Probleme in der Region Zentralafrika auf die Person Kony, sowie die Darstellung der aktuellen Situation haben sowohl in den Medien als auch in der Politik zu Protesten geführt. So soll laut der Regierung von Uganda die LRA seit 2006 nicht mehr im Land operieren, sondern sich

auf dem Gebiet der benachbarten Republiken aufhalten. Das Video erzeugte bei, von der LRA betroffenen Menschen in Lima (Norduganda) eine ablehnende Reaktion. Der Fokus auf die Person Joseph Kony ist eine verkürzte Sichtweise, insofern die eigentlichen Probleme der Region medial in den Hintergrund gedrängt werden. Hinzu kommt, dass IC, unabhängig von der Bevölkerung in der betroffenen Region, jeden Aufruf ihres Videos als Aufforderung an die US-Regierung für ein militärisches Engagement interpretiert (Leininger 2012).

Inszenierung

Einen zentralen Aspekt der Mobilisierung bildet das Branding von IC, wie es bis dato noch von keiner anderen NGO in diesem Umfang eingesetzt wurde. Dabei sollten der Verkauf von Filmen und Utensilien sowie diverse Veranstaltungen und Internetauftritte als Grundlage für die Identitätsbildung der unmittelbar Beteiligten wirken (vgl. Karlin/Matthew 2012: 258). KONY 2012 ist damit weitgehend einem Unterhaltungsanspruch untergeordnet, der in erster Linie auf Inszenierung beruht und unabhängig vom eigentlichen Inhalt den Gesetzen des Medienmarktes gehorcht (vgl. Borsò/Liermann/Merzinger 2010: 7f). Hierdurch wird eine soziale Realität außerhalb des unmittelbaren Erfahrungshorizontes der RezipientInnen audiovisuell konstruiert. Visuelle Medien als zentraler Bestandteil solcher Kampagnen bilden Anknüpfungsmöglichkeiten für die alltägliche Wahrnehmung, insofern die Komplexität sozialer Wirklichkeit reduziert und sinnstiftende Orientierungsmodelle produziert werden (vgl. Hofmann 2008: 273f, 282). Im Zuge der Kampagne wird Gewalt als zentrales Charakteristikum von

Afrika dargestellt, was die Notwendigkeit westlicher Intervention hervorruft (Schmidt 2012). Elliot Ross führt dabei das Engagement von IC auf die missionarische, evangelikale Tradition in den USA zurück, die sich in der Rhetorik des Videoproduzenten Kevin Russell, als auch den finanziellen Zuwendungen von evangelischen Organisationen widerspiegelt (vgl. Edmondson 2012: 11). Zentraler Aspekt der Kommunikationsstrategie von IC ist die starke Polarisierung durch Bilder von HeldInnen (AktivistInnen), Feinden (Joseph Kony) und Opfern (Kindersoldaten), wobei die Berufung auf die universalen Menschenrechte den Anspruch einer unantastbaren Legitimationsgrundlage für die Aktivitäten im Rahmen von KONY 2012 hervorbringt (vgl. DeChaine 2010: 271, 277). Inwiefern sich dieser Diskurs auf die Positionierung der USA und der UNO gegenüber der LRA auswirkt, wäre im Rahmen weiterführender Analysen zu behandeln.

Partizipation

Entgegen dem reinen Unterhaltungscharakter verweist KONY 2012 auf die Möglichkeit einer Reaktion auf das Gesehene. Im Zuge des Videos soll auf Grundlage eines „Wohlfühleffekts“ (Schmidt 2012) Engagement hervorgerufen werden, für welches IC handlungsanleitend wirkt (vgl. Karlin/Matthew 2012: 259f). So beinhaltete die Aktion „Cover the Night“ Ende April den Aufruf, Flyer, Plakate und Sticker mit dem Bild von Joseph Kony (der in eine Reihe mit Adolf Hitler und Osama Bin Laden gestellt wird) zu verbreiten, was jedoch nicht die erhoffte Partizipation und Breitenwirkung erzielte (Steinschaden 2012). Auf regionaler Aktionsebene bleibt IC daher in erster Linie auf die USA beschränkt (vgl. Karlin/Matthew 2012: 257). Aufgrund der heftigen Kritik und der problematischen Medienstrategie von IC lässt sich KONY 2012 weitgehend als gescheitert betrachten, verweist jedoch auf die Potenziale fokussierter medialisierter Interessenspolitik.

Richard Sattler studiert Politikwissenschaft im Masterstudium, ist Studienassistent am ipw und Mitglied der Redaktion

Borsò, Vittoria/Liermann, Christiane/Merzinger Patrick (Hg., 2010): Die Macht des Populären. Politik und populäre Kultur im 20. Jahrhundert, Bielefeld: transcript.

DeChaine, D. Robert (2010): Imagined Immunities. Border Rhetorics and the Ethos of Sans Frontières, in: Parker, Joe/Samantrai, Ranu/Romero, Mary (Hg.): Interdisciplinary and Social Justice. Revisioning Academic Accountability, Albany: Suny Press, S. 261-285.

Edmondson, Laura (2012): Uganda Is Too Sexy. Reflections on Kony 2012, in: The Drama Review, 56. Jg., Nr. 3, S. 10-17.

Hofmann, Wilhelm (2008): Die Demokratie der Bilder. Die Risiken und Chancen der audiovisuellen Demokratie, in: Brodacz, André/Llanque, Marcus/Schaa, Gary S. (Hg.): Bedrohungen der Demokratie, Opladen: VS Verlag, S. 270-286.

Karlin, Beth/Matthew, Richard A. (2012): Kony 2012 and the Mediatization of Child Soldiers, in: Peace Review: A Journal of Social Justice, 24. Jg., Nr. 3, S. 255-261.

Leininger, Julia (2012): Ein Film mit verzerrtem Afrikabild, in: Zeit Online, 19.04.2012, Hamburg, in: <http://www.zeit.de/politik/ausland/2012-04/Kony2012-Tag/komplettansicht> (30.08.2012).

Schmidt, Heike (2012): Sensation „Kony 2012“: Und wen kümmert Afrika? in: derStandard.at, 02.04.2012, Wien, in: <http://derstandard.at/1332323977763/Heike-Schmidt-Sensation-Kony-2012-Und-wen-kuemert-Afrika> (30.08.2012).

Steinschaden, Jakob (2012): Kony 2012: Die Online-Kampagne, aus der in der Offline-Welt nichts wurde, in: Digital Sirocco, 23.04.2012, Wien, in: <http://digitalsirocco.tumblr.com/post/21641211456/kony-2012-die-online-kampagne-aus-der-in-der> (01.09.2012).

Verschulung schafft Verbindlichkeit

Univ.-Prof. Dr. Rudolf Richter, Lehrender für Soziologie und seit 2004 Dekan der Fakultät für Sozialwissenschaften, wurde Anfang Mai für eine weitere Amtsperiode gewählt. Richard Sattler hat ihn aus diesem Anlass zu aktuellen Entwicklungen an der Universität interviewt.

Anfang Mai fand die DekanInnenwahl statt. Was hat sich rückblickend gesehen seit Ihrer letzten Amtsperiode verändert?

Einerseits konnten neue ProfessorInnen in Publizistik, Kultur- und Sozialanthropologie und ans Methodenzentrum berufen werden. Andererseits wurde schon zu Beginn der letzten Amtsperiode die Fakultätsadministration im Sinne eine Professionalisierung umgestellt, wobei wir das Dekanat für einen modernen Leitungsbetrieb aufgestellt haben. Ich habe mich gefreut, als ich gelesen habe, dass der neue Dekan der Geografie und Geologie ganz ähnliche Vorstellungen vom Leitungsbereich entwickelt.

Welche positiven Auswirkungen wird der umgestellte Administrationsbereich für Studierende bringen?

Die Veränderungen beziehen sich sehr stark auf die Instituts-, Forschungs- und Personaladministration. Studierende merken das nur sehr indirekt, wenn beispielsweise prae- und post doc-Stellen besetzt werden können.

Worauf würden Sie den Rückgang der Studierendenzahl auf der Politikwissenschaft seit der Einführung der neuen Studienordnung 2007 zurückführen?

Allgemein sehen wir, dass die Studierendenzahlen zurückgehen, wenn Forderungen und Ansprüche hinaufgesetzt werden. Allein die Ankündigung einer Einführungsprüfung bewirkt einen gewissen Rückgang der StudienanfängerInnen. In den einzelnen Studienrichtungen gibt es unterschiedliche Erfahrungen damit. Andererseits bewirkt

die Strukturierung des Studiums, die vermehrt als „Verschulung“ bezeichnet wird, dass mehr Studierende absolvieren, da die Voraussetzungen klarer sind. Oft sind auch die Erwartungen ans Studium unrealistisch.

Meinen Sie, dass die derzeitige Verschulung der Studienstruktur den Menschen dahingehend mehr Orientierung bringt?

Ja, das glaube ich schon, weil die Verbindlichkeit wächst. Eine Bringschuld der Universität und auch der Lehrenden ist es zu sagen, dass das Bolognasystem mit Bachelor, Master und PhD etwas anderes ist, als es früher ein Diplomstudium war. Wir müssen dazu kommen, dass das Bachelorstudium kein verkürztes Diplomstudium ist, sondern eine neue Art von Studium die sehr stark praxis- und ausbildungsorientiert sein soll. Anschließend an das Paket eines ausbildungsorientierten Studiums, wird von der Universität zusätzlich ein Masterstudium angeboten, welches mehr der wissenschaftlichen Vorbereitung dient. Man müsste die Perspektive sehen, dass das Bachelorstudium dazu befähigt, ein Masterstudium an der Fakultät oder in verwandten Fächern zu machen und dahingehend eine höhere Durchlässigkeit zu schaffen. Der Bachelor ist als eine neue Art der Wissensvermittlung mit neuen Zielen zu verstehen, was letztlich im Studienplan umgesetzt werden soll. Das ist derzeit in den wenigsten Studienrichtungen der Fall und daher kommt auch sehr viel Kritik am Bolognasystem.

Im Zuge der Verschärfung der STEOP (Studieneingangs- und Orientierungsphase) haben Studierende nur noch zweimal die Möglichkeit, zur Prüfung anzutreten. Die Drop-Out-Quote liegt derzeit bei rund einem Drittel der StudienanfängerInnen auf der Politikwissenschaft. Welche längerfristigen Probleme ergeben sich hieraus für die Sozialwissenschaften?

Ich sehe darin keine größeren Probleme, da sehr viele Leute Politikwissenschaft studieren. Man muss sich ansehen, worauf Drop-Out-Quoten eigentlich hinweisen. Beispielsweise können sie durch falsche Erwartungen ans Studium zustande gekommen sein. Wir hatten Drop-Out-Raten im Magisterstudium von 70 bis 80 Prozent der StudienanfängerInnen. Wenn jetzt am Anfang zwischen 10 und 30 Prozent ausfallen würden, sind das noch immer nicht so viele, wie früher im gesamten Studium ausgefallen sind. Die Universität hat den Auftrag, jene, die die STEOP-Prüfungen bestehen, möglichst durch den Bachelor zu bringen. Ich habe jetzt keine Erfahrung, wie viel von jenen, die bleiben, dann noch ausfallen. Der Tendenz nach wird die Drop-Out-Rate geringer als früher, da sie durch die STEOP vorverschoben wird.

Die Studiengebührendebatte ist ein politischer Grabenkampf, der auf dem Rücken der Studierenden ausgetragen wird. Worin sehen Sie die Hintergründe dafür, dass in der derzeitigen hochschulpolitischen Auseinandersetzung Bildung ein willkürlicher Geldwert beigemessen wird?

Vermutlich kann man nicht ausrechnen, was Bildung kostet oder wert ist. Natürlich bin ich für die Sozialwissenschaften weniger über die Höhe des Finanzierungssatzes begeistert, weil man sich höhere Dotierungen vorstellen kann, aber das sind Erfahrungswerte aus dem internationalen Bereich. Jede Zeit und Epoche hat bestimmte Kriterien und Strategien anhand derer sie operiert. Unsere Zeit ist sehr stark wirtschaftsorientiert, weshalb in die Diskussion über Bildung Kosten-Nutzen-Relationen und nicht andere Begriffe einfließen. Ich persönlich sehe das ambivalent, denn einerseits ist die Idee attraktiv, Bildung nach

Indikatoren zu planen und als Gut anzusehen, das eben etwas kostet und für das man etwas leisten und zahlen muss. Andererseits wird dadurch der Selbstwert von Bildung, kritische Reflexion, auch freies, nicht gleich nutzenorientiertes Denken zurückgedrängt.

Sehen Sie die Sozialwissenschaften durch die künftige Studienplatzfinanzierung gegenüber anderen Fächergruppen wie etwa den Naturwissenschaften abgewertet?

Nein, sondern eher eine Aufwertung. Bei der Studienplatzfinanzierung sind die Studierendenzahlen maßgeblich und ich erwarte mir, dass Massenfächer wie die Sozialwissenschaften davon profitieren.

Muss der Anspruch der Objektivität von Wissenschaft im Hinblick auf die Einmischung primär wirtschaftlicher Interessen in die Inhalte von Forschung und Lehre fallengelassen werden?

Nach Max Weber sind die Auswahl der Themen und damit die eigene Einstellung dazu immer wertorientiert. Aber der Ablauf des wissenschaftlichen Prozesses soll „objektiv“ sein. Egal mit welchen Wertvorstellungen geforscht wird, muss ein gleiches Ergebnis im wissenschaftlichen Prozess herauskommen. Eine strikte Trennung wird nicht mehr so aufrechterhalten, da jede Erkenntnis sehr stark von einem Maßstab und einer Perspektive getrieben wird, die an die Dinge angelegt wird. Ich sehe keinen primären Einfluss der Wirtschaft, es gibt ebenso politische Interessen. Sobald Geldgeber da sind, gibt es ein Interesse an bestimmten Fragestellungen, politischen und wirtschaftlichen. In den kompetitiv orientierten Forschungsförderungsinstitutionen sind wissenschaftliche Interessen maßgebend. Daran könnten sich die Sozialwissenschaften noch stärker engagieren.

Vielen Dank für das Gespräch!

Richard Sattler studiert Politikwissenschaft im Masterstudium, ist Studienassistent am ipw und Mitglied der Redaktion

Holland-Cunz, Barbara (2012): Gefährdete Freiheit Über Hannah Arendt und Simone de Beauvoir

Barbara Budrich, Opladen

Barbara Holland-Cunz nimmt sich in ihrem Buch zweier Klassikerinnen der politischen Theorie an und stellt sie im Rahmen eines Vergleichs ihrer Konzepte von Freiheit einander gegenüber. Hannah Arendts Entwurf einer zerbrechlichen Freiheit und Simone de Beauvoirs Überlegungen zu einem Begriff von beängstigender Freiheit werden als moderne Anthropologien dargestellt, die eine Menschheit sichtbar werden lassen, deren Angehörige in ihrer Angewiesenheit auf ihre Mitmenschen nur mittels Wagemut oder Verzagtheit aus ihren individuellen Gefängnissen auszubrechen vermögen. Die Autorin lässt sich dabei von ihrer Überzeugung leiten, dass sowohl die politiktheoretische als auch die realpolitische Lage des Feminismus einer freiheitstheoretischen Auffrischung bedarf, weil sie sich „seit nunmehr zwanzig Jahren in einer unfruchtbaren Kontroverse zwischen Gleichheit und Konstruktion“ (14) aufreibe.

Ausgehend von John Stuart Mill und Karl Marx (26) entwickelt sie eine ideengeschichtliche Basis ihrer Analyse, mittels derer auch die demokratischen Diskurstheorien der Moderne einer Prüfung unterzogen werden sollen (38). Dabei taucht ein Wesenszug der Freiheitstheorien dieser beiden Theoretikerinnen auf, der in Grundzügen an eine Konzeption der deutschen Romantik erinnert und trotzdem, oder vielleicht gerade deshalb, eine kritische Schärfe in die Debatte um den Freiheitsbegriff einbringen könnte. Holland-Cunz schreibt: „Wer mit Arendt nicht wagt, die Schwelle des dunklen Hauses zu übertreten und sich dem Licht der Öffentlichkeit auszusetzen, lebt im Sinne der ‚Vita Activa‘ kein menschliches Leben. Wer mit Beauvoir nicht wagt, der Immanenz der häuslichen und Beziehungswelt den Rücken zu kehren, lebt im Sinne des ‚Anderen Geschlechts‘ kein wirklich menschliches Leben.“ (50)

Es geht um den „Zauber der Freiheit“ (50). Ihn zu erleben ist ein Rausch, der gewagt werden muss. Das erscheint als apodiktisch in Zeiten der

Differenz und des relationalen Diffundierens von wissenschaftlichen Aussagen. Und gleichzeitig hallt darin eine poetische Sprache nach, die mit Novalis dem Bekannten die Würde des Unbekannten überträgt und die Frage nach der Teilung der Welt in weiblichen Haushalt und männliche Politik zur politischen Frage macht.

So pendelt das Werk der beiden zwischen demokratischer Macht und Entwurf in die Welt (59), zwei Pole die ständig an der Gefahr des Zerbrechens (67) laborieren. Freiheitsangst und Weltflucht sind Begriffe, die stark auf die politischen Subjekte bezogen, auf das Individuum in seinen Entscheidungsräumen reflektieren. Beide kennen ein politisches Individuum und versuchen dessen gefährdeter Existenz gerecht zu werden. Wobei Arendt sich eher dem weltlichen, dem Draußen annimmt, und Beauvoir dem individuellen Inneren. (84) Beide sehen Freiheit als gefährdet an und setzen ihre jeweilige theoretische Antwort als Warnung vor dem Scheitern der eigenen Lebensentwürfe an. Dass diesen beiden Entwürfen ein „gewisser misogyner Bias“ (112) anhaftet kann für Holland-Cunz auch biographische Gründe haben.

Der Text ist lesenswert und trotz erhöhter theoretischer Komplexität, die an manchen Stellen vom politikwissenschaftlichen Ton erfrischender Weise in einen der politischen Philosophie kippt, auch für Einsteiger aufgrund klarer Sprache und verständlicher Erklärung sicherlich brauchbar. Warum beim Begriff Existentialismus und beim Hinweis auf die biographische Besonderheit der beiden unkonventionellen Frauen zu konventionellen Zeiten kaum ein Wort über Martin Heidegger fällt, der beide maßgeblich theoretisch beeinflusst hat, bleibt allerdings ein wenig rätselhaft.

Stefan Alexander Marx

Graeber, David (2012): Kampf dem Kamikaze-Kapitalismus. Es gibt Alternativen zum herrschenden System München: Pantheon Verlag

Graeber schlägt in seinem Buch Alternativen zum Kapitalismus vor und offenbart, dass sich die politische Vorstellungskraft von Anarchisten seit Fürst Kropotkins Buch über „Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt“ von 1902 nicht wesentlich verändert hat.

Seine Analyse beginnt mit der Feststellung, Neoliberalismus als politisches Projekt ziele darauf ab „die Fantasie der Menschen vollständig zu zerstören“ (15), weshalb er versucht, Begriffe wie Gewalt und Entfremdung noch einmal „in kreativer Weise zu überdenken“ (18). Was ihm so gründlich gelingt, dass scheinbar alles möglich wird. Die Aufteilung der „Us-amerikanischen Landmasse in separate Territorien“ (19) an Mexiko und Kanada ist bei dieser Kreativitätsexplosion nur der Anfang.

Die auf solch eindrucksvoller Grundlage gebildete Analyse erschließt dann auch messerscharf das Problem zeitgenössischer anarchistischer Bewegung, das sich als Tenor durch das Buch zieht: die herrschenden Klassen leben „in Angst vor uns“ (25), verfallen beim geringsten Anzeichen für Massenmobilisierung in Panik und – Kreativität sei Dank – um „hiervon abzulenken, zetteln sie dann im Normalfall irgendeine Art von Krieg an“ (26).

Dass mit dieser Hypothese die anarchistische Bewegung direkt für alle Kriege die die USA seit dem Korea Krieg geführt haben verantwortlich zu machen wäre, scheint Graeber nicht in den Sinn zu kommen. Die nachgereichte Annahme, dass es sich bei Staaten „um Formen der Gewalt handelt“ (33) erhärtet diese monokausale Erklärung keineswegs, sondern gibt Aufschluss über das träumerisch paranoide Verhältnis, das Anarchisten wie Graeber, der im Brotberuf Anthropologie an einer Londoner Universität lehrt, zum Staat haben. Seine These legt er in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Spiegel folgendermaßen dar: Gesetze beziehen ihre Legitimität aus der Verfassung, welche durch das Volk legitimiert wird. Aber diese

Verfassungen traten durch Akte illegaler Gewalt in Kraft. Mit welchem Recht benutzt also die Exekutive die daraus entstandenen Gesetze um einen neuerlichen Umsturz zu verhindern? Das Volk, das einen legitimen Umsturz betreibt unterscheidet sich laut Graeber, vom wütenden Mob dadurch, dass das Volk eine Generalversammlung abhält, durch die „plötzlich“ mittels „Volksmikrofon“ ohne Hierarchie Entscheidungen getroffen werden können. Danach brauchen nur noch „anarchistische Minister“ (54 sic!) eingesetzt werden und die Sache läuft. Graebers Zuversicht scheint wie sein revolutionärer Pathos dem 19. Jahrhundert zu entstammen, wenn er schreibt, er habe Grund zur Annahme, es gäbe den Kapitalismus „in ungefähr einer Generation“ (58) nicht mehr.

Es gäbe vieles an diesem schlecht strukturierten und pamphletistischen Text zu kritisieren, etwa das Ressentiment gegen die Kulturproduktion im Kapitalismus bei der weit hinter die Kritik der Kulturindustrie bei Adorno und Horkheimer zurückgegangen wird. Oder die prinzipielle Verfehlung der USA, die damit einhergehende verkürzte Rezeption der Ideologiekritik, die vom Opium des Volkes zum Opium fürs Volk heruntergerechnet wird. Oder der Vergleich lokal und kommunal organisierter Nebenwirtschaften (die im kleinen Kreis ohne Schulden auskommen) mit Volkswirtschaften in modernen Staaten. Die dünne Argumentation, wenn es um die Verwirklichung von anarchistischen Gemeinschaften geht: „Jede Nachbarschaft sollte geloben, das wir uns gegenseitig unterstützen ...“ (70), bis hin zu der abenteuerlichen Vereinfachung, Schulden würden direkt dazu führen, „dass Öl aus der Erde gepresst wird“ (192), die die Graeberschen Überlegungen in einem bizarren Licht erscheinen lassen, das sonst nur religiöse Fundamentalisten ausstrahlen.

Stefan Alexander Marx

Nuber/Welebil (Hg.) (2012): IM PRISMA. Gast:arbeit. Gehen – Bleiben – Zurückkehren

EDITIONARTSCIENCE (EAS)

Der Band setzt sich aus verschiedenen interdisziplinären Mosaiktexten zusammen, die alle um den Schnittpunkt Arbeitsmigration und Ex-Jugoslawien kreisen, das als einziges sozialistisches Land seinen BürgerInnen relative Reisefreiheit gewährte.

In Boris Budens und Vladimir Ivanovics Narrativen, die am Anfang stehen, wird aufgezeigt, wie das ehemalige sozialistische Jugoslawien, durch die von Industrialisierungsprozessen eingeleiteten Strukturreformen zunächst Arbeitslose (unqualifizierte ArbeiterInnen – ehemalige Bauern/Bäuerinnen) fabrizierte, die dann innerhalb eines kapitalistischen Arbeitsmarktes, beispielsweise nach Deutschland/Österreich ausgelagert wurden. Bald darauf wanderten immer mehr (Hoch)Qualifizierte aus, um (auch niedrigqualifizierte) Stellen im Ausland anzunehmen, die immer noch viel besser bezahlt waren als selbst Eliteposten in Jugoslawien. Dabei belegen die Autoren wie Jugoslawien schon Anfang der 1960er mit hybriden kapitalistischen Marktorganisationsformen experimentierte, um die Folgeschäden der Auswanderung (Titos Sturz) vorzeitig einzudämmen und die Menschen weiterhin im Land halten zu können. Die kapitalistischen Marktmechanismen zwangen in weiterer Folge das „blockfreie“ d.h. nicht dem Warschauer Pakt zugeordnete Jugoslawien einen Kompromisskurs zwischen Marktkapitalismus und Sozialismus/Kommunismus einzuschlagen. Daraus entstand ein hybrider „Marktsozialismus“, den sich noch tiefer zu untersuchen gelohnt hätte. In diesem befanden sich selbstverwaltete Betriebe innerhalb eines national-staatlich geschützten Marktraumes im Wettbewerb miteinander. Infolge dessen kam es zu intrajugoslawischen Nord-Süd Migrationsbewegungen, die ebenfalls erst wenig untersucht wurden. Hier schließt sich der Kreis, da der Marktsozialismus wiederum Arbeitslosigkeit produzierte, die nicht innerhalb Jugoslawiens

ausgeglichen werden konnte, da vor allem aufgrund der Marktabgeschlossenheit das nötige Investitionskapital fehlte. Hier begann nicht nur der bereits eingeleitete Gastarbeiterexport sondern auch die Aufnahme von IWF-Krediten und die Ankoppelung an den internationalen Kapitalmarkt. Das erhöhte die Staatsverschuldung und führte zu Abhängigkeiten von internationalen Geldgebern, schürte dadurch aber auch die nationalen Konflikte zwischen „reichem Norden“ (Slowenien, Kroatien, Wojwodina) und „armen Süden“.

Die sehr gelungene Post-Kommunistische Lesart Budens bürstet die neoliberalen Geschichtsdiskurse gegen den Strich und liefert eine alternative Deutungsweise der Arbeitsmigration. Dabei können wir Ex-Jugoslawien visionär als eine Miniatur-EU betrachten, die viele zurzeit stattfindende Krisenprozesse vorwegnahm. Auch hier leiten nicht mehr die nationalen Regierungen, sondern die von der EU installierten Technokraten mit Goldman-Sachs Stallgeruch die Geschehnisse des jeweiligen Krisenlandes. Die Autoren sehen hier eine Analogie zum IWF, die dadurch angestoßene Entwicklung und deren Figuren (z.B. Milosevic, der Banker) den Zerfall Jugoslawiens einleiteten.

Auch die anderen Beiträge sind nicht minder interessant zu lesen. So liefert Robert Pichlers Beitrag Einsichten, wie ausgewanderte albanische EinwohnerInnen ihre Beziehungen zu ihren Dörfern aufrechterhalten. Petko Hristov widmet sich dem Übergang von nationaler zu transnationaler Migration. Insgesamt bewegt sich der Band an den Rändern der Mainstream-Migrationsdiskurse und stellt dadurch wichtige Konturrahmen zur Verfügung, die das Potenzial haben, die derzeitigen medial vermittelten Diskursepizentren zu verrücken.

Marko Novosel

Jahrbuch Polen 2012 Regionen

Deutsches Polen-Institut Darmstadt (Hg.), Wiesbaden: Otto Harrassowitz GmbH

"Es geht uns besser" (S. 132), sind sich die ProtagonistInnen in Edyta Gietkas Reportage, ein Beitrag von vielen im diesjährigen Jahrbuch Polen Regionen, sicher. Einerseits konnten viele Modernisierungen durch zurückgekehrte MigrantInnen finanziert werden, andererseits verhalfen auch die Europäischen Regionalförderungen den Regionen Polens zu einer Art Wiederbelebung und größeren Unabhängigkeit von Warschau. Der jährliche Sammelband "Jahrbuch Polen", diesmal zum Thema Regionen, spricht daher von einer „Renaissance der Provinz“ (S. 4).

Trotz dieses Aufblühens ist der Unterschied von Polen A - dem starken, sozioökonomisch gut entwickelten Westen, zu Polen B - dem weniger entwickelten Osten - noch immer gegeben. Das zeigt sich auch am Wahlverhalten der BürgerInnen - die so genannte "Ostwand" ist eine Hochburg der euroskeptischen, rechtskonservativen "Recht und Gerechtigkeit"-Partei PiS und die westlichen Woiwodschaften der proeuropäischen BürgerInnenplattform PO.

Durch die 1999 eingeführte Gliederung in 16 Woiwodschaften wurde nach einer langen Zeit politischer Homogenisierungsbemühungen und gewaltiger Bevölkerungstransfers wieder auf ältere Traditionen von Regionalismus Bezug genommen. Darin steckt wiederum viel Konstruktion und Inszenierung, erklärt der Historiker Robert Traba im Gespräch mit Peter Oliver Loew, welches unter dem Titel „Die Identität des Ortes. Polnische Erfahrungen mit der Region“ im Jahrbuch erschienen ist. Die Probleme einer konstruierten, regionalen Identität werden am Text des Schlesiers Szczepan Twardoch „Einsame Identität“ deutlich, der sich fragt „Wer bin ich, wer bin ich, wer bin ich?“ (S. 121).

Neben Beiträgen zur territorialen Selbstverwaltung und der polnischen Regional- und Metropolenpolitik wird die Zuteilung der zuvor deutschen West- und Nordgebiete unter polnischer Verwaltung nach dem 2. Weltkrieg und ihre Folgen thematisiert. Auf diese journalistischen und wissenschaftlichen Essays und Gespräche folgen Reportagen, sowie einige literarische Beispiele von Provinzliteratur.

Das Jahrbuch 2012 stellt die polnischen Regionen dar. Die darin zu findenden Texte sind jedoch sehr spezifisch, sodass sich ein LeserIn, dem/der diese Thematik wenig bekannt ist, schnell verloren fühlen kann. Dennoch zeichnet das Jahrbuch ein spannendes Bild der polnischen Regionen - allerdings für ein besonders interessiertes Publikum.

Karima Aziz

Schreier, Margrit (2012): Qualitative Content Analysis in Practice

London: Sage Publications

Das Lehrbuch von Margrit Schreier, Professorin für Empirische Methoden in den Sozial- und Geisteswissenschaften an der Jacobs University Bremen, verfolgt das Ziel, anwendungsorientiert zu sein. Es richtet sich gleichermaßen an ForscherInnen und Studierende, die qualitative Daten auswerten wollen. Auf 280 Seiten gibt Schreier u.a. einen guten Überblick über den historischen Entstehungskontext und bettet die Auswertungsmethode in einen breiten Rahmen qualitativer Sozialforschung ein. Sie weist darauf hin, dass eine scharfe Abgrenzung zur quantitativen Inhaltsanalyse nicht möglich ist. Für die Autorin ist ein wesentliches Merkmal dieser Methode das systematische Verfahren zur Beschreibung des erhobenen Materials, das flexibel an die Fragestellung angepasst werden kann. Diese Beschreibung erfolgt, indem Textsegmente den Kategorien eines inhaltsanalytischen Kategoriensystems zugeordnet werden. Durch die Fokussierung auf ausgewählte Bedeutungsaspekte werden zudem große Mengen an Material analysierbar.

Schreiers Handbuch zeichnet sich besonders dadurch aus, dass es – anders als zahlreiche qualitative Methodenhandbücher – die arbeitsintensiven Schritte der qualitativen Inhaltsanalyse nachvollziehbar beschreibt und anschaulich darstellt. Dabei wird auf folgende Analyseschritte ausführlich eingegangen: Entwicklung eines induktiven und/oder deduktiven Kategoriensystems, Kategoriendefinition, Probekodierung, Qualitätsprüfung, Modifikation des Kategoriensystems, Hauptkodierung und schließlich die Ergebnisaufbereitung. Diese arbeitsintensiven Analyseschritte können laut Schreier ebenso mittels

Softwareprogrammen, welche beim Organisieren des Untersuchungsmaterials und der visuellen Darstellung der Ergebnisse behilflich sind, durchgearbeitet werden, sie nehmen jedoch dem/r ForscherIn nicht die Analysearbeit ab.

Insgesamt legt Schreier ein sehr gelungenes, praxisorientiertes Lehrbuch vor, das die selbstständige Anwendung der qualitativen Inhaltsanalyse auf die eigene Forschungsfrage und das eigene Datenmaterial erlaubt, ohne dass mensch zuvor mit der Auswertungsmethode vertraut gewesen sein muss. Dies gelingt nicht nur dadurch, dass die Autorin sich in die Perspektive des Laien hineinversetzt, sondern auch durch die Veranschaulichung der Analyseschritte mit zahlreichen Beispielen aus anderen und eigenen zuvor veröffentlichten Studien. Die einzelnen Kapitel des Lehrbuchs sind übersichtlich strukturiert und jeweils mit typischen Problemlagen und häufig gestellten Fragen aus der langjährigen Forschungs- und Lehrerfahrung der Autorin angereichert. Mit Blick auf dieses Handbuch ist zu erwarten, dass der Bekanntheitsgrad der qualitativen (!) Inhaltsanalyse steigt, zahlreiche interessierte Studierende und ForscherInnen mit dieser hervorragenden Anleitung die Methode in die Praxis umsetzen und damit die Qualität der Forschungsarbeiten steigt.

Meropi Tzanetakis

Agamben, Giorgio / Badiou, Alain / Bensaïd, Daniel / Brown, Wendy / Nancy, Jean-Luc / Rancière, Jacques / Ross, Kristin / Žižek, Slavoj (2012): Demokratie? Eine Debatte
Berlin: Suhrkamp

Die im August erschienene Essaysammlung thematisiert eine große Bandbreite von ideengeschichtlichen und philosophischen Fragestellungen über die Verortung von Demokratie im 21. Jahrhundert. Dabei werden sowohl die Ist-Situation repräsentativer Demokratien und krisenhafte Momente, sowie in weiterer Folge Perspektiven für die Auseinandersetzung mit Widersprüchen und Grundproblemen von Demokratie in Theorie und Praxis erläutert. Die einzelnen Essays der AutorInnen setzen oft fundiertes Wissen über Demokratietheorien voraus, weshalb das Werk nur bedingt für EinsteigerInnen in die Thematik geeignet ist. Dennoch besticht der Band durch seine polemischen Formulierungen und regt zur weiterführenden Diskussion an.

Im Fokus der Auseinandersetzung stehen meist Widersprüche zwischen dem Anspruch und der Wirklichkeit repräsentativer Demokratie und den hieraus resultierenden aktuellen Problemen, wodurch die Rede von der „Krise der Demokratie“, wie sie durch Colin Crouchs „Postdemokratie“ vor einigen Jahren ausgelöst wurde, in einigen Punkten bestätigt wird. Andererseits ist sie als ein Phänomen zu betrachten, welches per se nicht neu ist. Agamben verweist etwa auf den fehlenden Kern westlicher politischer Systeme, die ihre Legitimation aus einer politisch-juridischen (Verfassungsform) und einer ökonomisch-gouvernementalen (Regierungsform) Rationalität schöpfen, wobei sich der Anspruch der Souveränität letztlich als Fiktion entpuppt, insofern beide Rationalitäten unvermittelt bleiben (vgl. Agamben 2012: 12). Alain Badiou wiederum begreift die gegenwärtige Demokratie als „Parlamentarismus des Kapitals“ (vgl. Badiou 2012: 22). Demgegenüber

stellt er den Kommunismus-Begriff, den er aus Platons und Hegels Überlegungen ableitend als Überwindung leerer Formalismen und als Selbstherrschaft der Völker begreift, der letztlich eine Aufhebung des Staates bedeutet (vgl. ebd. 22).

Ein zentrales Credo der AutorInnen besteht in der Feststellung, dass sich Demokratie nicht auf eine Regierungsform reduzieren lässt. Andererseits wird zu einem kritischen Umgang mit demokratischen Idealen gemahnt, die sich nur allzu leicht instrumentalisieren lassen und zu neuen Ausbeutungsverhältnissen zu verkommen drohen. Die Breite der theoretischen Diskussion verweist auf die Notwendigkeit einer ebenso fundierten wie umfangreichen Auseinandersetzung über die sich wandelnden Grundlagen heutiger politischer Systeme.

Richard Sattler

Krabb, Philipp (2012): Probleme der Demokratiequalität Österreichs. Eine qualitative Analyse

Saarbrücken: AV Akademikerverlag

Philipp Krabb ist an der Universität Wien ausgebildeter Politikwissenschaftler und legt seine dazu führende Abschlussarbeit der Öffentlichkeit vor. Der Grundgedanke seines Werkes ist, zu zeigen, dass „für etablierte Demokratien – wie Österreich – eine rein quantitative Analyse der Qualität der Demokratie unbefriedigend ist. Vielmehr bringt eine qualitative Analyse ... einen höheren Erkenntnisgewinn über die Qualität eines demokratischen Systems“ (S. 6). Im Kapitel „Qualität von Demokratie und deren Messung“ (vgl. S. 42ff) gelingt es Krabb, diese Annahme plausibel zu erklären. Im Widerspruch dazu stehen jedoch die Abschnitte „Medienkonzentration“ (vgl. S. 70ff) und „Politische Kultur“ (vgl. S. 79ff): Anstatt qualitativ vorzugehen, bedient sich der Autor hier quantitativer Daten und interpretiert diese. Im Kapitel „Medienkonzentration“ führt er beispielsweise anhand von Zahlen an, dass die Marktstellung der „Neuen Kronen Zeitung“ in Österreich für eine Demokratie bedenklich ist, ein konkretes, in die tiefe gehendes, qualitatives Beispiel zur Veranschaulichung findet sich darin jedoch nicht (vgl. S. 71ff).

Damit wird Krabb seinem eigenen Anspruch nicht gerecht, die Demokratiequalität Österreichs qualitativ zu analysieren.

Eine weitere Schwäche der Arbeit zeigt sich in dem fehlenden Brückenschlag der einzelnen Kapitel zueinander. Weniger zufriedenstellend fällt daher das Conclusio (vgl. S. 90ff) aus, das es nicht schafft, die Arbeit mit einem Guss zu interpretieren, sondern vielmehr nur eine Kurzzusammenfassung der einzelnen Abschnitte darstellt. Abgerundet wird das Bild durch den Umstand, dass Krabb sehr nachlässig Quellen ohne Seitenangaben zitiert (siehe z.B. S. 8, 58, 86) und zum Teil auf veraltete, der Realität nicht mehr entsprechende Literatur zurückgreift (siehe z.B. Zitat, S. 71, Fabris 1995, das der Medienlandschaft von 2011 - das Jahr, in dem die Arbeit geschrieben wurde - nicht gerecht wird).

Obwohl Krabbs Werk einen guten Über- und Einblick in die Demokratie Österreichs gibt, sind es oben beschriebene Schwächen, die dem Werk anhaften.

Jakob Kalina

KRISE. PART II

HF 83 95 60
ARR

ART 167 180 100
106 120 65

SpO2 97 100 92
PLS 82

FROM DUSK STILL DOWN

LESEKREIS

Wann? JEDEN **DONNERSTAG** UM **19UHR**
Kickoff-Veranstaltung: **11.10.2012**

Wo? **THEORIEBÜRO**, **PFEILGASSE 33 (SCHENKE)**
www.theoriebuero.org

Lesekreis Krise

Alles ist in der Krise. Neben der Wirtschaftskrise leben wir auch in der politischen, ökologischen und sozialen Krise. Wird uns gesagt.

Doch was heißt Krise und was sind diese Krisen? Sind sie eine Krise mit einer gemeinsamen Ursache – oder ist die Wirtschaftskrise ein Deckname für viele getrennte Krisen zur gleichen Zeit? Wir wollen uns mit den wissenschaftlichen Annäherungen beschäftigen: an die ökonomische, politische, ökologische und Gender-Dimension von Krise.

Der Lesekreis soll den Freiraum bieten, auf unterschiedliche Interessen und Vorkenntnisse einzugehen. Vorwissen ist nicht erforderlich, nur die Bereitschaft zuzuhören und mitzureden. Interessierte sind eingeladen, im gemütlichen Kreise die jeweiligen Beiträge zu diskutieren und

ihre Meinung einzubringen.

Der Lesekreis findet wöchentlich (Donnerstag, 19h) für zirka zwei Stunden statt. Als Grundlage der jeweiligen Einheit dient ein überschaubarer Text, den jedeR TeilnehmerIn als Vorbereitung eigenständig liest. Dabei geht es uns nicht nur darum, die Texte gemeinsam besser zu verstehen. Diese dienen als Ausgangspunkt und Basis für Diskussion und Meinungsaustausch.

Eine Literaturliste, die als unverbindliche Orientierung dienen wird, findet sich bereits auf www.theoriebüro.org.

Kommt's vorbei!

Das Theoriebüro befindet sich in denselben Räumlichkeiten wie die **Schenke**.
Die Schenke ist ein Café und ein Kostnixladen.

Adresse

Pfeilgasse 33, 8. Bezirk (Nähe U6 Josefstädterstr./Thaliastr.),
Rollizugang: Lerchenfelderstr. 124/126, dritter Hof, zweite Tür

Öffnungszeiten

Montag: 16:00-20:00

Donnerstag: 16:00-20:00

Dienstag: 16:00-20:00

(nur für Lesben, Inter - & Transpersonen und Frauen)

Weitere Infos findet ihr auf www.dieschenke.org

WERBUNG IN EIGENER SACHE

AUFRUF ZUR MITARBEIT BEI

politix

Wir, die **politix**-Redaktion – die die Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft gestaltet – suchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zur Erweiterung unseres Teams.

Wir suchen

1. engagierte und gesellschaftskritische Menschen, sowohl StudentInnen, als auch AbsolventInnen,
2. engagierte und gesellschaftskritische MitarbeiterInnen am Institut für Politikwissenschaft. Eine direkte und damit interne Anbindung an das *ipw* ist essentiell für die Herausgabe der Institutszeitschrift.

Die Redaktionstätigkeit ermöglicht sowohl das Verfassen eigener Artikel, als auch die Betreuung von Artikelanfragen. Die Tätigkeit ist unentgeltlich, kann aber als **Praktikum** angerechnet werden.

Das **politix** gibt es online unter:

<http://politikwissenschaft.univie.ac.at/institut/institutszeitschrift-politix/aktuelles-heft/>

Hast Du Interesse an einer Redaktionssitzung teilzunehmen oder generelle Fragen, dann schick einfach eine Mail an politix.politikwissenschaft@univie.ac.at.

Wir freuen uns auf Dein Interesse!
Die **politix**-Redaktion

ipw